639
S6 T76
opy 1

cialist Labor Library.

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

IX.

The War and the International

Der Krieg

und die

Internationale

By Leon Trotzky

Von Leon Trotzky

GENERAL INTELLIGENCE LIBRARY

DEPARTMENT of JUSTICE

Preis: 25 Cents

Herausgegeben von der Deutschen Sprachgruppe der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten

803 West Madison Street, Chicago, Ill.

Monograph

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

IX.

Der Krieg

und die

Internationale

Von Leon Trotzky

Preis 25 Cents

Herausgegeben von der Deutschen Sprachgruppe der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten

803 West Madison Street, Chicago, Ill.

D639
.S6T76

By Transfer
FEB 20 1925

Nach dem russischen Manuskript ins Deutsche übertragen von M. Kleiner.

Zur Einführung

True translation filed with the postmaster of New York on Feb. 1, 1918, as required by the act of Oct. 6, 1917.

Die Deutsche Sprachgruppe der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten entschloß sich zur Herausgabe dieser zuerst im Oktober 1914 erschienenen Brochüre, weil diese ein Schulbeispiel für die Klarheit der Erkenntnis und zugleich für das treue Festhalten an den Prinzipien des internationalen revolutionären Sozialismus durch einen seiner hervorragendsten Bekenner liefert.

Nicht, daß dieser kühle Analytiker der internationalen Situation kurz nach Ausbruch des Weltkrieges jetzt als Auslandsminister der revolutionären Regierung des proletarischen Rußland seine in dieser Brochüre niedergelegten Forderungen an die Arbeiterklassen der Welt in die Tat umzusetzen bemüht ist, veranlaßte diese Neuauflage. Vielmehr glaubten wir, daß die Lektüre dieses Schriftchens ungeheuer viel zum Verständnis der glorreichen Bolschewik-Revolution, deren Ursachen und Ziele beitragen würde.

Wir leben in einer großen Zeit, in der die Welt sich mit Siebenmeilenstiefeln der Erfüllung unserer höchsten Hoffnungen zu nähern scheint. Aus der Periode der Reform-Bestrebungen traten wir in die welterschütternder sozialer Kämpfe, der Vorläufer der internationalen sozialen Revolution. Dafür gilt es gerüstet zu sein. Schon erfüllten sich die letzten Sätze dieser Flugschrift:

„Wir bewahren in dieser höllischen Musik des Todes unsern klaren Gedanken, unsern ungetrübten Blick, und fühlen uns als die einzige schöpferische Kraft der Zukunft. Es sind unserer jetzt schon viele, mehr als es scheinen mag. Morgen werden wir weit mehr als heute sein. Uebermorgen werden sich unter unserem Banner Millionen erheben, die auch jetzt, siebenundsechzig Jahre nach dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes, nichts als ihre Ketten zu verlieren haben."

Sorgen wir dafür, daß uns die große Zeit reif und bereit findet.

Deutsche Sprachgruppe S. P.

Vorwort.

Der Kern des gegenwärtigen Krieges ist der Aufruhr der Produktionskräfte, die den Kapitalismus erzeugten, gegen ihre national-staatliche Ausbeutungsform. Der ganze Erdball, das Festland wie das Meer, die Oberfläche wie die Tiefe, sind bereits zur Arena einer weltumfassenden Wirtschaft geworden, deren einzelne Teile voneinander unauflösbar abhängig sind. Diese Arbeit verrichtete der Kapitalismus. Doch er veranlaßt auch die kapitalistischen Staaten, für die Unterwerfung dieser Weltwirtschaft unter die Profitinteressen jeder nationalen Bourgeoisie zu kämpfen. Die Politik des Imperialismus ist vor allem ein Zeugnis dafür, daß der alte nationale Staat, der in den Revolutionen und Kriegen der Jahre 1789 bis 1815, 1848 bis 1859, 1864 bis 1866 und 1870 geschaffen wurde, sich überlebt hat und nun als ein unerträgliches Hindernis für die Entwicklung der Produktionskräfte erscheint. Der Krieg von 1914 bedeutet vor allem die Zertrümmerung des nationalen Staates als eines selbständigen Wirtschaftsgebietes. Die Nationalität muß auch weiter eine kulturelle, ideologische, psychologische Tatsache bleiben, die ökonomische Basis ist ihr unter den Füßen weggezogen. Alle Reden darüber, daß der jetzige blutige Zusammenstoß ein Werk der nationalen Verteidigung sei, sind eine Heuchelei oder Blindheit. Im Gegenteil: der objektive Sinn des Krieges besteht in der Zertrümmerung der gegenwärtigen national-wirtschaftlichen Zentren im Namen der Weltwirtschaft. Doch nicht auf der Grundlage einer verständig organisierten Mitarbeit der gesamten produzierenden Menschheit trachtet man diese Aufgabe des Imperialismus zu lösen, sondern auf der Grundlage der Ausbeutung der Weltwirtschaft durch die kapitalistische Klasse des siegreichen Landes, das durch diesen Krieg aus einer Großmacht zu einer Weltmacht werden soll.

Der Krieg verkündet den Zusammenbruch des nationalen Staates. Doch zugleich auch die Zertrümmerung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Aus dem nationalen Staat heraus revolutionierte der Kapitalismus die gesamte Weltwirtschaft, indem er den ganzen Erdball zwischen den Oligarchien der Großmächte verteilte, um welche sich ihre Trabanten, die Kleinstaaten, gruppieren, die von der Rivalität der Großen leben. Die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage bedeutet einen unaufhörlichen Kampf der Weltmächte um neue und immer neue Gebiete der einen und selben Erdoberfläche als eines Objekts kapitalistischer Ausbeutung. Die ökonomische Rivalität unter dem Zeichen des Militarismus wechselt mit Raub und Zerstörung, die die elementaren Grundlagen menschlicher Wirtschaft auflösen. Die Weltproduktion empört sich nicht gegen die national-staatlichen Wirrnisse, sondern auch gegen die kapitalistische Wirtschaftsorganisation, die sich zu deren barbarischen Desorganisation umgewandelt hat.

Der Krieg von 1914 ist der größte Zusammenbruch eines an seinen eigenen Widersprüchen zu Grunde gehenden ökonomischen Systems, den die Geschichte kennt.

Alle die historischen Mächte, die berufen waren, die bürgerliche Gesellschaft zu leiten, in ihrem Namen zu sprechen und sie auszubeuten, sie alle haben mit dem Krieg von 1914 ihren historischen Bankerott erklärt. Sie beschützen den Kapitalismus als das System menschlicher Kultur, und die aus diesem System geborene Katastrophe ist vor allem ihre Katastrophe. Die erste Welle der Ereignisse erhob die nationalen Regierungen und Armeen auf eine nie dagewesene Höhe, für einen Augenblick die Nationen um sie scharend; doch um so schrecklicher wird der Sturz der Regierungen sein, wenn sich vor den vom Kanonendonner betäubten Völkern der Sinn der sich abspielenden Ereignisse in all seiner Wahrheit und Furchtbarkeit enthüllen wird.

Die revolutionäre Reaktion der Massen wird um so mächtiger sein, je ungeheuerlicher die Erschütterung ist, welche die Geschichte jetzt über sie bringt.

Der Kapitalismus schuf die materiellen Voraussetzungen einer neuen sozialistischen Wirtschaft. Der Imperialismus

führte die kapitalistischen Völker in historische Wirrsale. Der Krieg von 1914 zeigt den Weg aus diesen Wirrsalen, indem er das Proletariat gewaltsam herausführt auf den Weg der Revolution.

* * *

In den ökonomisch rückständigen Ländern Europas setzt der Krieg Fragen eines weit jüngeren historischen Ursprungs auf die Tagesordnung: Fragen der Demokratie und nationalen Gemeinschaft. So steht im bedeutenden Maße die Sache für die Völker Rußlands, Oesterreich-Ungarns und der Balkanhalbinsel. Doch diese historisch verspäteten Fragen, die der gegenwärtigen Epoche von ihrer Vorgängerin als Erbschaft zurückgelassen wurden, ändern nicht den Grundcharakter der Ereignisse. Nicht die nationalen Bestrebungen der Serben, Polen, Rumänen oder Finnen haben 25 Millionen Soldaten auf die Füße gebracht, sondern die imperialistischen Interessen der Bourgeoisie der Großmächte. Den vierundeinhalb Jahrzehnte aufrechterhaltenen europäischen status quo so gründlich stürzend, hat der Imperialismus wiederum die alten Fragen gestellt, die zu lösen die bürgerliche Revolution sich ohnmächtig erwiesen hat. Doch in der gegenwärtigen Epoche entbehren diese Fragen vollständig eines selbständigen Charakters. Die Schöpfung normaler Verhältnisse des nationalen Lebens und der ökonomischen Entwicklung auf der Balkanhalbinsel ist bei der Erhaltung des Zarismus und Oesterreich-Ungarns undenkbar. Der Zarismus erscheint jetzt als das unentbehrliche militärische Reservoir für den finanziellen Imperialismus Frankreichs und die konservative Kolonialmacht Englands. Oesterreich-Ungarn dient als Hauptstütze für den Imperialismus Deutschlands. Ausgehend von den häuslichen Zusammenstößen der nationalen serbischen Terroristen mit der habsburgischen politischen Polizei enthüllte der Krieg gar schnell sein Grundwesen: den Kampf auf Leben und Tod zwischen Deutschland und England. Während die Simpel und Heuchler von der Verteidigung der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit schwatzen, wird der deutsch-englische Krieg in Wirklichkeit um die imperialistische Ausbeutungsfreiheit in bezug auf die Völker Indiens und Aegyptens einerseits und eine neue imperialistische Aufteilung der Völker der Erde andererseits

geführt. Das zur kapitalistischen Entwicklung auf nationaler Basis erwachte Deutschland begann mit der Zertrümmerung der kontinentalen Hegemonie Frankreichs im Jahre 1870/71. Jetzt, wo die Entwicklung der deutschen Industrie auf nationaler Grundlage Deutschland zur ersten kapitalistischen Macht der Welt gemacht hat, stößt seine weitere Entwicklung auf die Hegemonie Englands. Die volle und unbeschränkte Herrschaft auf dem europäischen Kontinent erscheint Deutschland als eine unumgängliche Vorbedingung der Niederwerfung seines Weltfeindes. Das imperialistische Deutschland schreibt darum auf sein Programm vor allem die Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenverbandes. Das jetzige Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Balkanhalbinsel mit der Türkei, Holland, die skandinavischen Länder, die Schweiz, Italien und wenn möglich auch das entkräftete Frankreich mit Spanien und Portugal sollen ein wirtschaftliches und militärisches Ganzes bilden — ein Groß-Deutschland unter der Hegemonie des jetzigen deutschen Staates. Dieses Programm, das von Oekonomen, Politikern, Juristen und Diplomaten des deutschen Imperialismus gründlich ausgearbeitet und von seinen Strategen verwirklicht wird, ist der schlagendste Beweis und erschütterndste Ausdruck der Tatsache, daß es dem Kapitalismus in den Schranken des nationalen Staats unerträglich eng geworden ist. Anstelle der nationalen Großmacht muß die imperialistische Weltmacht treten.

Für das Proletariat kann es sich bei diesen historischen Bedingungen nicht um die Verteidigung des überlebten nationalen „Vaterlandes" handeln, das zum Haupthemmnis für die ökonomische Entwicklung geworden ist, sondern um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes — der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der vereinigten Staaten der Welt.

Der imperialistischen Ratlosigkeit des Kapitalismus kann das Proletariat als ein praktisches Tagesprogramm nur die sozialistische Organisation der Weltwirtschaft entgegenstellen.

Dem Kriege als Lösungsmethode für die unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus auf der Höhe seiner Ent-

wicklung, ist das Proletariat gezwungen, seine Methode entgegenzustellen — die Methode der sozialen Revolution.

* * *

Die Balkanfrage und die Frage des Sturzes des Zarismus — diese von dem Europa von Gestern uns angekündeten Aufgaben — können nur gelöst werden im Zusammenhang mit der revolutionären Lösung der Aufgabe des vereinigten Europa von Morgen. Der russischen Sozialdemokratie, der der Verfasser dieser Broschüre angehört, gilt als erste und unaufschiebbare Aufgabe der Kampf gegen den Zarismus, der in Oesterreich-Ungarn und auf dem Balkan in erster Reihe einen Absatzmarkt für seine staatlichen Methoden der Plünderung, des Diebstahls und der Gewalt sucht. Die russische Bourgeoisie, bis zu ihrer radikalen Intelligenz hinauf durch den ungeheuren Aufschwung der Industrie in den letzten fünf Jahren vollends demoralisiert, hat ein blutiges Bündnis mit der Dynastie geschlossen, die durch ihren neuen Länderraub dem ungeduldigen russischen Kapitalismus seinen Teil an der Weltbeute sichern muß. Indem er Galizien stürmt und verwüstet, ihm sogar die Fetzen habsburgischer Freiheit nimmt, indem er das unglückliche Persien zerfetzt und aus dem Winkel des Bosporus die Schlinge über die Völker der Balkanhalbinsel zu werfen strebt, überläßt es der Zarismus dem von ihm verachteten Liberalismus, sein Räuberwerk mit der anwidernden Deklamation von der Verteidigung Belgiens und Frankreichs zu verschleiern. Das Jahr 1914 bedeutet die völlige Liquidation des russischen Liberalismus, macht das Proletariat Rußlands zum einzigen Träger des Befreiungskampfes, und macht endgültig die russische Revolution zu einem Bestandteil der sozialen Revolution des europäischen Proletariats.

In unserem Kampfe gegen den Zarismus, in dem wir nie einen „nationalen" Waffenstillstand kannten, haben wir nie Hilfe bei dem habsburgischen oder hohenzollernschen Militarismus gesucht und suchen sie auch jetzt nicht. Wir bewahrten eine genügend klare revolutionäre Einsicht, um zu sehen, daß dem deutschen Imperialismus der Gedanke, seinem besten Bundesgenossen an seiner Ostgrenze, der mit ihm durch Einheit der sozialen Struktur und der historischen Aufgaben verbunden ist, zu vernichten, durchaus zuwider

war. Doch wenn die Sache sogar nicht so stünde, wenn man annehmen könnte, daß, der Logik der Kriegsoperationen gehorchend, der deutsche Militarismus, im Gegensatz zu der Logik der eigenen politischen Interessen, dem Zarismus einen vernichtenden Schlag versetzen würde, so hätten wir uns auch in diesem — durchaus unwahrscheinlichen — Falle versagt, in den Hohenzollern nicht nur einen objektiven, sondern auch einen subjektiven Bundesgenossen zu sehen. Das Schicksal der russischen Revolution ist zu untrennbar mit dem Schicksal des europäischen Sozialismus verbunden, und wir russischen Sozialdemokraten stehen fest genug auf der internationalen Position, um uns ein für alle mal zu versagen, den bedenklichen Schritt zur Befreiung Rußlands mit der sicheren Zerstörung der Freiheit Belgiens und Frankreichs zu erkaufen, und — was noch wichtiger ist — die imperialistische Vergiftung in das deutsche und österreichische Proletariat zu tragen.

Wir sind in Vielem der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Wir gingen alle durch ihre Schule, lernten von ihren Erfolgen wie von ihren Fehlern. Sie war für uns nicht e i n e Partei der Internationale, sondern die Partei tout court. Wir wahrten und befestigten stets das Bruderbündnis mit der österreichischen Sozialdemokratie. Wir waren unsererseits stolz in dem Bewußtsein, daß in der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich und in dem Erwachen revolutionärer Tendenzen im deutschen Proletariat auch unser bescheidener Beitrag war, der mit mehr als e i n e m Bluttropfen erkauft wurde. Ohne Bedenken haben wir moralische und materielle Unterstützung von unserem älteren Bruder angenommen, der auf der anderen Seite unserer Westgrenze für gemeinsame Ziele kämpfte. Doch eben aus Achtung vor dieser Vergangenheit und noch mehr aus Achtung vor der Zukunft, die die Arbeiterklasse Rußlands mit dem Proletariat Deutschlands und Oesterreichs verbinden soll, verwerfen wir mit Empörung die „befreiende" Hilfe, welche uns der deutsche Imperialismus — o weh! — unter dem Segen des deutschen Sozialismus — im Kruppschen Munitionskasten bringt. Und wir hoffen, daß der entrüstete Protest des russischen Sozialismus laut genug erklingen wird, um in Berlin und in Wien gehört zu werden.

Die Zertrümmerung der zweiten Internationale ist eine tragische Tatsache, und es wäre Blindheit oder Feigheit, davor die Augen zu schließen. Die Stellungnahme des französischen und des größten Teiles des englischen Sozialismus ist ebenso ein Teil dieses Zusammenbruches wie auch die Haltung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Und wenn diese Broschüre in ihrem kritischen Teil überwiegend der deutschen Sozialdemokratie gewidmet ist, so ausschließlich darum, weil letztere das stärkste, einflußreichste und prinzipiellste Mitglied der sozialistischen Weltgemeinde war — in ihrer historischen Kapitulation zeichnen sich am klarsten die Ursachen des Zusammenbruches der zweiten Internationale ab.

Auf den ersten Blick kann es scheinen, als ob die sozialrevolutionären Perspektiven der künftigen Epoche, von welchen wir oben gesprochen haben, durchaus trügerisch seien, angesichts der katastrophalisch klar gewordenen Unzulänglichkeit der alten sozialistischen Parteien. Doch solch eine skeptische Folgerung wäre grundfalsch. Sie hätte den „guten" Willen der Dialektik ignoriert, wie wir gar zu oft ihren „bösen" Willen ignorierten, der sich so erbarmungslos an dem Schicksal der Internationale erwiesen hat.

Der Krieg von 1914 verkündet die Zertrümmerung der nationalen Staaten. Die sozialistischen Parteien der nun abgeschlossenen Epoche waren nationale Parteien. Mit allen Verzweigungen ihrer Organisationen, ihrer Tätigkeit und Psychologie waren sie mit den nationalen Staaten zusammengewachsen, und entgegen den feierlichen Beteuerungen ihrer Kongresse erhoben sie sich zur Verteidigung der konservativen staatlichen Gebilde, als der auf nationalem Boden großgewachsene Imperialismus mit dem Schwerte die überlebten nationalen Schlagbäume umzureißen begann. In ihrem historischen Zusammenbruch ziehen die nationalen Staaten die nationalen sozialistischen Parteien mit.

Nicht der Sozialismus geht zu Grunde, sondern seine zeitweilige historische Aeußerung. Die revolutionäre Idee mausert sich, indem sie sich von ihrer erstarrten Hülle befreit. Diese Hülle besteht aus lebenden Menschen, aus einem ganzen sozialistischen Geschlecht, das in selbstverleugnender agitatorischer und organisatorischer Arbeit einiger

Jahrzehnte politischer Reaktion verknöcherte und den Ansichten und Gewohnheiten des nationalen Possibilismus verfiel. Die Versuche, die zweite Internationale zu „retten" — auf den alten Grundlagen — mit Hilfe persönlich diplomatischer Methoden und gegenseitiger Konzessionen, sind durchaus hoffnungslos; gar zu gut gräbt jetzt der alte Maulwurf der Geschichte seine Gänge und niemandem ist es gegeben, ihn abzuhalten.

Wie die nationalen Staaten zu einem Hemmnis für die Entwicklung der Produktionskräfte wurden, so auch die alten sozialistischen Parteien zum Haupthindernis für die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse. Sie mußten ihre ganze Rückständigkeit offenbaren, die völlige Beschränktheit ihrer Methoden kompromittieren, die Schande und den Schrecken nationaler Zwietracht über das Proletariat bringen, damit es sich durch diese furchtbaren Enttäuschungen von den Vorurteilen und sklavischen Gewohnheiten der Vorbereitungsepoche befreien könne und endlich zu dem werde, wozu es die Stimme der Geschichte jetzt aufruft: zur revolutionären um die Macht kämpfenden Klasse.

Die zweite Internationale hat nicht umsonst gelebt. Sie hat eine ungeheure kulturelle Arbeit geleistet, die ein gleiches noch nicht in der Geschichte fand: die Erziehung und Sammlung der unterdrückten Klasse. Das Proletariat braucht jetzt nicht mit dem Anfang zu beginnen. Es wird den neuen Weg nicht mit leeren Händen betreten. Die vergangene Epoche vererbte ihm ein reiches Ideen-Arsenal. Die neue Epoche wird es veranlassen, den alten Waffen der Kritik die neue Kritik mit den Waffen zu gesellen.

Diese Broschüre wurde in aller Eile geschrieben, unter Bedingungen, die einer planmäßigen Arbeit wenig günstig sind. Ein großer Teil dieser Arbeit ist der alten Internationale, die gefallen ist, gewidmet. Aber die ganze Broschüre, von der ersten bis zur letzten Seite, ist mit dem Gedanken an die neue Internationale geschrieben, die aus der jetzigen Welterschütterung hervortreten muß, an die Internationale der letzten Kämpfe und des endgültigen Sieges.

Leo N. Trotzky.

Zürich, den 31. Oktober 1914.

I. Die Balkanfrage

Am 31. August d. J. schrieb eine sozialdemokratische Zeitung:

„Der Krieg, welcher jetzt gegen den russischen Zarismus und seine Vasallen geführt wird, wird von einer großen geschichtlichen Idee beherrscht. Die Weihe eines großen historischen Gedankens erfüllt mit seinem Schwunge die Schlachtfelder in Polen und im östlichen Rußland. Das Dröhnen der Kanonen, das Knattern der Maschinengewehre und die Reiterangriffe bedeuten die Vollstreckung des demokratischen Programms der Völkerbefreiung. Wenn es dem Zarismus nicht gelungen wäre, im Bündnis mit der französischen Kapitalkraft und im Bündnis mit der Gewissenlosigkeit einer Krämerpolitik die Revolution zu unterdrücken, so wäre der jetzige völkermordende Krieg überflüssig gewesen. Das befreite russische Volk hätte nämlich niemals in diesen gewissenlosen und unnützen Krieg eingewilligt. Die großen Ideen der Freiheit und des Rechts sprechen jetzt die eindringliche Sprache der Waffen, und jedes Herz, das fähig eines Gefühls für Gerechtigkeit und Menschlichkeit ist, muß wünschen, daß die zarische Macht vernichtet werde und die unterdrückten russischen Nationalitäten ihr Selbstbestimmungsrecht wieder erlangen."

Der Name der Zeitung, in der diese Zeilen abgedruckt worden, ist „Nepszava", das Zentralorgan der Sozialdemokratie Ungarns, — jenes Landes, dessen gesamtes inneres Leben auf der gewaltsamen Unterdrückung nationaler Minoritäten aufgebaut ist, auf der Versklavung der Arbeitermassen, auf fiskalem Parasitentum und Brotwucher der herrschenden Latifundienbesitzer, — eines Landes, in dem Leute wie Tisza Herren der Lage sind, waschechte

Agrarier mit den Manieren politischer Banditen. Mit einem Worte, eines Landes, das dem zaristischen Rußland am nächsten steht. Es ist kein Zufall, daß es dem Schicksal gefiel, gerade die „Nepszava", das sozialdemokratische Organ Ungarns, zu verpflichten, der befreienden Mission der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen diesen überaus enthusiastischen Ausdruck zu verleihen. Wer ist denn sonst, wenn nicht Graf Tisza, berufen, „die Vollstreckung des demokratischen Programms der Völkerbefreiung" durchzuführen? Wer könnte denn noch sonst — im Gegensatz zu der „Gewissenlosigkeit einer Krämerpolitik" des perfiden Albions — die ewigen Prinzipien von Recht und Gesetzlichkeit in Europa bekräftigen, außer der herrschenden Clique gebrandmarkter Budapester Panamisten? Lachen macht versöhnlich, und man kann sagen, daß der tragische Widerspruch der Politik der Internationale in den Aufsätzen der armen „Nepszava" nicht nur seine Krönung findet, sondern auch seine humoristische Ueberwindung.

Die gegenwärtigen Ereignisse begannen mit dem österreich-ungarischen Ultimatum an Serbien. Die internationale Sozialdemokratie hat nicht die geringste Veranlassung, die Ränke der serbischen oder anderer balkanischer Duodez-Dynasten, die ihre Abenteuer mit nationalen Zielen verschleiern, unter ihren Schutz zu nehmen. Doch noch weniger Veranlassung haben wir, uns darüber moralisch zu entrüsten, daß ein junger fanatisierter Serbe auf die verbrecherische feig-tückische Nationalpolitik der Wiener und Budapester Machthaber mit einem blutigen Attentat antwortete.*) Jedenfalls besteht für uns in einem keinerlei Zweifel, nämlich: daß in den historischen Händeln der Donaumonarchie mit den Serben das wirkliche historische Recht, d. h. das Recht der Entwickelung ganz auf seiten der

*) Es ist belehrend, daß eben dieselben österreichisch-deutschen Opportunisten, die immer mit den russischen Terroristen sympathisierten, mehr als wir russischen Sozialdemokraten, die wir prinzipielle Gegner der terroristischen Kampfesweise sind, sich jetzt vor moralischer Entrüstung winden und ihr ganzes moralisches Eingeweide nach außen treten lassen, über die „meuchlings vollbrachte Bluttat von Serajewo." Im Dunst des Chauvinismus sind diese Leute nicht einmal fähig zu überlegen, daß jener bedauernswerte serbische Terrorist namens Gawrilo Prinzipe das-

letzteren ist, wie es im Jahre 1859 auf der Seite Italiens war. Unter dem Duell der königlich-kaiserlichen Polizei-Lumpen mit den Belgradschen Terroristen ist ein weit tieferer Grund verborgen, als die Gefräßigkeit der Karageorgoiewitschs, oder die kriminellen Verbrechen der zarischen Diplomatie: auf einer Seite die imperialistischen Anmaßungen eines nicht lebensfähigen Nationalitätenstaates, auf der andern das Streben des national zerstückelten Serbentums, sich zu einem lebensfähigen Staatsganzen zusammenzuschließen.

Haben wir darum so lange in der Schule des Sozialismus gelernt, um die ersten drei Buchstaben des demokratischen Alphabets zu vergessen! Uebrigens ist diese völlige Vergeßlichkeit erst nach dem 4. August eingetreten. Bis zu diesem fatalen Datum haben sich die deutschen Marxisten darüber Rechenschaft gegeben, was eigentlich im Südosten Europas vorgehe:

„Die bürgerliche Revolution des Südslaventums ist im vollen Gange und die Schüsse in Serajewo, eine so überspannte und sinnlose Einzeltat sie an sich sind, sind ebenso gut ein Kapitel davon wie die Schlachten, in denen Bulgaren, Serben und Montenegriner für den mazedonischen Bauern das Joch der türkischen feudalen Ausbeutung zerbrachen. Was Wunder, daß die österreichisch-ungarischen Südslaven Blicke und Sehnsucht zu ihren Stammesbrüdern im Königreich Serbien richten, die das höchste Ziel eines Volkes in der bestehenden Gesellschaftsordnung, die nationale Selbständigkeit, erreicht haben, während Wien und Pest alles, was Serbe und Kroate heißt, mit Rippenstößen und Fußtritten, mit Standrecht und Galgen behandeln . . . Siebeneinhalb Millionen Südslaven sind es, die, kühner denn je seit den Siegen der Balkanslaven, ihr politisches Recht heischen, und wenn der österreichische Kaiserthron auf die Dauer ihrem Anprall zu

selbe nationale Prinzip darstellt wie der deutsche Terrorist Sand. Werden sie nicht gar von uns fordern, daß wir unsere Sympathien von Sand auf Kotzebue übertragen? Werden diese Eunuchen etwa den Schweizern raten, daß sie die Denkmäler des Meuchelmörders Tell stürzen, und durch Denkmäler eines der geistigen Vorläufer des ermordeten Erzherzogs, des österreichischen Statthalters Geßler, ersetzen?

widerstehen sucht, wird er stürzen und das Reich, mit dem wir unser Geschick verkoppelt haben, wird in Stücke brechen. Denn es liegt auf der Linie der geschichtlichen Entwickelung, daß solche nationalen Revolutionen zum Siege schreiten". So der „Vorwärts" am 3. Juli 1914, nach dem Attentat von Serajewo. —

Wenn die internationale Sozialdemokratie zusammen mit ihrem serbischen Teil den serbischen nationalen Ansprüchen einen unbeugsamen Widerstand leistete, so sicher nicht, um des historischen Rechtes Oesterreich-Ungarns auf Unterdrückung und Zersplitterung der Nationalitäten, und ganz sicher nicht um der befreienden Mission der Habsburger willen, von der bis August 1914 niemand wagte, ein Wörtlein fallen zu lassen, außer den schwarz-gelben Schreibermietlingen. Uns leiteten hierin Motive ganz anderer Art. Vor allem konnte das Proletariat, obgleich es die historische Gesetzmäßigkeit des Strebens der Serben zu nationaler Einheit keinesfalls bestritt, die Lösung dieser Aufgabe nicht jenen Händen anvertrauen, die jetzt die Geschicke des serbischen Königreiches leiten. Zweitens aber — und diese Erwägung war für uns entscheidend — konnte die internationale Sozialdemokratie den Frieden Europas nicht der nationalen Sache der Serben zum Opfer bringen, deren Einheit, außer durch eine europäische Revolution, nur durch einen europäischen Krieg erreicht werden konnte.

Aber mit dem Moment, wo Oesterreich-Ungarn die Frage seines Schicksals und das Schicksal des Serbentums auf das Schlachtfeld übertragen hat, kann für uns keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß der soziale und nationale Fortschritt im Süd-Osten Europas durch einen Sieg der Habsburger viel schwerer getroffen würde, als durch einen Sieg der Serben. Und wenn es für uns wie vordem keine Veranlassung gibt, unsere Mission mit den Zielen der serbischen Armee zu identifizieren, — und eben diesem Gedanken gaben die serbischen Sozialisten Ljaptschewitsch und Katzlerowitsch*) in ihrem mannhaften Votum gegen die Kriegs-

*) Um diese Handlungsweise ganz würdigen zu können, muß man sich den ganzen politischen Zusammenhang in Erinnerung rufen. Eine Gruppe serbischer Verschwörer tötet einen Habsburger, den Träger des österreich-ungarischen Klerikalismus, Militarismus und Imperialismus.

kredite Ausdruck — so noch weniger, die rein dynastischen Rechte der Habsburger und die imperialistischen Interessen der feudal-kapitalistischen Cliquen gegen den nationalen Kampf des Serbentums zu unterstützen. Jedenfalls aber müßte die österreichisch-ungarische Sozialdemokratie, die jetzt die Habsburgschen Degen für die Befreiung Polens, der Ukraina, Finnlands und des russischen Volkes selbst segnet, in erster Reihe mit ihren äußerst verworrenen Rechnungen in der serbischen Frage ins Reine kommen.

Doch die Frage beschränkt sich nicht auf das Schicksal des Zehnmillionen-Serbentums. Das Aufeinanderprallen der Völker Europas rollt wieder die Balkanfrage in ihrem ganzen Umfang auf. Der Bukarester Frieden von 1903 hat weder die nationalen noch die weltpolitischen Probleme im nahen Osten gelöst, — er hat nur für eine Zeitlang jene neue Verworrenheit bekräftigt, die der momentan völligen Erschöpfung der Beteiligten der beiden Balkankriege entsprungen war.

Gegenwärtig erhebt sich mit aller Schärfe die Frage der weiteren Haltung Rumäniens, dessen Halbmillionen-Armee sich als ein überaus wichtiger Faktor in den sich entwickelnden Ereignissen erweisen kann. Rumänien befand sich, ungeachtet der romanischen Sympathien der Bevölkerung, zum mindesten der städtischen, in der Bahn der österreichisch-deutschen Politik. Diese Tatsache war nicht so sehr durch

---

Diese für sie willkommene Tat benutzend, stellt die Wiener militärische Partei an Serbien eines der unverschämtesten Ultimaten der diplomatischen Geschichte. Die serbische Regierung macht in ihrer Antwort außerordentliche Konzessionen und beantragt, die Lösung der strittigen Fragen dem Haager-Schiedsgericht zu übergeben. Oesterreich erklärt darauf Serbien den Krieg. Wenn der Begriff „Verteidigungskrieg" überhaupt einen Sinn hat, so augenscheinlich in der Anwendung auf Serbien in diesem Falle. Dessenungeachtet haben unsere Freunde Ljaptschewitsch und Katzlerowitsch in unerschütterlichem Bewußtsein ihrer sozialistischen Pflicht ihrer Regierung das Vertrauen rundweg verweigert. Der Verfasser dieser Seiten war in Serbien am Anfang des Balkankrieges. In der Skuptschina, in einer Atmosphäre unbeschreiblicher nationaler Begeisterung, stimmte man über die Kriegskredite ab. Die Abstimmung geschah durch Namensaufruf. Auf zweihundert „Ja" klang durch Grabesruhe ein einziges „Nein", des Sozialisten Ljaptschewitsch. Alle empfanden die moralische Kraft dieses Protestes, der als eine unvergeßliche Erinnerung in unserem Gedächtnis verblieb.

dynastische Ursachen bestimmt — auf dem Bukarester Throne sitzt ein Hohenzoller — als durch die unmittelbare Gefahr einer russischen Invasion. Im Jahre 1879 hat der russische Zar zum Dank für die Unterstützung Rumäniens im russisch-türkischen „Befreiungs"-Kriege ein Stück rumänischen Territoriums (Bessarabien) abgeschnitten. Diese beredte Tatsache gab den dynastischen Sympathien des Bukarester Hohenzollern eine genügende Stütze. Doch mit ihrer Entnationalisierungspolitik in Transsilvanien, das drei Millionen Rumänen zählt gegen ¾ Millionen in Russisch-Bessarabien, hat die magyarisch-habsburgsche Clique die rumänische Bevölkerung gegen sich aufgebracht, ebenso wie mit ihren Handelsverträgen mit dem rumänischen Königreich, die vom Willen der österreich-ungarischen Latifundienbesitzer diktiert sind. Und wenn Rumänien trotz der tapferen und entschiedenen Agitation der sozialistischen Partei unter Leitung unserer Freunde Gherea und Rakowsky seine Armee mit den Armeen des Zarismus vereinigen wird, so fällt die Verantwortung dafür ganz auf das herrschende Oesterreich-Ungarn, das auch hier ernten wird, was es gesät hat. Doch ist die Sache mit der Frage der geschichtlichen Verantwortlichkeit nicht abgetan. Morgen, in einem Monat, oder auch nach einem halben Jahre wird der Krieg die Schicksalsfrage der Balkanvölker und Oesterreich-Ungarns im Ganzen stellen, — und das Proletariat muß seine Antwort auf diese Frage haben. Die europäische Demokratie stand im Laufe des 19. Jahrhunderts dem Befreiungskampf der Balkanvölker mißtrauisch gegenüber, weil sie eine Stärkung Rußlands auf Kosten der Türkei befürchtete. Ueber diese Befürchtungen schrieb Marx im Jahre 1853, am Vorabend der Krimschen Kampagne:

„Man kann behaupten, daß je mehr Serbien und die serbische Nationalität sich gefestigt hat, desto mehr der direkte russische Einfluß auf die türkischen Slaven in den Hintergrund gedrängt wird. Denn Serbien hat, um seine besondere Stellung als Staat behaupten zu können, seine politischen Institutionen, seine Schulen . . . von Westeuropa beziehen müssen."

Die Voraussage hat sich glänzend bestätigt am Schicksal Bulgariens, das von Rußland als Vorposten auf dem Balkan geschaffen wurde. Sobald das Bulgarentum einiger-

maßen auf festen Füßen stand, hat es eine starke antirussische Partei — unter Führung des gewesenen russischen Zöglings Stambulow — hervorgebracht, und diese Partei drückte der gesamten äußern Politik des jungen Landes ihr ehernes Siegel auf. Der gesamte Mechanismus der politischen Parteien Bulgariens ist darauf zugeschnitten, zwischen den beiden europäischen Kombinationen lavieren zu können, ohne endgültig in das Fahrwasser dieser oder jener Kombination zu geraten. Rumänien beschritt die österreichisch-deutsche Bahn, Serbien nach 1903 die russische, weil ersteres unmittelbar unter dem Drucke der russischen Gefahr, das andere unter der Last der österreichischen steht. Je unabhängiger die Länder Südost-Europas von Oesterreich-Ungarn sind, umso entschiedener können sie ihre Unabhängigkeit gegen den Zarismus schützen.

Das auf dem Berliner Kongreß 1879 geschaffene Gleichgewicht auf dem Balkan war voller Widersprüche. Durch künstliche ethnographische Grenzen in Teile zerschnitten, unter die Kontrolle importierter Dynastien aus deutscher Pflanzschule gestellt, an Händen und Füßen durch die Intriguen der Großstaaten gebunden, konnten die Balkanvölker nicht aufhören, nach weiterer nationaler Befreiung und Einigung zu streben. Das Augenmerk der nationalen Politik des selbständigen Bulgariens war natürlicherweise auf das mit Bulgaren bevölkerte Mazedonien gerichtet, das vom Berliner Kongreß unter der Gewalt der Türkei belassen war. Umgekehrt hatte Serbien mit Ausnahme des Sandschack Neiwi Bazar fast nichts in der Türkei zu suchen. Seine natürlichen nationalen Interessen lagen jenseits der österreichisch-ungarischen Grenze: in Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slavonien und Dalmatien. Rumänien hatte nichts im Süden zu suchen, wo Serbien und Bulgarien es von der europäischen Türkei schieden. Die nationale Expansion Rumäniens richtete sich nach Nord-Westen und Osten: auf das ungarische Transsilvanien und russische Bessarabien. Endlich hat die nationale Expansion Griechenland natürlicherweise ebenso wie Bulgarien, gegen die Türkei gestoßen. Bulgarien und Griechenland hatten demnach auf ihrem nationalen Wege ein unvergleichlich schwächeres Hindernis, als Serbien und Rumänien. Die österreichisch-deutsche Politik, die auf die künstliche Erhal-

tung der europäischen Türkei gerichtet war, zerschlug sich nicht an den diplomatischen Ränken Rußlands, an denen es natürlich nicht fehlte, sondern an dem unabwendbaren Gang der Entwicklung. Diese hob die nationalstaatliche Selbstbestimmung der Balkanvölker, die die Bahn der kapitalistischen Entwicklung betreten haben, zur geschichtlichen Tagesordnung.

Der Balkankrieg hat die europäische Türkei liquidiert. Damit hat er die Voraussetzungen zur Lösung der bulgarischen und griechischen Frage geschaffen. Doch Serbien und Rumänien, deren nationale Vollendung sich nur auf Kosten Oesterreich-Ungarns verwirklichen konnte, fanden sich in ihren Expansionsbestrebungen nach dem Süden zurückgeworfen und bekamen eine Kompensation auf Kosten des bulgarischen ethnischen Elements: Serbien in Mazedonien, Rumänien in Dobrudza. Dies ist der Sinn des zweiten Balkankrieges und des ihn abschließenden Bukarester Friedens. Schon die Tatsache der Existenz Oesterreich-Ungarns, dieser mitteleuropäischen Türkei, läßt keinen Platz für die natürliche Selbstbestimmung der Völker im Süd-Osten, drängt sie auf den Weg ständiger gegenseitiger Kämpfe, veranlaßt sie, gegeneinander eine Stütze von außen zu suchen, und macht sie sonach zu einem Werkzeug großstaatlicher Kombinationen. Nur unter einem solchen Chaos hat die zarische Diplomatie die Möglichkeit, das Netz ihrer Balkanpolitik zu spinnen, dessen letzte Masche Konstantinopel ist. Und nur eine Föderation der Balkanstaaten — eine ökonomische und militärische — würde eine unüberwindliche Schutzwehr gegen die Gelüste des Zarismus darstellen. Gegenwärtig, nach Liquidierung der europäischen Türkei, steht der Föderation der südöstlichen Völker Europas Oesterreich-Ungarn im Wege. Rumänien, Bulgarien, Serbien, die ihre natürlichen Grenzen gefunden hätten und auf Grund ökonomischer Gemeinschaft zu einem Abwehrbündnis mit Griechenland und der Türkei vereinigt wären, hätten der Balkanhalbinsel endlich den Frieden gegeben, diesem Hexenkessel, der periodisch Europa mit Explosionen bedroht hatte, bis er sie in die gegenwärtige Katastrophe hineinzog.

Die Sozialdemokratie war bis zu einem gewissen Zeitpunkt gezwungen, sich mit dem Balkan-Schlendrian der

kapitalistischen Diplomaten abzufinden, die in ihren Konferenzen und geheimen Verständigungen nur ein Loch stopfte, um ein anderes, noch gähnenderes, zu öffnen. Solange dieser Schlendrian die endgültige Lösung hinausschob, konnte die sozialistische Internationale darauf hoffen, daß die Liquidierung der Habsburgischen Erbschaft nicht Sache eines europäischen Krieges, sondern Sache der europäischen Revolution sein werde. Doch jetzt, wo der Krieg ganz Europa aus dem Gleichgewicht gebracht hat und die großstaatlichen Beutejäger die Karte Europas aufs neue umzumodeln versuchen — nicht auf der Grundlage nationaler demokratischer Prinzipien, sondern auf der militärischer Kräfteverhältnisse, — muß die Sozialdemokratie sich klare Rechnung darüber geben, daß eines der wichtigsten Hindernisse der Freiheit, des Friedens und des Fortschritts — neben dem Zarismus und deutschen Militarismus — die Habsburgische Monarchie als eine staatliche Organisation bedeutet. Das verbrecherische Abenteurertum der galizischen sozialistischen Gruppe Daszynskis besteht nicht nur darin, daß sie die Sache Polens über die Sache des Sozialismus stellt, sondern auch darin, daß sie das Schicksal Polens mit dem Schicksal der österreich-ungarischen Armeen und der Habsburgischen Monarchie verbindet.

Das sozialistische Proletariat Europas kann eine solche Lösung der Frage sich nicht zu eigen machen. Für es steht die Frage des vereinigten und unabhängigen Polen auf derselben Linie wie die Frage des vereinigten und unabhängigen Serbien. Wir können und wollen nicht die polnische Frage mit jenen Methoden lösen, die zur Verewigung des jetzigen südöstlichen und gesamteuropäischen Chaos führen. Die Unabhängigkeit Polens bedeutet für uns seine Unabhängigkeit auf beiden Fronten, auf der Romanowschen und Habsburgischen. Wir wollen nicht nur, daß das polnische Volk vom Drucke des Zarismus frei sei, sondern auch, daß das Schicksal des serbischen Volkes nicht von der galizischen Schlachta abhänge. Wir brauchen jetzt nicht zu erwägen, welche Formen die Beziehungen eines selbständigen Polens zu Böhmen, Ungarn und der Balkan-Föderation annehmen werden. Aber völlig klar ist es, daß ein Komplex mittlerer und kleiner Staaten an der Donau und auf dem Balkan eine weit mächtigere Schranke gegen

die Anschläge des Zarismus auf Europa bilden werden, als das heutige chaotische, kraftlose Oesterreich-Ungarn, welches das Recht auf seine Existenz nur durch fortwährende Attentate auf den Frieden Europas nachweist.

In dem oben zitierten Aufsatz aus dem Jahre 1853 schrieb Marx anläßlich der Orient-Frage:

„Wir haben gesehen, wie die europäischen Staatsmänner in ihrer verstockten Dummheit, verknöcherten Routine und ererbten geistigen Trägheit vor jedem Versuch der Beantwortung der Frage, was aus der Türkei in Europa werden soll, zurückschrecken. Die große Triebkraft, die Rußlands Vordringen gegen Konstantinopel fördert, ist gerade jenes Auskunftsmittel, wodurch es von dort ferngehalten werden soll, die hohle, niemals durchgesetzte Theorie von der Aufrechterhaltung des Statusquo. Worin besteht dieser Statusquo? Für die christlichen Untertanen der Pforte bedeutet er nichts anderes als die Verewigung ihrer Unterdrückung durch die Türkei. Solange sie durch türkische Herrschaft unterjocht sind, sehen sie in dem Haupte der griechischen Kirche den Beherrscher von 60 Millionen griechischer Christen, *ihren natürlichen Beschützer und Befreier.*"

Das, was hier von der Türkei gesagt ist, trifft jetzt in hohem Maße auch auf Oesterreich-Ungarn zu. Die Lösung der Balkanfrage ist ohne die Lösung der österreich-ungarischen Frage undenkbar, da beide von ein und derselben Formel umfaßt werden: die demokratische Föderation der Donau- und Balkanvölker.

„Die Regierungen mit ihrer altmodischen Diplomatie aber," schrieb Marx, „werden die Schwierigkeit niemals lösen. Wie die Lösung so vieler anderer Probleme, bleibt auch die des türkischen der europäischen Revolution vorbehalten." Diese Behauptung behält auch jetzt ihre volle Kraft. Doch eben, damit die Revolution eine Lösung der im Laufe der Jahrhunderte angehäuften Schwierigkeiten geben soll, muß das Proletariat *sein* Programm der Lösung der österreich-ungarischen Frage haben. Und dieses Programm muß es mit gleicher Kraft den Eroberungs-Gelüsten des Zarismus, wie den feig-konservativen Sorgen um die Erhaltung des österreich-ungarischen Statusquo entgegenstellen.

2. Oesterreich-Ungarn

Der russische Zarismus repräsentiert unstreitig eine rohere, barbarischere staatliche Organisation als der gebrechlichere, durch Altersschwäche gemilderte österreich-ungarische Absolutismus. Doch Rußland, sogar als rein staatliche Organisation betrachtet, ist durchaus nicht mit dem Zarismus identisch. Die Vernichtung des Zarismus bedeutet nicht die Auflösung Rußlands, im Gegenteil, es bedeutet seine Befreiung und Stärkung. Aussprüche, wie die, daß es nötig sei, Rußland nach Asien zurückzuwerfen, übertrugen sich auch auf einen gewissen Teil der sozialdemokratischen Presse, beruhen aber auf schlechter Kenntnis der Geographie und Ethnographie. Wie sich auch das Schicksal einzelner Teile des jetzigen Rußlands gestalten sollte — Russisch-Polens, Finnlands, der Ukraine oder Bessarabiens — das europäische Rußland hört darum nicht auf zu existieren, als nationales Territorium eines Vielmillionenvolkes, das im letzten Viertel des Jahrhunderts sehr große Eroberungen auf der Bahn der kulturellen Entwickelung gemacht hat.

Ganz anders steht es mit Oesterreich-Ungarn: als staatliche Organisation ist es der habsburgischen Monarchie gleichbedeutend, mit der es steht und fällt, ähnlich der europäischen Türkei, die mit der osmanischen militärisch-feudalen Kaste identisch war und mit ihr auch gefallen ist. Als ein dynastisch erzwungenes Konglomerat zentrifugaler Nationensplitter repräsentiert Oesterreich-Ungarn das reaktionärste Gebilde im Zentrum Europas. Seine Erhaltung nach der gegenwärtigen europäischen Katastrophe wird nicht nur die Entwickelung der Donau- und Balkanvölker für neue Jahrzehnte bremsen, wird nicht nur die Gewähr für eine Wiederholung des europäischen Krieges schaffen, sondern wird auch den Zarismus politisch stärken, indem sie ihm die Hauptquelle seiner idealen Nahrung läßt.

Wenn sich die deutsche Sozialdemokratie mit der Zertrümmerung Frankreichs, als einer Strafe für sein Bünd-

nis mit dem Zarismus, aussöhnt, so muß man verlangen, daß sie dasselbe Kriterium auch auf das deutsch-österreichische Bündnis anwendet. Wenn sich die völkerbefreiende Bewertung des gegenwärtigen Krieges von Seiten der englischen und französischen Presse an dem Bündnis der beiden westlichen Demokratien mit dem völkerknechtenden Zarismus zerschlägt, so erscheint es als eine ebensolche, wenn nicht noch größere Anmaßung, das befreiende Panier, wie es die deutsche Sozialdemokratie tut, über die hohenzollernsche Armee auszubreiten, welche nicht nur gegen den Zarismus und seine Verbündeten kämpft, sondern auch für die Erhaltung und Befestigung der habsburgischen Monarchie.

Oesterreich-Ungarn ist Deutschland unentbehrlich, — dem herrschenden Deutschland, wie wir es kennen. Indem es Frankreich durch die gewaltsame Aneignung Elsaß-Lothringens in die Arme des Zarismus stieß, die Beziehungen zu England durch rasche Rüstungen zur See systematisch verschärfte, alle Versuche einer Annäherung und Verständigung mit den beiden westlichen Demokratien zurückwies, da diese Verständigung die Demokratisierung Deutschlands vorausgesetzt hätte, war die herrschende Junkerkaste gezwungen, eine Stütze in der österreich-ungarischen Monarchie zu suchen, als dem Hilfsreservoir militärischer Kraft gegen die Feinde im Westen und Osten. Die Mission Oesterreich-Ungarns bestand vom deutschen Gesichtspunkt aus darin, in den Dienst der militaristisch-junkerlichen deutschen Politik ungarische, polnische, rumänische, tschechische, ruthenische, serbische und italienische Hilfskorps zu stellen. Das herrschende Deutschland hat sich leicht damit abgefunden, daß 10—12 Millionen Deutsche von ihrer nationalen Metropole abgerissen blieben, — haben doch diese 12 Millionen den staatlichen Kern gebildet, um den die Habsburger mehr als 40 Millionen nichtdeutscher Bevölkerung vereinigt haben. Eine demokratische Föderation selbständiger Donauvölker hätte sie für den deutschen Militarismus als Bundesgenossen unbrauchbar gemacht. Nur eine militärisch erzwungene monarchische Organisation Oesterreich-Ungarns macht es dem Deutschland der Junker als Bundesgenossen brauchbar. Die unumgängliche Bedingung dieses Bündnisses, das durch die

Nibelungentreue der Dynastien geheiligt ist, bildet die ständige Kriegsbereitschaft Oesterreich-Ungarns, die aber nur durch eine mechanische Niederhaltung der zentrifugalen nationalen Tendenzen bewahrt werden kann.

Für Oesterreich-Ungarn, das an allen seinen Grenzen von mit seinem eigenen Völkerbestand verwandten Nationen umgeben ist, steht die äußere Politik im innigsten und unmittelbarsten Zusammenhang mit der inneren Politik. Um 7 Millionen Serben und Südslaven in seinen staatlich-militärischen Rahmen einzwängen zu können, muß Oesterreich-Ungarn den Herd ihrer politischen Anziehung ersticken — das selbständige Serbien.

Das österreichische Ultimatum an Serbien war der entscheidende Schritt auf diesem Wege. „Oesterreich-Ungarn hat seinen Schritt unter dem Gebot der Notwendigkeit getan", schreibt E. Bernstein in den Sozialistischen Monatsheften (16. Heft), — und das ist absolut richtig, wenn man die politischen Ereignisse aus dem Gesichtswinkel der dynastischen Notwendigkeiten betrachtet.

Die Politik der Habsburger mit dem Hinweis auf das tiefe moralische Niveau der Belgrader Machthaber kann man nur verteidigen, wenn man sich der Tatsache verschließt, daß die Habsburger sich nur mit einem Serbien befreunden konnten, an dessen Spitze eine österreichische Agentur stand, in Gestalt von Milan — die niederträchtigste Regierung, die die Geschichte der unglückseligen Balkanhalbinsel jemals kannte. Wenn die Abrechnung mit Serbien so spät kam, so nur darum, weil die Sorge um die Selbsterhaltung nicht tatkräftig genug war, in dem gebrechlichen Organismus der Monarchie. Nach dem Tode des Erzherzogs, der Stütze und Hoffnung der österreichischen militärischen Partei und Berlins, kam ein kräftiger Rippenstoß des Bundesgenossen, der unerbittlich eine Demonstration der Standhaftigkeit und Kraft verlangte. Das österreichische Ultimatum an Serbien war nicht nur im voraus gutgeheißen, sondern nach allen Angaben von dem herrschenden Deutschland genau inspiriert. Darüber wird deutlich genug in demselben Weißbuche gesprochen, das die professionellen und nichtprofessionellen Diplomaten als eine Urkunde hohenzollernscher Friedensliebe darzustellen versuchen.

Indem es die Ziele der großserbischen Propaganda und die Machinationen des Zarismus auf dem Balkan charakterisiert, sagt das Weißbuch: „Unter diesen Umständen mußte Oesterreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte.

Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Oesterreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unsern Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Oesterreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slaventums unter russischem Szepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslavismus zusammenbrechendes Oesterreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Oesterreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien."

Die Beziehung des herrschenden Deutschland zu dem österreichisch-serbischen Konflikt ist hier mit voller Klarheit

gezeichnet. Deutschland war nicht nur von den Absichten der österreichischen Regierung durch dieses unterrichtet, es hat sie nicht nur gebilligt, es hat nicht einfach die seiner „Bundestreue" entspringenden Folgen auf sich genommen, nein, es hat selbst den Vorstoß Oesterreichs als einen rettenden und unumgänglichen angesehen und machte faktisch den Vorstoß Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan zur Bedingung der weiteren Erhaltung des Bündnisses. Sonst „wäre Oesterreich für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten."

Dieser Sachverhalt und die in ihm verborgene Gefahr waren den deutschen Marxisten völlig klar. Am 29. Juni, einen Tag nach Ermordung des österreichischen Erzherzogs, schrieb der „Vorwärts":

„Allzusehr hat eine stümperhafte Politik die Geschicke unseres Volkes mit dem Oesterreichs verknüpft. Das Bündnis mit Oesterreich ist von unsern Regierenden zur Grundlage der ganzen auswärtigen Politik gemacht worden. Aber immer mehr erweist es sich nicht als eine Quelle der Stärkung, sondern als Quelle der Schwäche. Das Problem Oesterreichs erhebt sich immer drohender zu einer Gefahr für den Frieden Europas". Einen Monat später, als die Gefahr schon drohte, sich zur schrecklichen Wirklichkeit des Krieges auszuwachsen, am 28. Juli, schrieb das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie nicht weniger bestimmt: „Wie hat sich das deutsche Proletariat gegenüber einem so sinnlosen Paroxismus zu verhalten?" — und antwortete: „Es ist sicher nicht im mindesten an dem Fortbestand des österreichischen Völkerchaos interessiert." . . .

Im Gegenteil. Das demokratische Deutschland ist nicht an dem Fortbestand, sondern an dem Zerfall Oesterreich-Ungarns interessiert. Dies hätte Deutschland um 12 Millionen kultivierter Bevölkerung vermehrt, mit einem erstklassigen Zentrum, wie es Wien ist. Italien hätte seine nationale Ergänzung erreicht und aufgehört, die Rolle des unberechenbaren Faktors zu spielen, der es allezeit im Dreibunde war. Ein selbständiges Polen, Ungarn, Böhmen und eine Balkanföderation mit einem Rumänien von 10 Millionen Einwohnern an der russischen Grenze wären ein

mächtiger Schutzwall gegen den Zarismus. Was aber das wichtigste wäre: ein demokratisches Deutschland mit 75 Millionen deutscher Bevölkerung könnte, ohne die Hohenzollern und die herrschenden Junker, mühelos zu einer Verständigung mit Frankreich und England kommen, den Zarismus isolieren und ihn in seiner äußern und innern Politik zur Ohnmacht verdammen. Eine auf die Erreichung dieser Ziele gerichtete Politik wäre wirklich eine befreiende für die Völker Rußlands wie auch Oesterreich-Ungarns. Aber eine solche Politik verlangt eine wesentliche Voraussetzung, nämlich, daß das deutsche Volk, statt den Hohenzollern die Befreiung anderer Völker zu übertragen, sich selbst von den Hohenzollern befreit.

Die Haltung der deutschen und österreich-ungarischen Sozialdemokratie zeigte sich im gegenwärtigen Kriege im schreienden Widerspruch zu solchen Zielen. Sie geht im gegenwärtigen Zeitpunkt ganz von der Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung der habsburgischen Monarchie aus, im Interesse Deutschlands oder der deutschen Nation. Ausdrücklich aus diesem antidemokratischen Gesichtswinkel, der jedem international denkenden Sozialisten die brennende Schamröte ins Gesicht treibt, formuliert die Wiener Arbeiter-Zeitung den historischen Sinn des gegenwärtigen Krieges, „der nun vor allem der Krieg gegen deutsches Wesen ist".

„Ob die Diplomatie richtig gehandelt, ob es so kommen mußte, das mögen spätere Zeiten entscheiden. Jetzt steht das deutsche Volk auf dem Spiel und da gibt es kein Schwanken und kein Zagen! Das deutsche Volk ist einig in dem eisernen, unbeugsamen Entschluß, sich nicht unterjochen zu lassen, und nicht Tod und Teufel wird es gelingen, usw." (Wiener Arbeiter-Zeitung vom 5. August). — Wir schonen den politischen und literarischen Geschmack des Lesers, indem wir dieses Zitat nicht fortsetzen. Hier wird nichts gesagt von der befreienden Mission in bezug auf andere Völker, hier wird als Aufgabe des Krieges die Erhaltung und Sicherung „der deutschen Menschheit" gestellt.

Die Verteidigung der deutschen Kultur, der deutschen Erde, der deutschen Menschheit, erscheint hier als eine Aufgabe nicht nur der deutschen, sondern auch der österreichisch-ungarischen Armee. Serben müssen also

gegen Serben kämpfen, Polen gegen Polen, Ukrainer gegen Ukrainer — für die deutsche Menschheit. Der österreich-ungarische Generalstab erläuterte diese „Menschheit" in seinem Communiqué vom 18. September, daß „alle Völker unserer ehrwürdigen Monarchie, wie unser Soldateneid sagt: „gegen jeden Feind, wer immer er sei", in Tapferkeit wetteifernd einmütig zusammenzustehen haben" . . . . .

Die Wiener Arbeiter-Zeitung eignet sich ganz diese habsburgisch-hohenzollernsche Auffassung des österreich-ungarischen Problems an, als eines unnationalen militärischen Reservoirs — ähnlich wie das militärische Frankreich die Senegalesen und Marokkaner, und England die Indier betrachtet. Und wenn man beachtet, daß diese Ansichten keine neue Erscheinung in der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs sind, so wird uns der Hauptgrund dessen klar, warum sich die österreichische Sozialdemokratie so traurig in nationale Gruppen zerschlug und dadurch ihre politische Bedeutung auf ein Minimum herabsetzte. Die Zersetzung der österreichischen Sozialdemokratie in sich bekämpfende nationale Teile bildete eine der Aeußerungen der objektiven Unzulänglichkeit Oesterreichs als staatlicher Organisation. Gleichzeitig beweist die Haltung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, daß sie selbst ein trauriges Opfer dieser Unzulänglichkeit geworden ist, vor der sie ideell kapitulierte. Als sie sich ohnmächtig erwies, das vielstämmige Proletariat Oesterreichs durch die Prinzipien des Internationalismus zu verbinden und endgültig dieser Aufgabe entsagte, da hat die deutsch-österreichische Sozialdemokratie nicht jene „Idee" liquidiert, welche Renner, der sozialistische Advokat der Donaumonarchie, als die unerschütterliche Idee Oesterreich-Ungarns hinzustellen versuchte, sondern dieses Oesterreich-Ungarn und damit auch seine eigene Politik der „Idee" des preußisch-junkerlichen Nationalismus untergeordnet. Dieses völlige prinzipielle Versagen spricht zu uns in unerhörter Sprache aus den Seiten der Wiener Arbeiter-Zeitung. Wenn man aber der Musik dieses hysterischen Nationalismus aufmerksamer lauscht, so kann man die ernstere Stimme nicht überhören, die Stimme der Geschichte, welche uns sagt, daß der Weg zum politischen Fortschritt für Mittel- und Südost-Europa über den Zerfall der österreich-ungarischen Monarchie geht!

3. Der Kampf gegen den Zarismus

Doch der Zarismus! Bedeutet denn nicht der Sieg Deutschlands und Oesterreichs eine Niederlage des Zarismus? Und wiegt ein solches Resultat nicht reichlich alle oben angezeigten Folgen auf?

Diese Frage hat eine ausschlaggebende Bedeutung in der gesamten Argumentation der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Die Niederdrückung eines kleinen neutralen Landes, die Zerschmetterung Frankreichs — alles wird mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Zarismus gerechtfertigt. Das Votum für die Kriegskredite wird durch Haase mit der Notwendigkeit, „die Gefahr des russischen Despotismus abzuwehren", begründet.. Bernstein ruft zu Marx und Engels zurück und gibt, alte Texte benutzend, die Losung aus: „Abrechnung mit Rußland".

Südekum, mit dem Ausgang seiner italienischen Mission unzufrieden, sieht die Schuld der Italiener darin, daß sie den Zarismus nicht verstehen. Und wenn die Wiener und Budapester Sozialdemokraten sich unter die Fahne Habsburgs stellen, das den heiligen Krieg gegen die nach nationaler Einheit strebenden Serben erklärt, so bringen sie ihre sozialistische Ehre der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Zarismus zum Opfer.

Doch nicht nur die Sozialdemokraten. Die gesamte deutsche bürgerliche Presse will gegenwärtig kein anderes Ziel kennen, als die Vernichtung der zarischen Selbstherrschaft, welche die Völker Rußlands unterdrückt und die Freiheit Europas bedroht.

Der Reichskanzler denunziert Frankreich und England als Vasallen der russischen Despotie. Ja sogar der deutsche Generalmajor v. Morgen, ein unzweifelhaft erprobter „Freund der Freiheit und Unabhängigkeit", fordert die Polen in einem Aufrufe zum Aufstand gegen zarischen Despotismus auf.

Es wäre jedoch für uns, die wir doch durch die Schule des historischen Materialismus gegangen sind, beschämend,

wenn wir trotz dieser Phrasen, Lügen, Prahlereien, schmutzigen Gemeinheiten und Dummheiten die wirklichen Zusammenhänge der Interessen nicht erkennten.

Es wird niemand ernstlich glauben, daß der Zarismus der deutschen Reaktion so verhaßt ist und daß ihre Schläge gegen diesen gerichtet sind. Im Gegenteil. Nach dem Kriege wird wie bisher der Zarismus für die Machthaber Deutschlands die am meisten verwandte und nahestehendste Regierungsform sein. Der Zarismus ist dem Deutschland der Hohenzollern unentbehrlich, aus zwei Gründen. Erstens schwächt er Rußland ökonomisch, kulturell und militärisch, indem er die Entwicklung Rußlands zu einem imperialistischen Nebenbuhler bremst. Zweitens stärkt die Existenz des Zarismus die hohenzollernsche Monarchie und die Oligarchie des Junkertums. Denn gäbe es keinen Zarismus, so stünde der deutsche Absolutismus vor Europa als letzter Stützpunkt feudaler Barbarei.

Der deutsche Absolutismus hat nie sein blutverwandtes Interesse an dem Bestehen des Zarismus verheimlicht, der dieselbe soziale Art, wenn auch in unverschämteren Formen, darstellt. Interessen, Tradition und Sympathien führen gleichmäßig die deutsche Reaktion an die Seite des Zarismus. „Rußlands Trauer, Deutschlands Trauer". Gleichzeitig aber können die Hohenzollern, den Zarismus im Rücken, wenn auch nicht vor West-Europa, so doch vor dem eigenen Volke, als Schutzwall der Kultur „gegen Barbarei" paradieren.

„Mit aufrichtigem Leid sah ich eine von Deutschland treubewahrte Freundschaft zerbrechen", sagte Wilhelm II. in seiner Thronrede nach der Kriegserklärung. Nicht Frankreich und nicht England war gemeint, sondern Rußland oder richtiger die russische Dynastie, gemäß der russischen Religion der Hohenzollern, wie Marx sagen würde.

Die deutschen Sozialdemokraten flößen entweder selbst Wilhelm II. und seinem Kanzler den politischen Plan ein, oder schreiben ihn diesen doch zu: einerseits, durch den Sieg über Frankreich und England die Bedingungen für eine Annäherung mit ihnen zu schaffen, anderseits, den strategischen Sieg über Frankreich auszunutzen, um den russischen Despotismus zu erdrücken.

In Wirklichkeit aber haben die politischen Pläne der deutschen Reaktion einen gerade entgegengesetzten Charakter und können keinen andern haben.

Ob der zerstörende Stoß gegen Frankreich von strategischen Gesichtspunkten diktiert war, ob die „Strategie" nicht eine Verteidigungstaktik an der Westgrenze zuließ — diese Frage lassen wir einstweilen offen.

Aber nicht sehen, daß die Politik der Junker die Zerschmetterung Frankreichs forderte, kann nur der, der Veranlassung hat, die Augen verschlossen zu halten. Frankreich — das ist der Feind!

Eduard Bernstein, der zur Rechtfertigung der politischen Position der deutschen Sozialdemokratie aller Enden zu vermitteln ehrlich bestrebt ist, kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: Wäre Deutschland demokratisch regiert, so bestünde auch kein Zweifel, wie das — die Abrechnung mit dem Zarismus — zu erzielen wäre. Ein demokratisches Deutschland würde den Krieg nach Osten revolutionär führen. Es würde die von Rußland unterdrückten Nationen zum Widerstand gegen dieses aufrufen und ihnen die Mittel geben, für die Befreiung ernsthaft zu kämpfen. Ganz richtig! Indes — fährt Bernstein fort — Deutschland ist keine Demokratie, es wäre daher utopistisch (eben!), eine solche Politik mit allen ihren Konsequenzen von ihm zu erwarten. (Vorwärts, 28. August.) Na also! Hier aber bricht Bernstein die Analyse der wirklichen deutschen Politik „mit allen ihren Konsequenzen" plötzlich ab. Nachdem er den schreienden Widerspruch in der Position der deutschen Sozialdemokratie aufgedeckt, schließt er seine Ausführungen mit der unerwarteten Hoffnung, daß ein reaktionäres Deutschland dasselbe erfüllen werde, wozu nur ein revolutionäres imstande wäre, credo quia absurdum. Man könnte jedoch einwenden: Die herrschende Kaste Deutschlands hat natürlicherweise kein Interesse am Kampfe gegen den Zarismus. Doch Rußland steht jetzt Deutschland als Feind gegenüber, und aus diesem Kriege, aus dem Siege Deutschlands über Rußland, könnte der Zarismus, unabhängig vom Willen der Hohenzollern, geschwächt hervorgehen, wenn nicht völlig zusammenbrechen. Es lebe Hindenburg, das große unbewußte Werkzeug der russischen Revolution! rufen wir mit der Chemnitzer Volksstimme.

Es lebe der preußische Thronfolger — auch ein ziemlich unbewußtes Werkzeug! Es lebe der türkische Sultan, der jetzt im Dienste der Revolution die russischen Städte am Schwarzen Meer bombardieren läßt! Die glückliche russische Revolution — wie rasch sich jetzt ihre Kampfesreihen vermehren! Doch versuchen wir dieser Frage eine ernste Seite abzugewinnen. Könnte nicht wirklich die Niederlage des Zarismus der Sache der Revolution Vorschub leisten?

Gegen diese Möglichkeit ist nichts einzuwenden. Der Mikado und seine Samurai waren absolut nicht interessiert an der Befreiung Rußlands. Dessen ungeachtet war der russisch-japanische Krieg ein mächtiger Anstoß zu den ihm folgenden revolutionären Ereignissen.

Solche Folgen lassen sich darum auch vom deutsch-russischen Krieg erwarten.

Um aber solche historische Möglichkeiten politisch bewerten zu können, muß man folgende Umstände in Betracht ziehen:

Diejenigen, welche denken, daß der russisch-japanische Krieg die Revolution hervorgebracht hat, kennen und verstehen die Ereignisse und ihre Zusammenhänge nicht. Der Krieg hat den Ausbruch der Revolution nur beschleunigt. Doch hat er auch eben dadurch die Revolution geschwächt. Denn, hätte sich die Revolution aus dem organischen Auswachsen der inneren Kräfte heraus entwickelt, so wäre sie später aufgetreten, aber mächtiger und planmäßiger. Folglich ist die Revolution durchaus nicht an einem Kriege interessiert. Das als erstes. Zweitens hat der russisch-japanische Krieg, indem er den Zarismus schwächte, den japanischen Militarismus gestärkt. Auf den deutsch-russischen Krieg beziehen sich die beiden obigen Betrachtungen in noch höherem Grade.

Im Laufe der Jahre 1912—1914 hatte sich Rußland durch den ungeheuren Aufschwung der Industrie endgültig aus dem Zustand kontrarevolutionärer Niedergedrücktheit herausgearbeitet.

Das Wachstum der revolutionären Bewegung auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Ausstände der Arbeitermassen, das Anwachsen der oppositionellen Stimmung in den breitesten Schichten der Bevölkerung, führten das Land in eine neue Epoche der Stürme und Kämpfe. Aber im Unterschied zu den Jahren 1902—1905 entwickelte

sich die Bewegung unvergleichlich bewußter und planmäßiger und überdies auf einer weit breiteren sozialen Unterlage. Sie bedurfte der Zeit, um ganz auszureifen, keineswegs aber der Lanzen der ostelbischen Samurai, die im Gegenteil dem Zaren die Möglichkeit gaben, die Rolle des Verteidigers der Serben, Belgier und Franzosen zu spielen.

Der Krieg kann — katastrophale Niederlagen Rußlands vorausgesetzt — ein schnelleres Hervortreten der Revolution bringen, aber um den Preis ihrer inneren Schwächung. Und wenn sogar die Revolution unter solchen Bedingungen die Oberhand gewinnt, so werden die hohenzollernschen Armeen ihre Bajonette gegen diese wenden. Und diese Perspektive kann ihrerseits nicht verfehlen, die revolutionären Kräfte Rußlands zu paralysieren, weil sich nicht leugnen läßt, daß hinter den hohenzollernschen Bajonetten die Partei des deutschen Proletariats steht. Das ist jedoch nur die eine Seite der Sache. Die Besiegung Rußlands setzt notwendigerweise entscheidende Siege Deutschlands und Oesterreichs auf den andern Kriegsschauplätzen voraus, und dies bedeutet die erzwungene Aufrechterhaltung des nationalpolitischen Chaos im Zentrum und Süd-Osten Europas, wie die unbegrenzte Herrschaft des deutschen Militarismus in ganz Europa.

Eine erzwungene Entwaffnung Frankreichs, die Milliarden-Kontribution, die erzwungene Einbeziehung der Besiegten in eine Zollgrenze, ein erzwungener Handelsvertrag mit Rußland, dies alles im Verein, würde den deutschen Imperialismus für mehrere Dezennien zum Herrn der Lage machen.

Der Umschwung in der neueren Politik Deutschlands, die mit der Kapitulation der proletarischen Partei vor dem nationalistischen Militarismus ihren Anfang nahm, wäre für lange Zeit gestärkt, die deutsche Arbeiterklasse würde sich materiell und ideell mit den Abfällen vom Tische des siegreichen Imperialismus nähren, die soziale Revolution dagegen wäre ins Herz getroffen.

Daß unter solchen Umständen selbst eine vorübergehende siegreiche russische Revolution nur eine historische Fehlgeburt sein könnte, braucht nicht weiter bewiesen zu werden.

Sonach birgt das gegenwärtige Aufeinanderprallen der Völker, die unter das Joch des Militarismus, den die be-

sitzenden Klassen auf sich gewälzt haben, geraten sind, die ungeheuren Widersprüche in sich, welche der Krieg selbst und die ihn leitenden Regierungen in keiner Weise im Interesse der künftigen geschichtlichen Entwicklung zu lösen vermögen.

Die Sozialdemokraten konnten und können ihre Ziele mit keiner der geschichtlichen Möglichkeiten, welche dieser Krieg in sich birgt — d. h. weder mit dem Siege des Zweibundes noch mit dem des Dreiverbandes — verquicken.

Die deutsche Sozialdemokratie hat das früher sehr wohl gewußt, und speziell über die Frage des Kampfes gegen den Zarismus schreibt der „Vorwärts" am 28. Juli:

„Was aber dann, wenn die Lokalisierung nicht gelingt, wenn Rußland auf den Plan tritt? Welche Haltung sollen wir dem Zarismus gegenüber einnehmen? In dieser Frage liegt die große Schwierigkeit der Situation.

Ist jetzt nicht der Moment gekommen, dem Zarismus den Todesstoß zu versetzen, wird nicht die Revolution in Rußland zum Siege gebracht, wenn deutsche Armeen die russische Grenze überschreiten?"

Diese Frage untersuchend, kommt der „Vorwärts" zu folgender Schlußfolgerung:

„Ist es sicher, daß die russische Revolution zum Siege geführt wird, wenn deutsche Armeen die russische Grenze überschreiten? Dieser Akt kann wohl den Zusammenbruch des Zarismus herbeiführen, aber werden die deutschen Armeen ein revolutionäres Rußland nicht mit noch größerer Energie bekämpfen und niederzuwerfen suchen als das absolutistische?"

Und noch mehr. Am 3. August, am Vorabend der geschichtlichen Reichstagssitzung, schrieb der „Vorwärts" in seinem „Der Kampf gegen den Zarismus" überschriebenen Artikel:

„Während die konservative Presse die stärkste Partei des Reiches, zum Gaudium des Auslandes, als Hochverräter beschimpft, sucht man auf der andern Seite umgekehrt der Sozialdemokratie klar zu machen, daß der Krieg, der jetzt bevorstehe, eigentlich eine alte sozialdemokratische Forderung sei. Der Krieg gegen Rußland, der Krieg gegen den blutbefleckten und, wie er seit einigen Tagen in der früher knutenbegeisterten Presse genannt wird, gegen den treulosen

Zarismus — ist er nicht eine alte sozialdemokratische Forderung seit Anbeginn?

So argumentiert man tatsächlich in einem Teile, und zwar in dem gescheiteren Teile der bürgerlichen Presse und beweist damit nur, wie großes Gewicht man auf die Stimmung auch desjenigen Teiles des deutschen Volkes legt, der hinter der Sozialdemokratie steht. Deswegen heißt es jetzt nicht mehr: Russische Trauer ist deutsche Trauer! sondern Nieder mit dem Zarismus! Freilich ist, seitdem einst die genannten (Bebel, Lassalle, Engels, Marx) Führer der Sozialdemokratie den demokratischen Krieg gegen Rußland verlangten, Rußland keineswegs mehr bloß der Hort der Reaktion, sondern auch der Herd der Revolution geworden. Den Zarismus zu stürzen ist jetzt die Aufgabe des russischen Volkes im allgemeinen und des russischen Proletariats im besonderen geworden, und wie rüstig gerade die russische Arbeiterklasse diese ihr durch die Geschichte gewordene Aufgabe anpackt, des sind gerade die letzten Wochen Zeugen gewesen. . . . Und alle nationalistischen Hetzversuche der echtrussischen Leute, den Haß der Massen von dem Zarismus abzuwenden, und eine reaktionäre Hetze gegen das Ausland, vor allem gegen Deutschland, zu entfesseln, sind bis jetzt fehlgeschlagen. Zu gut weiß das russische Proletariat, daß sein Feind nicht jenseits der Grenzen, sondern im eigenen Lande sitzt. Nichts war den nationalistischen Hetzern, den Echtrussen und Panslawisten unangenehmer, als die Nachricht von den großen Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie. O, wie hätten sie aufgejubelt, wenn das Gegenteil der Fall gewesen wäre, wenn sie dem revolutionären russischen Proletariat hätten sagen können: Was wollt Ihr? Die deutsche Sozialdemokratie steht an der Spitze der Kriegshetzer gegen Rußland! Und Väterchen in Petersburg hätte also befreit aufgeatmet: Das war die Nachricht, die ich brauchte! Jetzt ist der russischen Revolution, meinem gefährlichsten Feinde, das Rückgrat gebrochen! Die internationale Solidarität des Proletariats ist zerrissen! Jetzt kann ich die nationalistische Bestie entfesseln! Ich bin gerettet!"

So schrieb der „Vorwärts", nachdem Deutschland schon an Rußland den Krieg erklärt hatte.

Diese Worte bezeichneten die ehrliche, mannhafte Position des Proletariats vor dem kriegführenden Chauvinismus. Der „Vorwärts" hat die niedrige Heuchelei des herrschenden knutenfreundlichen Deutschland, das sich plötzlich seiner Bestimmung, Rußland vom Zarismus zu befreien, bewußt geworden ist, vortrefflich verstanden und gebrandmarkt. Der „Vorwärts" warnte die deutsche Arbeiterschaft vor der politischen Erpressung, welche die bürgerliche Presse an ihrem revolutionären Gewissen ausüben will. Glaubt nicht diesen Knutenfreunden, sagte der „Vorwärts" den deutschen Proletariern, sie sind lüstern nach euern Seelen, verhüllen ihre imperialistischen Interessen mit der Lüge freiheitlicher Phraseologie. Sie betrügen euch — das beseelte Kanonenfutter, dessen sie bedürfen. Gelänge es ihnen, euch auf ihren Weg zu bringen, so hülfen sie nur dem Zarismus, indem sie der russischen Revolution einen schrecklichen moralischen Schlag versetzt hätten.

Und wenn trotzdem die russische Revolution ihr Haupt erhöbe, so hätten eben diese Leute dem Zarismus geholfen, sie zu ersticken.

Das ist der Sinn dessen, was der „Vorwärts" bis zum 4. August die Arbeiterschaft lehrte.

Und genau drei Wochen später schreibt derselbe „Vorwärts":

„Befreiung vom Moskowitertum, (?) Freiheit und Unabhängigkeit für Polen und Finnland, freie Entwicklung für das große russische Volk selbst, Lösung des unnatürlichen Bündnisses zweier Kulturnationen von der zaristischen Barbarei, das war das Ziel, das das deutsche Volk begeistert und opferbereit gemacht hat", und mit dem deutschen Volk auch die deutsche Sozialdemokratie und ihr Zentralorgan.

Was ist denn in diesen drei Wochen geschehen, was veranlaßte den „Vorwärts", seinem anfänglich eingenommenen Standpunkt zu entsagen?

Was ist geschehen? Nichts von Bedeutung. Die deutschen Heere erwürgten das neutrale Belgien, brannten eine Reihe belgischer Ortschaften nieder, zerstörten Löwen, dessen Einwohner sich lasterhaft genug erwiesen, um mit aller Dreistigkeit, ohne Helm und Federbusch, auf die bewaffneten Fremden zu schießen, die gewaltsam in ihr Heim ein-

gedrungen sind*); in diesen drei Wochen trugen die deutschen Armeen Tod und Verderben auf das Territorium Frankreichs, und die ihnen verbündete österreich-ungarische Armee paukte den Serben an der Sawa und Drina die Liebe zur habsburgischen Monarchie ein — das sind die Tatsachen, die augenscheinlich den „Vorwärts" überzeugten, daß die Hohenzollern den Krieg für Befreiung der Nationen führen.

Man erdrückte das neutrale Belgien, die Sozialdemokraten schwiegen. Und Richard Fischer kam speziell als außerordentlicher Gesandter der Partei nach der Schweiz, um dem Volke eines neutralen Landes zu erklären, daß die Zerstörung der belgischen Neutralität und die Zerschmetterung des kleinen Volkes eine ganz natürliche Erscheinung sei. — Wozu der Lärm? Jede Regierung Europas hätte anstelle der deutschen ebenso gehandelt. Eben um diese Zeit hat sich die deutsche Sozialdemokratie nicht etwa einfach mit dem Kriege als mit einem wirklichen oder vermeintlichen Werke nationaler Verteidigung versöhnt, nein, sie umwand die hohenzollern-habsburgischen Armeen mit der Aureole eines offensiv-befreienden Feldzuges. Welcher beispiellose Fall für eine Partei, die fünfzig Jahre hindurch die deutsche Arbeiterklasse lehrte, in der deutschen Regierung den Feind aller Freiheit und Demokratie zu sehen!

Währenddessen deckt jeder neue Tag des Krieges immer mehr die europäische Gefahr auf, welche die Marxisten gleich hätten voraussehen sollen. Die Hauptstöße der deutschen Regierung waren nicht nach Osten, sondern nach Westen, gegen Belgien, Frankreich und England, gerichtet. Wenn wir auch das Unwahrscheinliche annehmen, daß nur strategische Gesichtspunkte diesen Plan der Kriegskampagne bestimmten, so bleibt auch dann die folgenschwere *politische* Logik dieser Strategie in ihrer vollen Kraft, die Notwendigkeit der vollen entscheidenden Niederschlagung Belgiens, Frankreichs und des englischen Landheeres, um die Hände gegen Rußland frei zu haben. War es denn nicht klar, daß, was als vorläufige notwendige strategische Maßregel erklärt wurde, zum Trost der deutschen Sozialdemo-

*) „Echt preußisch die Erklärung", schrieb Marx an Engels, „daß niemand sein „Vaterland" verteidigen darf, außer in Uniform!"

kratie, durch die Macht der Tatsachen zu einem selbständigen Ziele werden müsse! Und je hartnäckiger der Widerstand Frankreichs, dem nun wirklich die Aufgabe geworden ist, sein Territorium und seine Unabhängigkeit gegen den deutschen Angriff zu schützen, sein muß, desto sicherer bindet es und wird es die deutsche Armee an seiner Westgrenze binden; je mehr sich Deutschland dabei erschöpft, um so weniger Kraft und Lust bleibt ihm, seine angebliche Hauptaufgabe, nämlich die ihm von den deutschen Sozialdemokraten zugeschriebene „Abrechnung mit Rußland", zu lösen! Dann wird die Geschichte Zeugin sein eines ehrenhaften Friedens zwischen den zwei reaktionärsten Mächten Europas: zwischen Nikolaus, dem das Schicksal wohlfeile Siege über die bis in den Kern verfaulte habsburgische Monarchie*) beschieden hat und Wilhelm, der die Abrechnung vollzog, aber nicht mit Rußland, sondern mit Belgien.

Das Bündnis zwischen Hohenzollern und Romanow — nach der Erschöpfung und Erniedrigung der Weststaaten — wird eine neue Epoche der schwärzesten Reaktion in Europa und auf der ganzen Welt bedeuten.

Mit ihrer jetzigen Politik bahnt die deutsche Sozialdemokratie dieser schrecklichen Gefahr den Weg. Und diese Gefahr wird zur Wirklichkeit, wenn das europäische Proletariat sich nicht einstellt und als revolutionärer Faktor einmischt in die Rechnungen der Dynastien und der kapitalistischen Regierungen.

---

*) „Nur solche Kriege können ihr (der zarischen Diplomatie)," schrieb Engels mit Recht im Jahre 1890, „passen, wo die Alliierten Rußlands die Hauptlast zu tragen, ihr Gebiet der Verwüstung preiszugeben, die große Masse der Kämpfer zu stellen haben, und wo den russischen Truppen die Rolle der Reserven zufällt. Nur gegen entschieden Schwächere, wie Schweden, die Türkei, Persien, führt das Zarentum Krieg auf eigene Faust." — Jetzt muß man Oesterreich-Ungarn in eine Reihe mit der Türkei und Persien stellen.

4. Der Krieg gegen den Westen

Nach der Rückkehr von seiner diplomatischen Reise aus Italien, schrieb Dr. Südekum im „Vorwärts", daß die italienischen Genossen das Wesen des Zarismus nicht genügend verstünden. Wir sind mit Dr. Südekum ganz einverstanden, daß es einem Deutschen leichter ist, die Natur des Zarismus zu verstehen, da er doch täglich das Wesen des preußisch-deutschen Absolutismus am eigenen Leibe kennen lernt. Und diese beiden „Wesen" sind einander sehr verwandt.

Der deutsche Absolutismus repräsentiert eine feudal-monarchische Organisation, für welche die Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts ein mächtiges kapitalistisches Fundament schuf. Die Kraft der deutschen Armee, wie wir sie in ihrer blutigen Arbeit wiederum kennen lernen, besteht nicht nur in der materiell-technischen Machtfülle der Nation, in der Intelligenz und Exaktheit der Arbeitersoldaten, die die Schule der Industrie und der Klassenorganisation durchgemacht haben, sondern auch in ihrem junkerlichen Offizierkorps, mit seinen Herrschaftstraditionen, der Unterdrückung dessen, was unten, der Unterordnung unter das, was oben ist. Die deutsche Armee, wie auch der deutsche Staat, repräsentieren eine feudal-monarchische Organisation mit unerschöpften kapitalistischen Ressourcen. Die bürgerlichen Skribenten können, so viel sie nur wollen, schwatzen von der Ueberlegenheit des Deutschen, des Pflichtmenschen, über den Franzosen, den Genußmenschen; der wirkliche Unterschied liegt nicht in den Eigenschaften der Rasse, sondern in den sozialen und politischen Verhältnissen. Das ständige Heer, dieser abgeschlossene, sich selbst genügende Staat im Staate, verbleibt, ungeachtet der allgemeinen Wehrpflicht, eine Kastenorganisation, die für ihr Aufblühen der künstlichen Standesauslese und der monarchischen Bekrönung der kommandierenden Hierarchie bedarf.

In seiner Schrift „Die neue Armee" wies Jaurès nach, daß Frankreich nur eine auf der Grundlage der Volks-

bewaffnung aufgebaute Verteidigungsarmee haben kann, d. h. die Miliz. Die bürgerliche französische Republik büßt es jetzt, daß sie in ihrer Armee ein Gegengewicht zu den demokratischen Formen des Staates haben wollte. Sie schuf, nach Jaurès Worten, „ein Bastard-Regime, in welchem veraltete Formen mit Formen, die im Werden begriffen sind, zusammenstießen und sich gegenseitig neutralisierten." Dieses Mißverhältnis zwischen dem ständigen Heer und dem republikanischen Regime ist die fundamentale Schwäche des militärischen Systems Frankreichs. Umgekehrt: die wahrhaft barbarische politische Rückständigkeit Deutschlands gibt ihm ein großes militärisches Uebergewicht. Die deutsche Bourgeoisie konnte von Zeit zu Zeit murren, wenn der prätorianische Kastengeist des Offizierkorps zu Ausbrüchen wie die von Zabern führte, sie konnte dem Kronprinzen und seiner Losung „Immer feste druff!" ein schiefes Gesicht machen; die deutsche Sozialdemokratie konnte noch so sehr die systematische Mißhandlung der Persönlichkeit des deutschen Soldaten brandmarken, die im Vergleich zu andern Ländern zu einer doppelten Zahl von Selbstmorden in den deutschen Kasernen führte, — die politische Charakterlosigkeit der Bourgeoisie und das Fehlen einer revolutionären Schulung beim deutschen Proletariat erlaubte dennoch der herrschenden Kaste, das ungeheuerliche Gebäude des Militarismus aufzurichten, welches die intelligenten und exakten deutschen Arbeiter unter das Kommando der Zaberner Helden stellt, und unter ihre Losung „Immer feste druff!"

Hans Delbrück sucht mit voller Berechtigung die Quelle der militärischen Macht Deutschlands im Teutoburger Walde!

„Die älteste germanische Kriegsverfassung", sagt er, „beruhte auf der Gefolgschaft der Fürsten als ganz besonders auserwählter Krieger und einer kriegerischen Masse, die das ganze Volk umfaßte. Das haben wir heute wieder. Wie anders sind die Formen geworden, wie wir heute kämpfen, als es im Teutoburger Wald unsere Vorfahren getan haben! Die wunderbare Technik der modernen Gewehre und Mörser und diese wunderbare Gliederung der ungeheuren Massen, und doch im Grunde dieselbe Kriegsverfassung: der kriegerische Geist aufs

höchste potenziert, aufs höchste ausgebildet in einer Körperschaft, die damals klein war, heute viele Tausende umfaßt, in Treue ihrem Kriegsherrn verpflichtet und von ihm, noch ähnlich, wie von den alten Fürsten, als seine Bankgenossen angesehen, und das ganze Volk unter ihrer Führung und von ihnen erzogen und in ihre Disziplin genommen. Hier haben wir das Geheimnis des kriegerischen Charakters des deutschen Volkes."

Der französische Major Driant sieht mit der verliebten Eifersucht eines Zwangrepublikaners auf den deutschen Kaiser in der Uniform der weißen Kürassiere — sicherlich die imposanteste und kriegerischste aller Uniformen — und ist entzückt, wie er seine Zeit „inmitten seiner Armee, dieser eigentlichen Familie der Hohenzollern" zubringt.

Die feudale Kaste, für die schon längst die Zeit gekommen war, politisch und moralisch zu verfaulen, hat auf dem Boden des Imperialismus wieder ihre Verbindung mit der Nation gefunden. Und so weit reichte diese Verbindung mit der Nation, daß sich die vor einigen Jahren geschriebene Prophezeiung des Majors Driant erfüllte, die bisher nur als die giftige Insinuation eines geheimen Bonapartisten oder Faselei eines Irrsinnigen erscheinen konnte.

„Der Kaiser ist der Feldherr . . . und hinter ihm steht das ganze arbeitende Deutschland wie ein Mann . . . Bebels Sozialdemokraten liegen mit in den Reihen, den Finger am Abzug, und auch sie denken an nichts anderes als an das Heil des Vaterlandes. Die zehn Milliarden Kriegskontributionen, die Frankreich wird zahlen müssen, werden ihnen eine bessere Hilfe sein, als die sozialistischen Hirngespinste, mit denen sie sich noch am Tage vorher genährt haben."

Ja, von dieser künftigen Kontribution — doch nicht von 10, sondern 20 oder 30 Milliarden, schreiben jetzt mit echt lumpenhafter Unverschämtheit auch schon einige sozialdemokratische (!) Blätter.

Der Sieg Deutschlands über Frankreich — eine bedauerliche strategische Notwendigkeit, nach Einschätzung der deutschen Sozialdemokratie — würde in erster Linie nicht die Niederlage des stehenden Heeres im Regime der republikanischen Demokratie, sondern den Sieg der feudal-

monarchischen Verfassung über die demokratisch-republikanische bedeuten.

Denn die alte Rasse der Hindenburg, Moltke und Kluck, die erblichen Spezialisten in Sachen der Massenmorde, sind ebensosehr eine unumgängliche Bedingung deutscher Siege, wie Kanonen von 42 Zentimeter Durchmesser, der letzte Ausdruck des technischen Vermögens des Menschen!

Schon jetzt spricht die gesamte bürgerliche Presse von der durch den Krieg gekräftigten Unerschütterlichkeit der deutschen Monarchie. Und auch jetzt schon erklären die deutschen Gelehrten — dieselben, welche Hindenburg zum Doktor aller Wissenschaften ausgerufen haben — politische Sklaverei als eine höhere Form des Gesellschaftslebens.

„Wie wenig", schreiben sie, „haben sich die demokratische Republik und das vom parlamentarischen Regiment unterjochte Schattenkönigtum und all die anderen schönen Dinge, die man pries, im Sturm bewährt!"

Und ist es beleidigend und beschämend, die Aufsätze der französischen Sozialisten zu lesen, die sich viel zu schwach erwiesen, um das Bündnis Frankreichs mit Rußland zu zerbrechen, oder wenigstens die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit zu verhindern und die nichtsdestoweniger in ihren roten Hosen sich aufmachen, Deutschland zu befreien, so packt uns das Gefühl unaussprechlicher Entrüstung beim Lesen der deutschen Parteipresse, die in der Sprache exaltierter Sklaven die heldenmütige Kaste der erblichen Unterdrücker für ihre Waffentaten auf dem Territorium Frankreichs rühmt!

Am 15. August 1870, als die siegreichen deutschen Armeen sich Paris näherten, schrieb Engels in einem Brief an Marx, in welchem er den wirren Zustand der französischen Verteidigung charakterisierte:

„Trotzdem braucht eine revolutionäre Regierung, wenn sie bald kommt, nicht zu verzweifeln. Sie muß aber Paris seinem Schicksal überlassen und den Krieg von Süden aus weiterführen. Es ist dann noch immer möglich, daß sie sich so lange halten kann, bis Waffen aufgekauft und neue Heere organisiert sind, mit denen der Feind allmählich wieder bis an die Grenze zurückgedrängt wird. Das wäre eigentlich das wahre Ende des Krieges, daß beide Länder sich gegenseitig den Beweis ihrer Unbesiegbarkeit liefern."

Und es gibt Leute, die mit der Stimme trunkener Heloten schreien: „Nach Paris!“ und die Dreistigkeit besitzen, sich zu gleicher Zeit auf Marx und Engels zu berufen. Inwiefern stehen sie denn höher als die dreifach verachteten russischen Liberalen, die vor dem erlauchten Oberkommandierenden auf dem Bauche kriechen, der die russische „Nahajka“ in Ostgalizien einführt. Wie eine feige Anmaßung klingen die Reden von dem rein „strategischen“ Charakter des Krieges an der Westgrenze! Wer rechnet damit? Jedenfalls nicht die deutschen regierenden Klassen. Sie reden die Sprache der Ueberzeugung und der Kraft. Sie nennen die Dinge beim richtigen Namen. Sie wissen, was sie wollen, und verstehen für ihre Aufgaben zu kämpfen.

Die Sozialdemokraten erzählen uns, daß der Krieg der Sache der nationalen Unabhängigkeit diene. „Das ist nicht wahr!“ antwortet ihnen Herr Arthur Dix:

„Wie die große Politik im vorigen Jahrhundert dem nationalen Gedanken einen besonders scharf geprägten Grundzug verdankte, so stehen die weltpolitischen Geschehnisse des laufenden Jahrhunderts unter dem Zeichen des imperialistischen Gedankens. Er ist berufen, dem Machtstreben [illegible] Großen Antrieb, Rahmen und Ziel zu geben . . .“ („Der Weltwirtschaftskrieg“, 1914, S. 3.)

„Von erfreulichem Verständnis . . .“, schreibt derselbe Herr Arthur Dix, „auf seiten der Kreise, die den Krieg militärisch vorzubereiten gehabt, zeugte es, daß schon im ersten Stadium der Kriegführung das Vordringen unseres Heeres gegen Frankreich und Rußland sich gerade dort vollzog, wo es galt, besonders wertvolle deutsche Bodenschätze von feindlichem Eindringen frei zu halten und solche Teile des Feindeslandes zu besetzen, die unseren eigenen Besitz an unterirdischen Reichtümern ergänzen konnten.“ (ib., S. 38.)

Die „Strategie“, von der jetzt die Sozialisten in ehrerbietigem Flüstertone sprechen, beginnt in Wirklichkeit ihre Tätigkeit mit dem Raub der Bodenschätze.

Die Sozialdemokraten sagen uns, daß der Krieg dem Werke der Volksverteidigung diene. Doch Herr Georg Irmer schreibt klar und deutlich:

„Man spreche doch nicht immer davon als von etwas Selbstverständlichem, daß das deutsche Volk im Wettbewerb

um Weltwirtschaft und Weltmacht zu spät gekommen, daß die Welt verteilt sei. Ist denn die Erde nicht in allen Epochen der Geschichte immer wieder von neuem verteilt worden?" („Los vom englischen Weltjoch", 1914, S. 42.)

Die Sozialisten trösten uns, daß Belgien nur zeitweilig erdrückt worden, und daß die Deutschen baldigst die belgischen Quartiere verlassen werden. Doch Herr Arthur Dix, der wohl weiß, was er will, und der das Recht und die Kraft hat, zu wollen, schreibt: der deutsche Ausgang zum offenen Atlantischen Ozean — das sei es, was England ausgesprochenermaßen am meisten befürchtet. „Eben deshalb aber dürfen wir weder Belgien aus der Hand lassen, noch darauf verzichten, Sorge zu tragen, daß die Küste womöglich von Ostende bis zur Mündung der Somme nicht wieder in die Hand irgend eines Staatengebietes falle, das zum politischen Vasallen Englands werden könnte, sondern vielmehr in irgend einer Form deutschem Einfluß sichergestellt werde."

Jetzt erfüllt in unaufhörlichen Kämpfen zwischen Ostende und Dünkirchen die heilige „Strategie" auch diesen Programmpunkt der Berliner Börse.

Die Sozialisten erzählen uns, daß der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nur ein kleines Vorspiel zu einem dauerhaften Bündnis zwischen ihnen sei, aber Herr Arthur Dix deckt auch hier alle Karten auf. Nach ihm gibt es für uns „nur eine Antwort: das Streben nach Vernichtung des englischen Weltwirtschaftsanteils und nach tödlichen Schlägen gegen die englische Volkswirtschaft!" „Der auswärtigen Politik des deutschen Reiches", verkündet Prof. Franz von Liszt, „ist das Ziel für die nächsten Jahrzehnte deutlich vorgezeichnet. „Schutz gegen England", so muß unsere Parole lauten." („Ein mitteleuropäischer Staatenverband", 1914, S. 24.)

„Wir müssen", ruft ein Dritter, „den hinterhältigsten und bösartigsten unserer Feinde niederwerfen, wir müssen die Tyrannei brechen, die England in schnöder Selbstsucht und schamloser Rechtsverachtung über die Meere übt." Der Krieg wird nicht gegen den Zarismus geführt, sondern vor allem gegen Englands Ueberlegenheit zur See.

Die deutschen Sozialdemokraten sagen, daß das Hauptziel des Krieges die — „Abrechnung mit Rußland" sei. Doch der biedere Herr Rudolf Theuden will Galizien an Rußland ausliefern und als Zugabe Nordpersien. Dann „hätte (Rußland) so viel erreicht, daß es auf viele Jahrzehnte befriedigt sein könnte; man könnte sogar daran denken, es sich zum Freunde dadurch zu machen." Das wurde noch vor den russischen Erfolgen in Galizien geschrieben. „Was mußte uns der Krieg bringen?" frug Herr Theuden und antwortete:

„Die Hauptsache hätte uns Frankreich zu zahlen . . . Frankreich hätte an uns außer Belfort den von der Mosel, bei hartnäckigem Widerstand auch den von der Maas begrenzten Teil Lothringens abzutreten; wenn wir die Mosel und Maas zu deutschen Grenzflüssen machen, gewöhnen sich die Franzosen vielleicht einmal den Gedanken ab, den Rhein zum französischen Grenzfluß machen zu wollen."

Die bürgerlichen Politiker und Professoren sagen uns, daß der Hauptfeind England ist, Belgien und Frankreich ein Weg zum Atlantischen Ozean, daß die Hoffnungen auf eine russische Kontribution ja so wie so utopistisch sind; daß Rußland als Freund vorteilhafter sei denn als Feind; daß Frankreich an Geld und Boden wird zahlen müssen — und der „Vorwärts" ermahnt die deutschen Arbeiter, durchzuhalten „so lange, bis der Sieg endgültig unser ist". Und dabei erklärt er uns, daß der Krieg um die Unabhängigkeit der deutschen Nation und um die Befreiung der Völker Rußlands geführt wird. Was ist das nun am Ende? Man darf offenbar nicht Gedanken, Logik und Wahrheit dort suchen, wo sie nicht vorhanden sind; hier ist einfach ein Geschwür sklavischer Empfindungen aufgebrochen, und schleichende Fäulnis kriecht auf den Seiten der Arbeiterpresse. Es ist offenbar, daß die unterdrückte Klasse, die gar langsam und träge der Freiheit entgegengeht, in letzter Stunde alle Hoffnungen und Verheißungen durch Schmutz und Blut schleppen muß, bevor sich in ihrer Seele die unverfälschte Stimme erhebt — die Stimme der revolutionären Ehre.

5. Der Verteidigungskrieg

„Es gilt, diese Gefahr (des russischen Despotismus) abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich . . . Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die Kriegskredite." So lautete die von Haase verlesene Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 4. August.

Hier wird ausschließlich vom Schutz des Vaterlandes gesprochen, und nicht mit einem Worte an die „befreiende" Aufgabe dieses Krieges in bezug auf die Völker Rußlands erinnert, die später in allen Tonarten von der sozialdemokratischen Presse gesungen wurde, wobei diese Presse, deren Logik mit ihrem Patriotismus nicht Schritt hielt, sich krampfhaft bemühte, den Krieg gleichzeitig als einen reinen Verteidigungskrieg, der die Sicherung deutschen Eigentums zur Aufgabe habe, und als einen revolutionär-offensiven auf die Befreiung Rußlands und Europas vom Zarismus gerichteten, darzustellen.

Wir haben oben klar genug gezeigt, warum die Völker Rußlands alle Ursache haben, die Hilfe dankend abzulehnen, die man ihnen auf der Spitze hohènzollernscher Bajonette darbietet. Doch wie steht es um den Verteidigungscharakter des Krieges?

Vor allem überrascht in der Erklärung der deutschen Sozialdemokratie nicht nur das, wovon sie spricht, sondern noch mehr das, worüber sie sich in Schweigen hüllt. Nachdem Bethmann-Hollweg im Reichstage den schon durchgeführten Neutralitätsbruch gegen Belgien und Luxemburg zum Zwecke des Angriffs auf Frankreich verkündet, hat Haase nicht ein Wörtchen, nicht einen Laut über diese Tatsache fallen lassen. Dieses Schweigen ist so ungeheuerlich, daß man versucht ist, die Erklärung ein zweites und drittes Mal zu lesen, doch vergebens — die Erklärung ist so ab-

gefaßt, als ob auf der politischen Karte der deutschen Sozialdemokratie es überhaupt nie ein Belgien, Frankreich und England gegeben hätte.

Aber Tatsachen verschwinden nicht darum, weil politische Parteien vor ihnen die Augen verschließen. Und jedes Mitglied der Internationale hat das Recht, an die Adresse des Genossen Haase die Frage zu richten: „Welcher Teil von den durch die sozialdemokratische Fraktion bewilligten fünf Milliarden war eigentlich für die Zerstörung Belgiens bestimmt?" Es ist sehr möglich, daß zum Schutze des deutschen Vaterlandes vor dem russischen Despotismus es unumgänglich war, nebenbei das belgische Vaterland zu erdrücken. Aber warum hat die sozialdemokratische Fraktion davon geschwiegen?

Der Grund ist klar: die englische liberale Regierung, bestrebt, den Krieg in den Massen populär zu machen, berief sich nur auf die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit Belgiens und die Integrität Frankreichs zu schützen, sie verschwieg aber ganz ihr Bündnis mit dem zarischen Rußland. Auf ähnliche Weise und aus denselben Motiven spricht die deutsche Sozialdemokratie zu den Massen nur vom Krieg gegen den Zarismus, Belgien, Frankreich und England nicht einmal dem Namen nach erwähnend. Diese Tatsache ist selbstredend nicht gerade schmeichelhaft für die internationale Reputation des Zarismus. Es ist jedoch sehr betrübend, daß die deutsche Sozialdemokratie dem Rufe zum Kampfe gegen den Zarismus ihren eigenen guten Ruf opfert. Lassalle sagte, daß jede große politische Aktion mit dem „Aussprechen, was ist?" beginnt. Warum beginnt denn die Verteidigung des Vaterlandes mit einem verschämten Verschweigen dessen, was ist? Ist es vielleicht darum, weil sie sich nicht als eine „große politische Aktion" erweist?

Jedenfalls ist die Verteidigung des Vaterlandes ein sehr weiter und dehnbarer Begriff. Die Weltkatastrophe begann mit dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien. Oesterreich war hierin natürlich ausschließlich von den Bedürfnissen geleitet, seine Grenzen gegen den unruhigen Nachbar zu verteidigen. Oesterreichs Rückenhalter war Deutschland. Seine Anstiftung entsprang, wie wir schon wissen, wiederum dem Bedürfnis der Staatssicherheit: „Es wäre unsinnig, zu

glauben", schreibt darüber Ludwig Quessel, „man könne aus diesem vielgestaltigen Bau (Europa) eine Mauer herausreißen, ohne die Sicherheit des ganzen Gebäudes zu gefährden."

Deutschland eröffnete seinen „Verteidigungskrieg" mit dem Angriff auf Belgien, wobei die Verletzung der belgischen Neutralität nur als ein Mittel gelten sollte, nach Frankreich auf der Linie des schwächsten Widerstandes einzubrechen. Die militärische Niederwerfung Frankreichs sollte wiederum nur als eine strategische Episode der Vaterlandsverteidigung erscheinen.

Einigen deutschen Patrioten schien diese Konstruktion aus guten Gründen nicht ganz einleuchtend. Sie mutmaßten eine andere, weitaus zutreffendere Sachlage: Rußland, das in eine neue Aera der Kriegsrüstungen eingetreten, wird in zwei, drei Jahren für Deutschland weitaus gefährlicher sein, als es jetzt ist; Frankreich wird währenddessen seine dreijährige Kontre-Reform ganz durchgeführt haben. Ist es denn nicht klar, wie eben ein gut verstandenes Selbstverteidigungsinteresse forderte, daß Deutschland nicht den Ueberfall der Feinde abwarte, sondern ihnen um zwei Jahre zuvorkomme und baldigst die Offensive ergreife? Und ist es denn nicht klar, daß ein solcher Angriffskrieg, bewußt von Deutschland und Oesterreich hervorgerufen, sich in Wirklichkeit als ein Präventiv-Verteidigungskrieg erweist? Uebrigens erscheinen diese beiden Auffassungen nicht selten zu einer einzigen verbunden. Zugegeben, daß unter ihnen einiger Widerspruch vorhanden ist: eine von ihnen legt dar, daß Deutschland jetzt keinen Krieg wollte, sondern, daß er ihm vom Dreiverband aufgezwungen wurde, aus der zweiten geht hervor, daß gerade dem Dreiverband der Krieg jetzt unvorteilhaft war, und daß eben darum Deutschland die Initiative zum Zusammenstoß ergriffen hat — doch dieser Widerspruch wird schmerzlos in dem rettenden Begriff eines Verteidigungskrieges versöhnt.

Doch die übrigen Beteiligten machen Deutschland den Vorteil einer Verteidigungsstellung mit Erfolg streitig. Frantreich konnte aus Gründen der Selbstverteidigung nicht die Niederwerfung Rußlands zulassen. England motiviert seine Einmischung damit, daß eine Stärkung Deutschlands am Ausgange des Kanals eine unmittelbare Gefahr für die

großbritannischen Inseln bedeutet hätte. Endlich spricht auch Rußland ausschließlich von einer Selbstverteidigung. Wohl wahr, daß niemand russisches Territorium bedrohte. Doch nationalen Besitz — merken wir uns das — bildet nicht nur das Territorium, sondern auch andere unwägbare Faktoren, darunter auch der Einfluß auf schwächere Staaten. Serbien „gehört" in die Sphäre des russischen Einflusses und dient der Erhaltung des sogenannten Gleichgewichts zwischen den Balkanmächten, sondern auch zwischen dem österreichischen und russischen Einfluß. Ein siegreicher Angriff Oesterreichs gegen Serbien drohte dieses Gleichgewicht zu gunsten Oesterreichs zu stören und bedeutete folglich einen indirekten Angriff gegen Rußland. Sein stärkstes Argument schöpft Sasonow unzweifelhaft in Quessels Worten: „Es wäre unsinnig, zu glauben, man könne aus diesem vielgestalteten Bau eine Mauer herausreißen, ohne die Sicherheit des ganzen Gebäudes zu gefährden". Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß Serbien und Montenegro, Belgien und Luxemburg auch irgend welche Beweise für den Verteidigungscharakter ihrer Politik beibringen können. Auf diese Weise waren alle in der Verteidigung, keiner der Angreifer. Welchen Sinn hat aber dann die Entgegenstellung des Verteidigungs- und Angriffskrieges? Die Kriterien, welche man in solchen Fällen anwendet, sind sehr verschieden und nicht selten einander widersprechend.

Eine grundlegende Bedeutung hat für uns Marxisten die Frage nach der *geschichtlichen* Rolle des Krieges: ist er geeignet, die Entwicklung der Produktionskräfte, der Staatsreformen, die Beschleunigung der Konzentration der proletarischen Kräfte wirksam zu fördern oder umgekehrt sie zu hemmen. Diese materialistische Wertung der Kriege steht *über* allen formellen Momenten und hat ihrem Wesen nach keine Beziehung zur Frage von Verteidigung oder Angriff. Doch manchmal wird durch diese formellen Ausdrücke mit größerer oder kleinerer Berechtigung die historische Wertung des Krieges bezeichnet. Wenn Engels sagte, daß die Deutschen im Jahre 1870 sich in der Verteidigung befanden, so hatte er am allerwenigsten die unmittelbaren politischen und diplomatischen Umstände im Auge: maßgebend ist für ihn die Tatsache, daß die Deut-

schen in diesem Kriege ihr Recht auf nationale Einigung verfochten, die ihrerseits die notwendige Bedingung für die ökonomische Entwicklung des Landes und die sozialistische Sammlung es Proletariats bildete. In diesem Sinn führten die christlichen Balkanvölker einen Verteidigungskrieg gegen die Türkei, ihr Recht auf selbständige nationale Entwicklung gegen die fremde Herrschaft verfechtend.

Unabhängig von der historisch-materialistischen Einschätzung des Krieges ist die Frage nach seinen unmittelbaren weltpolitischen Voraussetzungen. Der Krieg der Deutschen mit der bonapartischen Monarchie war historisch unvermeidlich, in diesem war das Recht der Entwicklung auf deutscher Seite. Doch diese historischen Tendenzen haben an und für sich nicht die Frage vorausbestimmt, welcher Teil interessiert war, den Krieg eben im Jahre 1870 hervorzurufen. Jetzt wissen wir es sehr gut, daß welt-politische und militärische Erwägungen Bismarck bewogen haben, die tatsächliche Initiative zum Kriege auf sich zu nehmen. Es könnte aber auch anders sein: bei größerer Voraussicht und Energie hätte die Regierung Napoleon III. Bismarck zuvorkommen und den Krieg einige Jahre eher beginnen können. Das hätte die unmittelbar politische Physiognomie der Ereignisse radikal geändert, hätte aber geschichtlich die Einschätzung des Krieges unberührt gelassen.

An dritter Stelle folgen die Umstände diplomatischen Charakters. Die Aufgabe der Diplomatie ist in dieser Hinsicht eine doppelte: erstens muß sie den Krieg hervorrufen in dem Moment, welcher nach internationalen und militärischen Erwägungen der bequemste für ihr Land ist; zweitens muß sie zu diesem ihrem Ziele durch Mittel gelangen, welche die Last der Verantwortung für den blutigen Konflikt in den Augen der öffentlichen Meinung auf die feindliche Regierung wälzen. Die Aufdeckung der diplomatischen Schelmenstücke und Spitzbübereien ist eine sehr wichtige agitations-politische Aufgabe für die Sozialdemokratie. Doch ganz unabhängig davon, in welchem Maße dies uns im Brennpunkt der Ereignisse gelingt, ist es klar, daß das Netz diplomatischer Intrigen an und für sich noch gar nichts sagt, weder über die historische Rolle des Krieges, noch über seine wirklichen Initiatoren. Durch künstliche Manöver hat

Bismarck Napoleon III. gezwungen, Preußen den Krieg zu erklären, währenddem die tatsächliche Initiative des Krieges auf deutscher Seite lag.

Weiter folgen rein militärische Kriterien. Der strategische Operationsplan kann vorwiegend auf Angriff oder Verteidigung berechnet sein, unabhängig davon, welche Seite den Krieg erklärte und unter welchen Bedingungen. Endlich spielen die ersten taktischen Schritte zur Verwirklichung des strategischen Plans nicht selten eine große Rolle für die Beurteilung des Krieges als eines Angriffs- oder Verteidigungskrieges.

„Es ist gut", schrieb Engels an Marx am 31. Juli 1870, „daß die Franzosen zuerst auf deutschem Gebiet angegriffen haben. Wenn die Deutschen einer abgeschlagenen Invasion auf dem Fuß folgen, so macht das in Frankreich sicher nicht denselben Effekt, als wenn sie ohne vorherige Invasion nach Frankreich einmarschieren. Der Krieg bleibt auf französischer Seite dadurch mehr bonapartisch."

So erkennen wir an dem klassischen Beispiel des deutsch-französischen Krieges von 1870, daß das Kriterium des Angriffs- und Verteidigungs-Krieges bei der Abschätzung des Zusammenstoßes zweier, und erst recht mehrerer Völker durchaus widerspruchsvoll ist. Wenn man das Knäuel vom Ende aus zurückrollt, bekommt man die folgende Verbindung der Angriffs- und Verteidigungsmomente. Der erste taktische Schritt der Franzosen sollte — wenigstens nach Engels Meinung — im Bewußtsein des Volkes die Verantwortlichkeit für den Ueberfall auf die Franzosen wälzen. Der gesamte strategische Plan der Deutschen hatte jedoch einen durchaus offensiven Charaker. Die diplomatischen Schritte Bismarcks zwangen Bonaparte gegen seinen Willen, den Krieg zu erklären und in dieser Weise in der Rolle des Störers des europäischen Friedens aufzutreten, während doch die militärisch-politische Initiative zum Kriege ganz der preußischen Regierung gehörte. Diese Umstände sind keineswegs gleichgültig für die historische Einschätzung des Krieges, doch sind sie durchaus nicht erschöpfend. Zur Ursache dieses Krieges gehörte das progressive Streben der Deutschen nach nationaler Selbstbestimmung, das mit den dynastischen Anmaßungen der französischen Monarchie zusammenstieß.. Dieser nationale

„Verteidigungs"-Krieg führte jedoch zur Annexion Elsaß-Lothringens und wurde sonach in seinem zweiten Stadium zu einem dynastisch-erobernden. In ihrer Beziehung zum Kriege von 1870 gingen Marx und Engels, wie ihr Briefwechsel beweist, vorwiegend von allgemein historischen Betrachtungen aus. Ihnen ist es natürlich keinesfalls gleichgültig, wer den Krieg führt und wie er geführt wird: „Wer hätte es für möglich halten sollen", schreibt Marx mit Bitterkeit, „daß 22 Jahre nach 1848 ein Nationalkrieg in Deutschland solchen theoretischen Ausdruck besitzen würde!" Doch eine ausschlaggebende Bedeutung hatten bei Marx und Engels die objektiven Folgen des Krieges! „Siegen die Preußen, so ist die Zentralisierung der state power (Staatsgewalt) — nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse". Liebknecht und Bebel, von derselben historischen Bewertung des Krieges ausgehend, waren aber unmittelbar gezwungen, eine politische Position ihm gegenüber einzunehmen. Es geschah durchaus nicht im Widerspruch mit den Anschauungen von Marx und Engels, im Gegenteil mit ihrem vollen Einverständnis, wenn Liebknecht und Bebel im Reichstage jede Verantwortung für den Krieg ablehnten. Die von ihnen eingebrachte Erklärung lautete: „Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel können wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre . . . Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der internationalen Arbeiter-Assoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu einem großen Brüderbund zu vereinigen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären."

Schweizer hat anders gehandelt. Die historische Einschätzung des Krieges hat er zur unmittelbar leitenden Linie der Taktik gemacht — eine der allergefährlichsten Täuschungen! — und zusammen mit den Krediten auch das Vertrauen zur Bismarckschen Politik votiert, während es eben darum, damit die dem Kriege entsprungene Zentralisation der Staatsgewalt zum Nutzen der sozialdemokratischen Sache ausfalle, nötig war, daß die Arbeiterschaft von Anfang an der junkerlich-dynastischen Zentralisation ihre eigene, mit revolutionärem Mißtrauen gegen die Herrschenden erfüllte Klassenzentralisation entgegenstellte. Durch

seine politische Haltung hat Schweizer gerade diese Folgen des Krieges, die ihn zum Vertrauensvotum für dessen subjektiven Macher veranlaßten, beeinträchtigt.

Vier Jahrzehnte später, das Facit seiner Lebenstätigkeit ziehend, schrieb Bebel:

„Die Haltung, die Liebknecht und ich bei Ausbruch und während der Dauer jenes Krieges in und außerhalb des Reichstages einnahmen, ist jahrzehntelang Gegenstand der Erörterung und heftiger Angriffe gewesen. Anfangs auch in der Partei; aber nur kurze Zeit, dann gab man uns recht. Ich bekenne, daß ich unsere damalige Haltung in keiner Weise bedaure und daß, wenn wir bei Ausbruch des Krieges bereits gewußt hätten, was wir im Laufe der nächsten Jahre auf Grund amtlicher und außeramtlicher Veröffentlichungen kennen lernten, unsere Haltung vom ersten Augenblick an eine noch schroffere gewesen sein würde. Wir hätten uns nicht, wie es geschah, bei der ersten Geldforderung für den Krieg der Abstimmung enthalten, wir hätten direkt gegen dieselbe stimmen müssen." („Aus meinem Leben", II. Teil, 1911, S. 167.).

Wenn wir die Erklärung Liebknecht-Bebel aus dem Jahre 1870 mit der von Haase verkündeten Erklärung im Jahre 1914 vergleichen, so gelangen wir zu dem Schluß, daß Bebel irrte, als er sagte: „Dann gab man uns recht!" Denn die Abstimmung vom 4. August war vor allem eine Verurteilung von Bebels Politik vor 44 Jahren, da man nach Haases Terminologie sagen müßte, daß Bebel damals das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stiche gelassen habe.

Welche politischen Ursachen und Erwägungen veranlaßten die Partei des deutschen Proletariats, ihrer glänzendsten Tradition zu entsagen? Darüber haben wir bisher kein einziges gewichtiges Wort gehört. Alle Argumente, die angeführt wurden, sind voller Widersprüche und ähneln diplomatischen Communiqués, die man verfaßt, um eine bereits geschehene Tat zu rechtfertigen. Der Leitartikler der Neuen Zeit schreibt, — unter dem Segen des Genossen Kautsky — daß die Stellung Deutschlands zum Zarismus dieselbe sei, wie im Jahre 1870 zum Bonapartismus! „Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen", — ein solches Zitat aus einem Briefe Engels bringt der Leit-

artikler — „hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt und ist darum sofort eingesprungen." Aus demselben Grunde sei jetzt die deutsche Sozialdemokratie eingesprungen, es handle sich um die nationale Existenz. „Das von Engels Gesagte gilt ebenso, wenn man Zarismus an die Stelle von Bonapartismus setzt." Doch bleibt immerhin die Tatsache in ihrer vollen Geltung, daß Liebknecht und Bebel 1870 der Regierung demonstrativ den finanziellen und politischen Kredit verweigerten. Gilt es nicht ebenso, „wenn man den Zarismus an die Stelle des Bonapartismus setzt? Auf diese Frage haben wir keine Antwort.

Doch was sagte eigentlich Engels in seinem Briefe in bezug auf die Taktik der Arbeiterpartei? „Daß eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen könnte, scheint mir unmöglich". Die totale Obstruktion! — aber zwischen einer totalen Obstruktion und einer totalen Kapitulation einer politischen Partei ist noch ein weiter Raum, und eben über diesen Raum verteilten sich 1870 die beiden Positionen Bebel und Schweizer. Marx und Engels waren mit Bebel gegen Schweizer — Genosse Kautsky hätte das seinem Leitartikler, Hermann Wendel, bedeuten können. Und wenn jetzt der Simplizissimus die Schatten Bebels und Bismarcks in den himmlischen Sphären versöhnt, so ist das nichts anders als eine Verunglimpfung der Toten. Wenn der Simplizissimus und Wendel das Recht haben, zur Bekräftigung der jetzigen Taktik der deutschen Sozialdemokratie jemand aus seiner Grabesruhe zu wecken, so nicht Bebel, sondern Schweizer. Sein Schatten ist es, der gegenwärtig auf der politischen Partei des deutschen Proletariats lastet.

* * *

Doch selbst die Analogie zwischen dem Kriege von 1870 und dem jetzigen erscheint im höchsten Grade oberflächlich und falsch. Setzen wir alle internationalen Zusammenhänge bei Seite. Vergessen wir, daß der Krieg zu allererst die Zerstörung Belgiens bedeutete; daß die Hauptmacht Deutschlands sich nicht gegen den Zarismus, sondern auf das republikanische Frankreich stürzte; vergessen wir, daß der Ausgangspunkt des Krieges das Streben war, Serbien

zu erdrücken, und daß eines seiner Ziele in der Befestigung des erzreaktionären Staatsgebildes, Oesterreich-Ungarn, bestand. Wir wollen davon absehen, daß der russischen Revolution, die so stürmisch in den letzten zwei Jahren wieder auflebte, durch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie ein harter Schlag versetzt wurde. Wir wollen vor allen diesen Tatsachen die Augen verschließen, wie es die deutsche Sozialdemokratie am 4. August tat, für die auf der Welt kein Belgien, kein Frankreich, kein England, kein Serbien noch Oesterreich-Ungarn existiert. Wir wollen nur Deutschland gelten lassen.

Im Jahre 1870 war die historische Einschätzung des Krieges klar: „Siegen die Preußen, so ist die Zentralisation der Staatsgewalt nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse." Und jetzt? Welche Bedingungen werden sich für die deutsche Arbeiterklasse ergeben, wenn die Preußen jetzt siegen?

Die einzige Gebietserweiterung, welche die deutsche Arbeiterklasse begrüßen könnte, da sie eine Ergänzung der nationalen Einheitlichkeit wäre, ist die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland — der Sieg Deutschlands bewirkt die Erhaltung und Befestigung Oesterreich-Ungarns! Jede andere Vergrößerung des deutschen Vaterlandes aber bedeutet einen neuen Schritt zur Umwandlung Deutschlands aus einem Nationalstaat zu einem Nationalitätenstaat, mit allen daraus entspringenden Erschwerungen für den Klassenkampf des Proletariats.

Ludwig Frank hoffte — und diese Hoffnung gab er in der Sprache eines verspäteten Lassalleaners zum Ausdruck — sich später nach einem siegreichen Krieg mit dem „innern Ausbau" des Staates zu befassen. Daß Deutschland nach einem Siege dieses „inneren Ausbaues" nicht weniger als vor dem Kriege bedürfen wird, braucht nicht bezweifelt zu werden. Aber wird ein Sieg diese Arbeit erleichtern? Die historischen Erfahrungen Deutschlands, wie auch anderer Länder, berechtigen zu solchen Hoffnungen durchaus nicht. „Wir sahen das Tun und Treiben der Machthaber (nach den Siegen des Jahres 1870)", erzählt Bebel in seinen Memoiren, „als selbstverständlich an. Es war eben eine Illusion des Parteiausschusses, daß er an eine freiheitliche Gestaltung in der neuen Ordnung glaubte, die derselbe

Mann gewähren sollte, der sich bis dahin als der größte Feind jeder freiheitlichen, ich sage nicht einmal demokratischen, Entwicklung gezeigt hatte, und der jetzt als Sieger dem neuen Reich den Kürassierstiefel in den Nacken setzte." (Bd. II, S. 188.) Es ist gar kein Anlaß, in der Gegenwart andere Folgen eines Sieges von oben herab zu erwarten. Noch mehr. In den 70er Jahren mußte das preußische Junkertum vorerst sich der neuen Reichsordnung anpassen; es konnte sich nicht sogleich ganz sattelfest fühlen; das Sozialistengesetz kam erst 8 Jahre nach den Siegen. In diesen 44 Jahren ist das preußische Junkertum zum Reichsjunkertum geworden, und wenn es nach einem halben Jahrhundert des angespanntesten Klassenkampfes an der Spitze der siegreichen Nation erscheint, braucht man nicht zu zweifeln, daß es nicht ein Bedürfnis nach den Diensten Ludwig Franks für den innern Ausbau des Staates empfunden hätte, wenn er unversehrt aus den Feldern deutscher Siege zurückgekehrt wäre.

Doch weit wichtiger als die Stärkung der Klassenpositionen der Herrschenden ist der Einfluß, welchen der Sieg Deutschlands auf das Proletariat selbst ausüben wird. Der Krieg ist aus imperialistischen Gegensätzen zwischen den kapitalistischen Staaten herausgewachsen, und der Sieg Deutschlands kann nur, wie oben angedeutet, ein Resultat zeitigen: territoriale Errungenschaften auf Kosten Belgiens, Frankreichs und Rußlands, den Feinden aufgezwungene Handelsverträge, neue Kolonien. Der Klassenkampf des Proletariats wäre damit auf die Grundlage der imperialistischen Hegemonie Deutschlands gestellt, die Arbeiterklasse wäre an der Erhaltung und Entwicklung dieser Hegemonie interessiert, und der revolutionäre Sozialismus wäre für lange Zeit zur Rolle einer propagandistischen Sekte verurteilt.

Wenn im Jahre 1870 Marx richtig eine schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Banner des wissenschaftlichen Sozialismus, als Resultat der deutschen Siege, vorausschaute, so diktieren die internationalen Bedingungen jetzt eine grad entgegengesetzte Prognose: der Sieg Deutschlands wird die Abstumpfung der revolutionären Bewegung bedeuten, ihre theoretische Verflachung und das Erstreben der marxistischen Ideen.

Doch die deutsche Sozialdemokratie, wird man uns sagen, strebt gar nicht nach dem Siege. Darauf wird man vor allem antworten müssen, daß das nicht wahr ist. Was die deutsche Sozialdemokratie will, sagt uns ihre Presse. Mit zwei, drei Ausnahmen bezeichnet sie Tag für Tag dem deutschen Arbeiter einen Sieg der deutschen Waffen als s e i n e n Sieg. Die Einnahme von Maubeuge, der Untergang dreier englischer Kriegsschiffe, oder der Fall Antwerpens, rufen in ihr dieselben Gefühle wach, wie sonst die Eroberung neuer Wahlkreise oder Siege bei Lohnkämpfen. Man darf die Tatsache nicht aus dem Auge lassen, daß die deutsche Arbeiterpresse, die Parteipresse wie die gewerkschaftliche, jetzt einen mächtigen Apparat darstellt, der die Erziehung des Willens zum Klassenkampf durch die Erziehung des Willens zu militärischen Siegen ersetzt. Wir haben hier nicht die widrigen chauvinistischen Exzesse einzelner Organe im Auge, sondern die Grundstimmung der erdrückenden Mehrheit der sozialdemokratischen Blätter. Als Signal zu einer solchen Haltung erschien die Abstimmung der Fraktion vom 4. August.

Aber die Fraktion hatte ja gar nicht einen Sieg Deutschlands im Auge. Sie machte zu ihrer Aufgabe nur die Abwehr der äußeren Gefahr, die Verteidigung des Vaterlandes. Nicht mehr. —

Hier kommen wir wieder zurück zu der Gegenüberstellung der Verteidigungs- und Angriffskriege. Die deutsche Presse und damit auch die sozialdemokratische hört nicht auf zu wiederholen, daß eben Deutschland sich in diesem Kriege in Verteidigungsstellung befinde. Oben haben wir die Kriterien festgestellt, welche man zur Unterscheidung eines Angriffs- von einem Verteidigungskrieg anwendet. Diese Kriterien sind mannigfaltig und widerspruchsvoll. Doch im gegebenen Falle bezeugen sie alle einstimmig, daß man die militärischen Taten Deutschlands keinesfalls in den Begriff des Verteidigungskrieges zwängen kann, was übrigens für die Taktik der Sozialdemokratie absolut keine Bedeutung hat.

Vom h i s t o r i s c h e n Gesichtspunkt erscheint der junge deutsche Imperialismus, wie wir bereits wissen, als ein durchaus aggressiv draufgängerischer. Gejagt von der fieberhaften Entwicklung der nationalen Industrie, stört der deutsche Imperialismus die alten Kräfteverhältnisse zwi-

schen den Staaten und spielt die erste Geige in der Rüstungshetze.

Vom weltpolitischen Gesichtspunkte erschien der gegenwärtige Augenblick eben für Deutschland am meisten geeignet, seinen Nebenbuhlern einen vernichtenden Schlag zu versetzen, — was freilich nicht um ein Jota die Schuld der Feinde Deutschlands verringert.

Das diplomatische Bild der Ereignisse läßt keinen Zweifel über die leitende Rolle Deutschlands in der österreichischen Provokation; daß die zarische Diplomatie dabei gewohnheitsmäßig noch niederträchtiger erscheint, ändert nichts an der Sache. Strategisch ist der gesamte deutsche Kriegsplan auf eine ungestüme Offensive aufgebaut.

Endlich erweist sich als der erste taktische Schritt der deutschen Armee die Durchbrechung der belgischen Neutralität.

Wenn das alles Verteidigung ist, was heißt dann Angriff? Doch nehmen wir an, daß das diplomatische Bild der Ereignisse verschiedene andere Auslegungen zuließe — obwohl schon die ersten zwei Seiten des Weißbuches eine ganz klare Sprache führen — hat denn die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gar keine anderen Kriterien zur Festlegung ihrer Politik, außer jenen Dokumenten, welche ihr eine Regierung zeigt, die das größte Interesse hat, sie zu betrügen?

„Bismarck hat, so erzählt Bebel, „alle Welt düpiert und den Glauben zu erwecken verstanden, daß Napoleon den Krieg provozierte und er, der friedliebende Bismarck, sich mit seiner Politik in der Rolle des Angegriffenen befand."

„Die Vorgänge bis zur Kriegsführung waren so irreführend, daß man ganz die Tatsache übersah, daß Frankreich, das den Krieg erklärte, mit seiner Armee auf keinen Krieg vorbereitet war, wohingegen in Deutschland, das als der zum Kriege provozierte Teil erschien, die Kriegsvorbereitung bis auf den letzten Lafettennagel fertig war und die Mobilmachung wie am Schnürchen sich vollzog." („Aus meinem Leben", Bd. III, S. 167 und 168.)

Von der Sozialdemokratie konnte man, scheint es, mehr

kritische Vorsicht verlangen, nach einem solchen geschichtlichen Präzedenzfall!

Richtig ist, daß Bebel nicht nur einmal wiederholte, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland, die Sozialdemokratie ihr Vaterland verteidigen wird. Auf dem Parteitag in Essen hat ihm Kautsky erwidert:

„Meiner Ansicht nach können wir uns nicht darauf festlegen, jedesmal, wenn wir überzeugt sind, daß ein Angriffskrieg droht, die Kriegsbegeisterung der Regierung zu teilen. Bebel meint allerdings, wir seien heute schon viel weiter als 1870; wir könnten heute schon in jedem Falle genau unterscheiden, ob ein wirklicher oder ein vermeintlicher Angriffskrieg vorliegt. Ich möchte diese Verantwortung nicht auf mich nehmen. Ich möchte nicht die Garantie übernehmen, daß wir in jedem Falle schon eine solche Unterscheidung genau treffen können, daß wir stets wissen werden, ob eine Regierung uns hinters Licht führt, oder ob sie wirklich die Interessen der Nation gegenüber einem Angriffskrieg vertritt . . . Gestern war die deutsche Regierung aggressiv, morgen die französische, und wir können nicht wissen, ob es übermorgen nicht die englische ist. Das wechselt fortwährend . . . In Wirklichkeit handelt es sich im Falle eines Krieges für uns nicht um eine nationale, sondern um eine internationale Frage, denn ein Krieg zwischen Großstaaten wird zum Weltkrieg, er berührt ganz Europa und nicht bloß zwei Länder allein. Die deutsche Regierung könnte aber auch eines Tages den deutschen Proletariern weiß machen, daß sie die Angegriffenen seien, die französische Regierung könnte das gleiche den Franzosen weiß machen, und wir hätten dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletarier mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Hälse abschneiden. Das muß verhütet werden und das wird verhütet, wenn wir nicht das Kriterium des Angriffskrieges anlegen, sondern das der proletarischen Interessen, die gleichzeitig internationale Interessen sind . . . Glücklicherweise ist es ein Mißverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfalle nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, daß sie sich in erster Linie als deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlte."

Mit prachtvoller Klarheit deckt Kautsky in dieser Rede jene schrecklichen Gefahren auf — die nun zu einer noch schrecklicheren Wirklichkeit wurden — welche in dem Streben verborgen sind, die Haltung der Sozialdemokratie von der unbestimmbaren und widerspruchsvollen formalen Beurteilung eines Krieges, ob er ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg sei, abhängig zu machen. Bebel hat wesentlich nichts darauf geantwortet und sein Standpunkt schien durchaus unerklärlich, besonders nach seinen eigenen Erfahrungen vom Jahre 1870. Nichtsdestoweniger hatte Bebels Position, ungeachtet ihrer theoretischen Unzulänglichkeit, einen ganz bestimmten politischen Sinn. Jene imperialistischen Tendenzen, welche die Kriegsgefahr erzeugten, schlossen für die Sozialdemokratie die Möglichkeit aus, das Heil vom Siege einer der kämpfenden Parteien zu erwarten. Eben darum war die ganze Aufmerksamkeit der Verhütung eines Krieges gewidmet; Hauptaufgabe war, die Regierungen in der Angst vor den Folgen zu halten. „Die Sozialdemokratie", sagte Bebel, „wird gegen jene Regierung sein, die die Initiative zum Krieg ergreifen wird." Damit drohte er der Regierung Wilhelms II.: „Rechnet nicht auf uns, wenn es euch eines schönen Tages gelüstet, eure Mörser und Panzerkreuzer einzuweihen!" Doch zugleich sagte er auch in der Richtung nach Petersburg und London: „Die sollen sich nur hüten, Deutschland anzufallen, in der falschen Rechnung auf die innere Obstruktion der mächtigen deutschen Sozialdemokratie!" Ohne irgend welches politisches *Kriterium* in sich zu schließen, bedeutete die Bebelsche Auffassung eine politische Androhung, und dies gleichzeitig auf zwei Fronten, der inneren und äußeren. Auf alle historischen und logischen Einwände erwiderte er hartnäckig: „Wir werden schon das Mittel finden, jene Regierung zu entlarven, die den ersten Schritt zum Krieg machen wird — dazu sind wir klug genug." — Diese drohende Position der Sozialdemokratie, nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen, war nicht ohne Resultat. Die Regierungen haben wirklich alle Anstrengungen gemacht, um den Ausbruch hinauszuziehen. Aber nicht nur das. Die Monarchen und Diplomaten haben mit verdoppelter Aufmerksamkeit ihre Schritte der friedlichen Psychologie der Volksmassen angepaßt, zischelten mit den sozialistischen Führern, schnup-

perten im internationalen Bureau und schufen sonach eine Stimmung, dank welcher es Jaurès wie Haase möglich war, in Brüssel zu behaupten — einige Tage vor Ausbruch des Krieges — daß ihre Regierungen kein anderes Ziel kannten, als die Erhaltung des Friedens. Und als sich das Ungewitter entlud, suchte die Sozialdemokratie eines jeden Landes den Schuldigen — auf der anderen Seite der Grenze! Bebels Kriterium, das als Androhung eine bestimmte Rolle gespielt hat, verlor jeden Sinn in dem Moment, als die ersten Schüsse an den Grenzen hallten. Es ist eben jenes Unheilvolle eingetreten, das Kautsky vorausgesagt hatte.

Doch das auf den ersten Blick Ueberraschendste besteht darin, daß die Sozialdemokratie in Wirklichkeit nicht das Bedürfnis nach einem politischen Kriterium empfand. In der von uns durchlebten Katastrophe der Internationale zeichneten sich die Argumente durch außerordentliche Oberflächlichkeit aus; sie widersprachen sich gegenseitig, wechselten und hatten überhaupt eine untergeordnete Bedeutung — der Kern der Sache bestand darin, daß man das Vaterland verteidigen muß. Unabhängig von historischen Perspektiven des Krieges, von demokratischen und Klassenerwägungen, muß man das uns geschichtlich gegebene Vaterland verteidigen! Verteidigen nicht etwa darum, weil unsere Regierung den Frieden wollte, die Feinde uns aber „perfid überfielen", wie die internationalen Schmocks schreiben, sondern darum, weil der Krieg unabhängig davon, unter welchen Bedingungen und auf welche Art er hervorgerufen wurde, wer in ihm recht und wer unrecht hat, eine Gefahr für jedes kriegführende Land bedeutet. Die theoretischen, politischen, diplomatischen und militärischen Erwägungen fallen in Trümmer, wie vor einem Erdbeben, einer Feuersbrunst oder Ueberschwemmung. Die Regierung mit ihrer Armee wird zu der einzigen schützenden und rettenden Macht erhöht. Die breiten Massen kehren in Wirklichkeit in einen vorpolitischen Zustand zurück. Diese Stimmung der Massen, in wieweit sie nur eine zeitliche Stimmung verbleibt, der elementare Reflex der Katastrophe, braucht nicht kritisiert werden. Eine andere Sache aber ist die Haltung der Sozialdemokratie, der verantwortlichen politischen Vertreterin der Massen. Die politischen Organi-

sationen der besitzenden Klassen und vor allem die Staatsgewalt sind nicht einfach mit dem Strome gegangen — sie haben sofort eine in höchstem Grade angespannte und vielseitige Tätigkeit entfaltet, die darauf gerichtet war, diese unpolitische Stimmung zu erhöhen und die Massen um die Armee und Staatsgewalt zu vereinigen. Die Sozialdemokratie hat nicht nur keine irgendwie geartete gleichwertige Tätigkeit in entgegengesetzter Richtung entfaltet, sie hat vom ersten Augenblick an vor der Politik der Regierung und vor der elementaren Stimmung der Massen kapituliert, und statt diese Massen mit Kritik und Mißtrauen, wenn auch nur mit einem passiven, zu bewaffnen, hat sie den Uebergang der Masse durch ihre ganze Haltung in diesen vorpolitischen Zustand beschleunigt. Mit einer auffallenden Bereitwilligkeit, die am allerwenigsten geeignet war, den Herrschenden Achtung vor ihr einzuflößen, hat sie ihren fünfzigjährigen Traditionen und politischen Verpflichtungen entsagt.

Bethmann-Hollweg erklärte, daß die deutsche Regierung sich in vollem Einverständnis mit dem deutschen Volke befinde, und nach dem Bekenntnis des „Vorwärts“ hatte er, angesichts der von der Sozialdemokratie eingenommenen Stellung, das volle Recht, es zu sagen. Aber er hatte noch ein anderes Recht: wenn die Verhältnisse ihn nicht bewogen hätten, die politische Polemik bis zu einem günstigeren Zeitpunkte hinauszuschieben, hätte er eben hier, in der Sitzung vom 4. August, sich an die Vertreter des sozialistischen Proletariats wendend, sagen können: Heute erkennt ihr zusammen mit uns die Tatsache der Gefahr, in der sich unser Vaterland befindet, an, und zusammen mit uns wollt ihr sie mit der Waffe in der Hand abwehren. Aber diese Gefahr ist doch nicht gestern geboren und erwachsen. Von der Existenz und den Tendenzen des Zarismus müßt ihr doch auch vordem etwas gewußt haben. Ihr wußtet es, daß wir noch andere Feinde haben. Mit welchem Recht seid ihr denn über uns hergefallen, wenn wir eine Armee und eine Flotte bauten? Mit welchem Recht habt ihr uns Jahr um Jahr die Militärkredite verweigert, mit dem Rechte des Verrates oder mit dem Rechte der Blindheit? Wenn wir nicht gegen euch unsere Armee gebaut hätten, so wären wir jetzt machtlos gegen eben diese russische Gefahr, die auch euch ver-

anlaßt hat, Vernunft anzunehmen. Keine jetzt bewilligten Kredite gäben uns die Möglichkeit, das Verlorene nachzuholen; wir wären jetzt ohne Gewehre, ohne Kanonen, ohne Festungen. Mit eurer heutigen Abstimmung für die fünf Milliarden-Kredite anerkennt ihr, daß eure alljährliche Verweigerung des Budgets nur eine leere Demonstration und schlimmer als das — politische Demagogie — war, denn sobald ihr ein ernstes historisches Examen zu bestehen hattet, habt ihr eure ganze Vergangenheit verleugnet!"

So hätte der deutsche Kanzler sprechen können, und die Rede hätte diesmal ganz überzeugend geklungen. Was hätte darauf Haase antworten können?

„Wir standen nie auf dem Standpunkt der Entwaffnung Deutschlands, angesichts der äußeren Gefahren; eine solche Art Friedensduselei war uns immer vollständig fremd. So lange die internationalen Widersprüche aus sich heraus die Kriegsgefahren erzeugen, wollen wir, daß Deutschland vor einem fremden Einbruch und vor Knechtung geschützt sei. Doch wir erstreben eine militärische Organisation, die im inneren Leben des Landes nicht — als eine künstlich dressierte Organisation — zur Klassenknechtung dienen könnte, die in internationalen Beziehungen nicht zu imperialistischen Abenteuern geeignet wäre, aber gleichzeitig unüberwindlich im Werke der nationalen Verteidigung. Das ist die Miliz! Wir konnten euch das Werk der nationalen Verteidigung nicht anvertrauen. Ihr habt die Armee zu einer Schule reaktionärer Dressur gemacht; ihr habt euer Offizierskorps im Haß gegen die wichtigste Klasse der heutigen Gesellschaft, das Proletariat, erzogen. Ihr seid fähig, Millionen Menschenleben aufs Spiel zu setzen, nicht für wirkliche Volksinteressen, sondern für die egoistischen Interessen der herrschenden Minderheit, die ihr mit dem Namen der nationalen Idee und des staatlichen Prestige verschleiert. Wir trauen euch nicht, und darum eben haben wir jährlich gerufen: Dieser Klassenregierung keinen Mann und keinen Groschen!"

„Aber fünf Milliarden! . . ." könnte eine Stimme von links wie von rechts unterbrechen.

„Leider haben wir jetzt keine Wahl: wir besitzen keine andere Armee außer der, welche die jetzigen Herren Deutschlands geschaffen, und der Feind steht vor den Toren. Wir

können momentan nicht die Armee Wilhelm II. durch eine Volksmiliz ersetzen, und wenn es nun einmal so ist, so können wir nicht der Armee, welche uns verteidigt, wie sie auch sei, Nahrungsmittel, Kleidung und Kriegsmaterialien verweigern. Wir verleugnen weder unsere Vergangenheit noch entsagen wir unserer Zukunft, wir sind gezwungen, für die Kriegskredite zu stimmen." Das wäre noch das überzeugendste, was Haase hätte vorbringen können.

Doch wenn mit solchen Erwägungen sich erklären läßt, warum die sozialistischen Arbeiter als Bürger, nicht die militärische Organisation, nicht obstruierten, sondern das erfüllten, was die Umstände als Bürgerpflicht ihnen aufgezwungen, so würden wir vergeblich eine Antwort auf die Hauptfrage erwarten: warum hat die Sozialdemokratie als politische Organisation einer Klasse, der der Anteil an der Regierung versagt worden, als die unversöhnliche Feindin der bürgerlichen Gesellschaft, als republikanische Partei, als ein Zweig der Internationale, warum hat sie auf sich die Verantwortung für Handlungen genommen, die von ihren unversöhnlichen Klassenfeinden vorgenommen wurden?

Wenn wir noch nicht die Möglichkeit haben, heute schon die hohenzollernsche Armee durch eine Miliz zu ersetzen, so heißt das nicht, daß wir heute die Verantwortung für die Operation dieser Armee auf uns nehmen müssen. Wenn wir gegen Monarchie, Bourgeoisie und Militarismus zur Zeit ihrer friedlichen normalen Haushaltung kämpfen und zu diesem Kampfe mit unserer ganzen Autorität bei den Massen verpflichtet sind, so begehen wir das größte Verbrechen gegen unsere Zukunft, sobald wir diese Autorität der Monarchie, Bourgeoisie und dem Militarismus in dem Moment zur Verfügung stellen, wo sie sich in den schreckhaftesten, antisozialen, barbarischen Methoden des Krieges zeigen.

Die Nation oder der Staat kann sich nicht von der Verteidigung entbinden. Doch wenn wir den Herrschenden unser Vertrauen verweigern, berauben wir durchaus nicht den bürgerlichen Staat der Waffen und der Mittel der Verteidigung, wie auch des Angriffs — so lange nicht, als wir nicht stark genug sind, seinen Händen die Macht zu entreißen. Wir sind eine Partei der Opposition und nicht der Macht — im Kriege wie im Frieden. Damit dienen wir auch am allersichersten jener Teilaufgabe, die der Krieg so

scharf herausstellt: dem Werk der nationalen Unabhängigkeit. Die Sozialdemokratie kann nicht das Schicksal einer Nation, der eigenen wie einer fremden, auf die Karte militärischer Erfolge setzen. Indem sie dem kapitalistischen Staat die Verantwortung für die Methoden läßt, mit welchen er seine Unabhängigkeit schützt, die Verletzung und Niedertretung der Unabhängigkeit anderer Staaten, legt die Sozialdemokratie in dem Bewußtsein aller Volksmassen den Grundstein zur wirklichen nationalen Unabhängigkeit. Indem wir die internationale Solidarität der Werktätigen bewahren und entwickeln, sichern wir die Unabhängigkeit der Nation — auch von dem Durchmesser der Mörser.

Wenn der Zarismus eine Gefahr für die Unabhängigkeit Deutschlands bedeutete, so ist das einzige Erfolg versprechende Mittel gegen diese Gefahr ein Mittel, das von uns abhängt: die Solidarität der werktägigen Massen Rußlands und Deutschlands. Doch diese Solidarität untergräbt jene Politik, welche Wilhelm II. erlaubt zu erklären, daß hinter ihm das ganze deutsche Volk stehe. Was sollen wir russischen Sozialdemokraten den russischen Arbeitern in Anbetracht der Tatsache sagen, daß die Kugeln, mit welchen die deutschen Arbeiter auf sie schießen, mit dem politischen und moralischen Siegel der deutschen Sozialdemokratie versehen sind? „Wir können nicht unsere Politik für Rußland machen, wir machen sie für Deutschland", antwortete mir einer der angesehensten Funktionäre der deutschen Partei, als ich ihm diese Frage stellte. Und in diesem Moment habe ich mit der schmerzlichsten Deutlichkeit empfunden, welcher Schlag der Internationale aus ihrer Mitte heraus versetzt wurde.

Die Sache wird selbstverständlich nicht besser in dem Falle, wo die sozialistischen Parteien beider kriegführenden Länder ihr Schicksal mit dem Schicksal ihrer Regierungen verbunden haben, wie in Deutschland und in Frankreich. Keine äußere Macht, keine Konfiskationen, Verhaftungen und Zerstörungen könnten der Internationale einen solchen Schlag versetzen, wie sie es selbst tat, als sie vor dem Staatsmoloch kapitulierte, wo dieser die Sprache von Feuer und Eisen zu führen begann!

* * *

In seiner Essener Rede hat Kautsky — als logisches Argument, durchaus nicht als reale Möglichkeit — das fürchterliche Bild gezeichnet, wo sich Bruder gegen Bruder erhebt im Zeichen „des Verteidigungskrieges". Jetzt, da dieses Bild zur blutigen Wirklichkeit geworden, bemüht sich Kautsky, uns mit ihr zu versöhnen. Er sieht keinen Zusammenbruch der Internationale. „Der Gegensatz zwischen deutschen und französischen Sozialisten liegt nicht in dem Kriterium, nicht in der grundsätzlichen Auffassung, sondern in der verschiedenen Auffassung der Situation, die selbst sich wieder aus der Verschiedenheit der geographischen Lage (!) der Beurteilenden ergibt. Dieser Gegensatz wird sich also kaum überwinden lassen, so lange der Krieg tobt. Jedoch ist er kein prinzipieller Gegensatz, sondern einer besonderen Situation entsprungen und braucht daher diese nicht zu überdauern." (N. Z. 337, S. 3.) Wenn Guesde und Sembat als Poincarés, Delcassés und Briands Gehilfen auftreten und als Gegenspieler Bethmann-Hollwegs, wenn sich die französischen und deutschen Arbeiter gegenseitig die Kehlen durchschneiden, und das nicht als Zwangsbürger der Bourgeois-Republik und der hohenzollernschen Monarchie, sondern als Sozialisten in Erfüllung ihrer Pflicht unter der geistigen Führung ihrer Parteien, so ist das kein Zusammenbruch der Internationale; „das Kriterium" ist ein und dasselbe, bei dem deutschen Sozialisten, der die französische Kehle durchschneidet und bei dem französischen Sozialisten, der die deutsche Kehle durchschneidet. Wenn Ludwig Frank zur Waffe griff, so nicht um den „prinzipiellen Gegensatz" gegenüber den französischen Sozialisten zu bekunden, sondern um sie in voller prinzipieller Eintracht niederzuschießen, und wenn Frank selbst von der Kugel eines Franzosen fiel — vielleicht auch eines sozialistischen Freikollegen — so gibt es hier keinen Schaden für das gemeinsame „Kriterium", es ist nur die Folge „der Verschiedenheit der geographischen Lage". Wahrlich, es ist bitter, solche Zeilen zu lesen, doppelt bitter, daß sie Kautskys Feder entstammen.

Die Internationale war gegen den Krieg. „Kommt es trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie darob zu einem Kriege," sagt Kautsky, „dann muß sich eben jede Nation ihrer Haut wehren, so gut sie kann. Daraus folgt für

die Sozialdemokratie aller Nationen das gleiche Recht oder die gleiche Pflicht, an dieser Verteidigung teilzunehmen, keine darf der andern daraus einen Vorwurf (!) machen." (ib., S. 7.)

Solcher Art ist dieses gemeinsame Kriterium: seine Haut verteidigen, sich verteidigungsmäßig gegenseitig die Schädel einschlagen, ohne daraus einander „Vorwürfe" zu machen. Wird denn aber die Frage durch die Einheitlichkeit des Kriteriums und nicht durch seinen Inhalt gelöst? Bei Bethmann-Hollweg, Sasonow, Grey und Delcassé ist auch eine volle Einheitlichkeit des Kriteriums; zwischen ihnen gibt es auch keinen prinzipiellen Gegensatz; sie haben am allerwenigsten ein Recht, einander Vorwürfe zu machen, ihr Verhalten entspringt nur „der Verschiedenheit der geographischen Lage"; wäre Bethmann ein englischer Minister, wäre er ebenso aufgetreten wie Sir Grey. Ihr Kriterium ist gleichartig wie ihre Kanonen, die sich nur durch den Durchmesser von einander unterscheiden. Die Frage ist jedoch, ob wir ihr Kriterium zu dem unsrigen machen können. „Glücklicherweise ist es ein Mißverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfalle nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, daß sie sich in erster Linie als deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlte." So sprach Kautsky in Essen. Und jetzt, wo an Stelle der allen Arbeiterparteien der Internationale gemeinsamen internationalen Standpunkte bei jeder Partei der nationale getreten ist, versöhnt sich Kautsky nicht nur mit diesem „Mißverständnis", sondern sucht darin eine Einheitlichkeit des Kriteriums und die Gewähr der Wiedergeburt der Internationale.

„In jedem nationalen Staat muß auch das Proletariat seine ganze Energie dafür einsetzen, daß die Selbständigkeit und Geschlossenheit des nationalen Gebiets unversehrt bleibt. Das ist ein wesentliches Stück der Demokratie, dieser notwendigen Basis für den Kampf und Sieg des Proletariats." (ib., S. 4.)

Wie steht denn aber in solchem Falle die Sache mit der österreichischen Sozialdemokratie? Muß sie auch ihre ganze Energie einsetzen für die Erhaltung der nichtnationalen und antinationalen Donaumonarchie? Und die deutsche Sozial-

demokratie? Indem sie sich politisch mit ihrer Armee verquickt, fördert sie nicht nur die Aufrechterhaltung des österreich-ungarischen nationalen Chaos, sondern erleichtert die Vernichtung der nationalen Einheitlichkeit Deutschlands selbst. *Die nationale Einheit wird nicht nur von einer Niederlage, sondern auch von einem Siege bedroht.* Vom Gesichtspunkt des europäischen Proletariats ist es gleicherweise schädlich, ob ein Teil französischen Territoriums zu Deutschland geschlagen wird, oder ein Teil deutscher Erde zu Frankreich. Endlich erscheint auch die Erhaltung des europäischen Status quo in keiner Weise als unser Programm; die politische Karte Europas ist mit der Spitze des Bajonetts gezeichnet, das an allen Grenzen über den lebendigen Körper der Nationen gegangen ist. Indem die Sozialdemokratie ihre nationalen (oder antinationalen) Regierungen mit ihrer Energie unterstützt, überläßt sie wiederum der Macht und Einsicht des Bajonetts die Korrektur der Karte Europas. Indem sie die Internationale in Teile zerreißt, vernichtet die Sozialdemokratie die einzige Macht, welche imstande ist, der Tätigkeit des Bajonetts ihr Programm der nationalen Unabhängigkeit und Demokratie entgegenzustellen und in kleinerem oder größerem Grade dieses Programm zu verwirklichen, unabhängig davon, welches der nationalen Bajonette vom Siege gekrönt sein wird.

Die alte Erfahrung wird neuerdings bestätigt: wenn die Sozialdemokratie ihre nationalen über ihre Klassenaufgaben stellt, so begeht sie das größte Verbrechen nicht nur gegen den Sozialismus, sondern auch gegen das richtig und weit verstandene Interesse der Nation.

6. Der Zusammenbruch der Internationale

Auf ihrem Parteitage in Paris, zwei Wochen vor Ausbruch der Katastrophe, beharrten die französischen Sozialisten darauf, alle Teile der Internationale zur revolutionären Aktion im Falle einer Mobilmachung zu verpflichten. Sie hatten dabei hauptsächlich die deutsche Sozialdemokratie im Auge. Der Radikalismus der französischen Genossen in Fragen der äußern Politik hatte nicht so sehr internationale, als nationale Wurzeln. Die Kriegsereignisse haben endgültig bestätigt, was Vielen schon vorher klar war. Die französische sozialistische Partei wollte von ihrer deutschen Bruderpartei eine gewisse Garantie für die Unantastbarkeit Frankreichs haben. Nur wenn sie sich auf diese Weise beim deutschen Proletariat assekuriert, hätten die französischen Sozialisten ihre Hände endgültig für einen entschiedenen Kampf gegen den nationalen Militarismus frei zu haben geglaubt. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihrerseits rundweg abgelehnt, eine Verpflichtung solcher Art auf sich zu nehmen. Bebel wies nach, daß die sozialistischen Parteien, wenn sie die französische Resolution unterzeichneten, damit noch nicht in Stand gesetzt würden, im entscheidenden Augenblick ihren Verpflichtungen auch nachzukommen. Gegenwärtig kann man kaum bezweifeln, daß Bebel recht hatte. Wie die Ereignisse wiederum bewiesen, lähmt die Mobilisationsperiode die sozialistische Partei fast völlig; jedenfalls schließt sie die Möglichkeit entschiedener Aktionen aus. Sobald die Mobilisation verkündet ist, befindet sich die Sozialdemokratie Auge und Auge mit der konzentrierten Regierungsgewalt, die sich auf einen mächtigen militärischen Apparat stützt, der bereit ist, alle Hindernisse auf seinem Wege niederzuwerfen, unter unbedingter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien und Institutionen.

Eine nicht minder wichtige Bedeutung hat die Tatsache, daß die Mobilisation jene Kreise aufweckt und auf die Füße stellt, deren wirtschaftliche Bedeutung eine minimale ist und die in friedlichen Zeiten fast keine politische Rolle spielen.

Hunderttausende und Millionen kleiner Handwerker, Lumpenproletarier, Kleinbauern und landwirtschaftlicher Arbeiter werden in die Reihen der Armee einbezogen, wo im Rock des Kaisers jeder von ihnen ebensoviel bedeutet, als der klassenbewußte Arbeiter. Ihre Familien werden gewaltsam aus einer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit herausgerissen und an dem Schicksal des Landes interessiert. In allen diesen Kreisen, zu denen unsere Agitation fast nicht dringt. und die sie unter gewöhnlichen Bedingungen nie mit sich fortreißen wird, erweckt die Mobilisation und Kriegserklärung neue Erwartungen. Wirre Hoffnungen auf Aenderung des gegenwärtigen Zustandes, auf Umschwung zum Besseren, erfaßt die aus dem Gleichmut des Elends und der Knechtschaft herausgerissenen Massen. Hier vollzieht sich das Gleiche wie am Beginn einer Revolution, doch mit dem ausschlaggebenden Unterschied, daß die Revolution diese erst erwachten Volkskreise mit der revolutionären Klasse verbindet, der Krieg aber — mit der Regierung und Armee! Wenn dort alle unbefriedigten Bedürfnisse, alle angehäuften Leiden, alle sehnsüchtigen Hoffnungen ihren Ausdruck in revolutionärer Begeisterung finden, so nehmen hier dieselben sozialen Empfindungen zeitweilig die Form patriotischer Trunkenheit an. Weite Kreise der vom Sozialismus berührten Arbeiterschaft werden in denselben Strom hineingezogen. Die sozialdemokratische Vorhut fühlt sich in der Minderheit, ihre Organisationen sind zur Ergänzung der Heeresorganisation verwüstet. Unter solchen Umständen kann keine Rede sein von revolutionären Aktionen seitens der Partei. Und dies alles ganz unabhängig von der Einschätzung des Krieges. Der russisch-japanische Krieg hat ungeachtet seines kolonialen Charakters und der Unpopularität im Lande, im Laufe des ersten Halbjahres die revolutionäre Bewegung fast vollständig erstickt. Es ist folglich klar, daß bei allem guten Willen die sozialistischen Parteien die Verpflichtung der totalen Obstruktion zur Zeit einer Mobilmachung, d. h. eben in einem Moment, in dem der Sozialismus sich politisch am isoliertesten erweist, nicht auf sich nehmen konnten.

Sonach schließt die Tatsache, daß die Arbeiterparteien der militärischen Mobilisation ihre revolutionäre Mobilisation nicht entgegensetzten, nichts Unerwartetes und Entmutigen-

des in sich. Hätten sich die Sozialisten darauf beschränkt, ihr Urteil über den gegenwärtigen Krieg auszusprechen, jede Verantwortung für ihn abzulehnen, ihren Regierungen das Vertrauen und die Kriegskredite zu verweigern, so wäre ihre Schuldigkeit vorerst erfüllt gewesen. Sie hätten eine abwartende politische Position eingenommen, deren oppositioneller Charakter den Regierenden wie den Volksmassen gleich klar gewesen wäre. Die weiteren Aktionen wären dem objektiven Gang der Ereignisse entsprungen und jenen Veränderungen, welche die Kriegsereignisse im Volksbewußtsein hervorrufen müssen. Das innere Band wäre der Internationale erhalten, das sozialistische Banner unbefleckt geblieben; die Sozialdemokratie, zeitweilig geschwächt, hätte freie Hand behalten zur entschiedenen Einmischung in die Ereignisse, sobald der Umschwung in der Stimmung der Arbeitermassen sich vollzogen hätte. Und man kann mit Bestimmtheit sagen: all den Einfluß auf die Massen, dessen die Sozialdemokratie bei einer solchen Haltung im Anfang des Krieges verlustig gegangen wäre, hätte sie nach dem unvermeidlichen Umschwung zweifach und dreifach wieder gewinnen müssen.

Wenn dies nicht geschehen ist, wenn das Zeichen zur Kriegsmobilisation auch das Zeichen zum Sturz der Internationale geworden ist, wenn die nationalen Arbeiterparteien, ohne einen Protest aus ihrer Mitte, sich mit ihren Regierungen und Armeen vereinigten, so muß es dafür tiefe und dabei für die gesamte Internationale gemeinsame Ursachen geben. Es ist nicht angängig, diese Ursachen in persönlichen Fehlern, in der Beschränktheit der Führer und der Parteivorstände zu erblicken, vielmehr müssen sie in den objektiven Bedingungen jener Epoche, in der die sozialistische Internationale entstand und sich konstituierte, gemacht werden. Das heißt nicht, daß die Unzuverlässigkeit der Führer und die konfuse Unzulänglichkeit der Parteivorstände je gerechtfertigt werden soll. Durchaus nicht. Das sind aber keine grundlegenden Faktoren. Diese müssen in den historischen Bedingungen der ganzen Epoche aufgesucht werden. Denn es handelt sich diesmal — und darüber muß man sich klare Rechenschaft geben — nicht um einzelne Fehler, nicht um opportunistische Schritte, nicht um ungeschickte Erklärungen von der parlamentarischen Tribüne, nicht um das

Votum der großherzoglich-badischen Sozialdemokraten für das Budget, nicht um einzelne Experimente des französischen Ministerialismus und sozialistischen Karrierismus, es handelt sich um das vollständige Versagen der Internationale in der verantwortlichsten historischen Epoche, zu der die bisher geleistete gesamte Arbeit des Sozialismus nur als eine Vorbereitung betrachtet werden kann. Einem historischen Rückblick wird es leicht, eine ganze Reihe von Tatsachen und Symptomen festzustellen, die eine Beunruhigung in Bezug auf die Tiefe und Festigkeit des Internationalismus in der Arbeiterbewegung hätten hervorrufen sollen.

Wir sprechen nicht von der österreichischen Sozialdemokratie. Vergebens suchten die russischen und serbischen Sozialisten in den Aufsätzen weltpolitischen Inhalts der „Wiener Arbeiter-Zeitung" Zitate, die sie den serbischen und russischen Arbeitern übermitteln könnten, ohne sich der Internationale zu schämen. Die Verteidigung des österreichisch-deutschen Imperialismus nicht nur gegen seine äußeren, sondern auch gegen seine innern Gegner, — auch der „Vorwärts" gehörte ja dazu! — blieb immer eine der hervorstechendsten Richtlinien dieses Blattes. Man kann ohne Ironie sagen, daß in der gegenwärtigen Krise der Internationale die „Wiener Arbeiter-Zeitung" ihrer Vergangenheit am treuesten geblieben ist.

Der französische Sozialismus hatte auf dem einen Pol einen stark patriotischen Ausdruck, der von Deutschfeindlichkeit nicht frei war, auf der andern spielen die grellsten Farben des Hervéschen Antipatriotismus, der, wie die Erfahrung zeigt, sich leicht in sein Gegenteil verwandelt.

Der torristisch gefärbte Patriotismus Hyndmans, der seinen sektiererischen Radikalismus ergänzt, hat öfters der Internationale politische Schwierigkeiten bereitet.

In weit minderem Maße konnte man nationalistische Symptome in der deutschen Sozialdemokratie beobachten. Freilich hat sich der Opportunismus der Süddeutschen auf dem Boden des Partikularismus entwickelt, welcher deutscher Nationalismus in Oktav war. Doch die Süddeutschen wurden gerechtermaßen als die einflußarme politische Arrièregarde der Partei betrachtet. Bebels Versprechen, im Falle der Gefahr den Schießprügel auf den Buckel zu nehmen, fand in der Partei geteilte Aufnahme. Und als Noske dieselbe

Phrase wiederholte, wurde ihm von der Parteipresse hart zugesetzt. Im allgemeinen hielt die deutsche Sozialdemokratie strenger als irgend eine andere der alten sozialistischen Parteien an der internationalen Linie fest. Aber eben darum hat sie den allerschärfsten Bruch mit ihrer Vergangenheit bewerkstelligt. Nach den formellen Erklärungen der Partei und den Aufsätzen der Presse zu urteilen, gibt es zwischen dem Gestern und Heute des deutschen Sozialismus keinerlei Zusammenhang. Es ist aber klar, daß dieser katastrophale Umfall nicht hätte geschehen können, wenn nicht seine Voraussetzungen in der vergangenen Epoche vorbereitet gewesen wären. Die Tatsache, daß zwei junge Parteien, die serbische und russische, ihren internationalen Pflichten treu blieben, ist durchaus nicht eine Bestätigung der philiströsen Philosophie, welche Prinzipientreue als einen natürlichen Ausdruck der Unreife betrachtet. Doch diese Tatsache veranlaßt uns, die Ursachen des Zusammenbruches der zweiten Internationale in eben jenen Bedingungen ihrer Entwicklung zu suchen, die am allerwenigsten auf ihre jungen Mitglieder Einfluß ausübten.

* * *

Das im Jahre 1847 verfaßte Kommunistische Manifest schließt mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Doch dieses Losungswort erschien viel zu früh, um sogleich zur lebendigen Wirklichkeit zu werden. Auf der geschichtlichen Tagesordnung stand damals die bürgerliche Revolution von 1848. Den Verfassern des Manifestes selbst wurde in dieser Revolution nicht die Rolle von Führern eines internationalen Proletariats, sondern die von Kämpfern auf der äußersten Linken der nationalen Demokratie zuteil.

Die Revolution des Jahres 1848 hat nicht eines der nationalen Probleme gelöst, sie hat diese nur aufgerollt. Die Kontrarevolution zusammen mit dem industriellen Aufschwung riß den Faden der revolutionären Bewegung ab. Es verging ein neues Jahrhundert der Ruhe, bis die von der Revolution nicht gelösten Widersprüche sich neuerdings so weit verschärften, daß sie die Einmischung des Schwertes heischten. Es war aber diesmal nicht das den Händen der Bourgeoisie entfallene Schwert der Revolution, sondern das aus der dynastischen Scheide gezogene Kriegsschwert. Die

Kriege von 1859, 64, 66 und 70 schufen ein neues Italien und ein neues Deutschland. Die Feudalen haben auf ihre Art das Vermächtnis der Revolution vom Jahre 1848 erfüllt. Der politische Bankerott der Bourgeoisie, der sich in diesem geschichtlichen Austausch der Rollen äußerte, wurde auf der Grundlage der rapiden kapitalistischen Entwicklung ein entschiedener Ansporn zu einer selbständigen proletarischen Bewegung.

Im Jahre 1863 gründet Lassalle in Deutschland den politischen Arbeiterverein. 1864 wird unter Marxens Leitung in London die erste Internationale geschaffen. Die abschließende Losung des kommunistischen Manifestes geht in das erste Rundschreiben der internationalen Arbeiter-Association über. Es ist für die Tendenzen der modernen Arbeiterbewegung im höchsten Grade bezeichnend, daß sie bei ihren ersten Schritten eine Organisation internationalen Charakters schafft. Nichtsdestoweniger erscheint diese Organisation weitaus mehr als eine Vorausnahme der weiteren Bedürfnisse der Bewegung, denn als ein wirklich leitender Apparat des Klassenkampfes. Eine weite Kluft lag noch zwischen dem Endziel der Internationale, der kommunistischen Revolution, und ihrer unmittelbaren Praxis, die vorwiegend in der internationalen Mitwirkung zur chaotischen Ausstandsbewegung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern aufging. Selbst die Schöpfer der Internationale hofften, daß der revolutionäre Gang der Ereignisse in kürzester Frist den Mißstand zwischen Idealogie und Praxis überwinden werde. Der Generalrat hat zugleich mit der Ueberweisung von Geldbeträgen an die einzelnen ausständischen Gruppen in England und auf dem Kontinent klassische Versuche gemacht, die Aktion der Arbeiter aller Länder auf dem Gebiet der Weltpolitik zusammenzufassen.

Doch diese Bestrebungen hatten noch keine ausreichende materielle Unterlage. Die Tätigkeit der ersten Internationale fällt zeitlich mit jener Kriegsepoche zusammen, die in Europa und Nordamerika den Weg zur kapitalistischen Entwicklung ebneten. Die Einmischungsversuche seitens der Internationale mußten bei all ihrer prinzipiellen und erzieherischen Bedeutung den vorgeschrittenen Arbeitern aller Länder nur noch klarer ihre Ohnmacht gegenüber dem

nationalen Klassenstaat fühlen lassen. Die aus dem Kriege emporgeflammte Pariser Kommune war der Kulminationspunkt in der Epoche der ersten Internationale. Wie das kommunistische Manifest die theoretische Vorausnahme der modernen Arbeiterbewegung war, und die erste Internationale die organisatorische Vorausnahme der Arbeitervereinigung der ganzen Welt, so war die Pariser Kommune die revolutionäre Vorausnahme der Diktatur des Proletariats. Aber nur eine Vorausnahme. Eben darum zeigte sich, daß es dem Proletariat nicht möglich ist, allein nur durch seine revolutionäre Improvisation den Staatsapparat zu unterwerfen und die Gesellschaft umzuformen. Die aus den Kriegen hervorgegangenen nationalen Staaten schufen für diese historische Arbeit die einzig reale Grundlage, die nationale. Es muß darum durch die Schule der Selbsterziehung gehen. Die erste Internationale hat ihre Mission, die einer Pflanzschule, für die nationalen sozialistischen Parteien erfüllt. Nach dem deutsch-französischen Kriege und der Pariser Kommune schleppte die Internationale noch eine kurze Frist ihre halbaktive Existenz hin und wurde 1872 nach Amerika verlegt, wohin schon öfters mancherlei Experimente religiösen, sozialen und andern Charakters wanderten, um dort zu sterben.

Es begann die Epoche mächtiger kapitalistischer Entwicklung auf der Grundlage des nationalen Staates. Für die Arbeiterbewegung war das die Epoche allmählicher Kraftsammlung, organisatorischer Gestaltung und politischen Possibilismus.

In England hat die stürmische Epoche des Chartismus, des revolutionären Erwachens des englischen Proletariats, sich völlig erschöpft, noch zehn Jahre vor dem Entstehen der ersten Internationale. Die Aufhebung der Getreidezölle (1846), das ihr folgende industrielle Aufblühen, welches England zur Werkstatt der Welt umwandelte; die Einführung des Zehnstundentages (1847), das Wachsen der Emigration aus Irland nach Amerika, und endlich die Ausdehnung des Stimmrechts auf die städtischen Arbeiter (1867) — alle diese Bedingungen, die die Lage der oberen Schichten des Proletariats bedeutend verbesserten, führten seine Klassenbewegung in den friedlichen Strom des Trade-Unionismus und in die ihn ergänzende liberale Arbeiter-

politik über. Die Epoche des Possibilismus, d. h. der bewußten und planmäßigen Anpassung an die ökonomischen, rechtlichen und staatlichen Formen des nationalen Kapitalismus, begann für das englische Proletariat, als den ältern der Brüder, noch vor der Entstehung der Internationale, um zwei Jahrzehnte eher als für das kontinentale Proletariat. Wenn die großen englischen Gewerkschaften sich nichtsdestoweniger anfangs der Internationale anschlossen, so ausschließlich darum, weil ihnen dadurch besser möglich wurde, sich vor dem Import kontinentaler Streikbrecher bei Lohnkonflikten zu schützen.

Die französische Arbeiterbewegung hat sich nur langsam von dem Blutverlust der Kommune erholt, auf dem Boden verlangsamter industrieller Entwicklung, in der Atmosphäre der giftigsten nationalen Revanchegier. Auf ihren Flanken zwischen der anarchistischen „Verneinung" des Staates und der vulgär-demokratischen Kapitulation vor ihm schwankend, entwickelte sich die französische proletarische Bewegung durch die Anpassung an den sozialen und politischen Rahmen der bürgerlichen Republik.

Der Schwerpunkt der sozialistischen Bewegung übertrug sich, wie Marx schon 1870 voraussagte, nach Deutschland.

Nach dem deutsch-französischen Kriege begann für das vereinigte Deutschland eine Aera, ähnlich den vorausgegangenen Dezennien in England: das kapitalistische Aufblühen, das demokratische Wahlrecht, die Erhöhung der Lebenshaltung der oberen Schichten des Proletariats.

Theoretisch marschierte die Bewegung des deutschen Proletariats unter der Fahne des Marxismus. Doch in seiner Abhängigkeit von den Bedingungen der Epoche wurde der Marxismus für das deutsche Proletariat nicht zur algebraischen Formel der Revolution, wie er es in der Epoche seiner Schöpfung war, sondern zur theoretischen Methode der Anpassung an den mit dem preußischen Helm bekrönten national-kapitalistischen Staat. Der Kapitalismus, der ein zeitweiliges Gleichgewicht errungen, revolutionierte unaufhörlich die ökonomische Grundlage des nationalen Lebens. Die Erhaltung der aus dem Kriege hervorgegangenen Machtstellung forderte die Vergrößerung des stehenden Heeres. Die Bourgeoisie hat der feudalen Monarchie alle ihre politischen Positionen abgetreten, aber

um so energischer hat sie sich, unter dem Schutze des militärischen Polizeistaates, in ihren ökonomischen Positionen befestigt. Der siegreiche Kapitalismus, der auf kapitalistischer Grundlage gestellte Militarismus, die aus dem Ineinanderwachsen der feudalen und kapitalistischen Klassen hervorgegangene politische Reaktion — die Revolutionisierung des ökonomischen Lebens und das völlige Fallenlassen revolutionärer Methoden und Traditionen im politischen Leben — das sind die Grundlinien der letzten Epoche, die vierundeinhalb Jahrzehnte umfaßt. Die gesamte Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie war auf die Erweckung der rückständigen Arbeiterschichten mittels eines planmäßigen Kampfes für ihre unmittelbaren Bedürfnisse gerichtet — auf Anhäufung der Kräfte, Erhöhung der Mitgliederzahl, Füllung der Kassen, auf Entwicklung der Presse, Eroberung aller sich bietenden Positionen, ihre Ausnützung, Erweiterung und Vertiefung. Das war die große geschichtliche Arbeit der Erweckung und Erziehung der bisher „unhistorischen" Klasse. Unmittelbar an die Entwicklung der nationalen Industrie angelehnt, ihren Erfolgen auf dem nationalen und Weltmarkt angepaßt, die Bewegung der Preise für Rohmaterialien und Fertigkeitfabrikate kontrollierend, bildeten sich die mächtigen zentralisierten Berufsverbände Deutschlands. Dem Wahlrecht angepaßt, örtlich den Wahlkreisen angeschmiegt, ihre Fühler in den städtischen und ländlichen Gemeinden ausstreckend, errichtete sie das einzigartige Gebäude der politischen Organisation des deutschen Proletariats, mit ihrer vielverzweigten bürokratischen Hierarchie, einer Million zahlender Mitglieder, vier Millionen Wählern, 91 Tageszeitungen und 65 Parteidruckereien. Diese ganze vielseitige Tätigkeit von unermeßlicher Bedeutung war praktisch durch und durch erfüllt vom Geiste des Possibilismus. In viereinhalb Jahrzehnten hat die Geschichte dem deutschen Proletariat nicht eine einzige Gelegenheit geboten, mit stürmischem Vorstoß ein Hindernis zu stürzen, in revolutionärem Ankauf irgend eine feindliche Position zu erobern. Infolge der wechselseitigen Beziehungen der sozialen Kräfte war es gezwungen, Hindernisse zu umgehen oder sich ihnen anzupassen. In dieser Praxis war der Marxismus als Denkmethode ein wertvolles Werkzeug politischer Orientierung. Aber er konnte nicht den

possibilistischen Charakter der Klassenbewegung ändern, die ihrem Wesen nach in dieser Epoche in England, Frankreich und Deutschland gleichartig war. Die Taktik der Gewerkschaften war, bei unbestrittener Ueberlegenheit der deutschen Organisation, prinzipiell ein und dieselbe in Berlin und London: ihre Krönung bestand in dem System der Tarifverträge. Auf politischem Gebiete hatte der Unterschied einen unzweifelhaft viel tieferen Charakter. In der Zeit, wo das englische Proletariat unter der Fahne des Liberalismus marschierte, schufen die deutschen Arbeiter eine selbständige Partei mit sozialistischem Programm. Doch die politische Wirklichkeit dieses Unterschieds ist weit weniger tief, als seine ideologischen und organisatorischen Formen. Durch ihren Druck auf den Liberalismus erreichten die englischen Arbeiter jene beschränkten politischen Eroberungen auf dem Gebiete des Wahlrechts, der Koalitionsfreiheit und der Sozialgesetzgebung, welche das deutsche Proletariat mit Hilfe seiner selbständigen Partei bewahrte oder erweiterte. Angesichts der frühen Kapitulation des deutschen Liberalismus war das deutsche Proletariat genötigt, eine selbständige Partei zu schaffen. Doch diese Partei, die prinzipiell unter der Flagge des Kampfes um die politische Macht stand, war in ihrer ganzen Praxis gezwungen, sich der herrschenden Macht anzupassen, die Arbeiterbewegung vor ihren Schlägen zu schützen und einzelne Reformen zu erkämpfen. Mit andern Worten: kraft des Unterschiedes der historischen Traditionen und politischen Bedingungen paßte sich das englische Proletariat an den kapitalistischen Staat an durch die Vermittlung der liberalen Partei; das deutsche Proletariat war gezwungen, für dieselben politischen Ziele eine selbständige Partei zu schaffen. Doch der Inhalt des politischen Kampfes des deutschen Proletariats hatte in dieser ganzen Epoche denselben historisch begrenzten, possibilistischen Charakter, wie der des englischen. Am klarsten tritt die Gleichartigkeit dieser beiden, in ihren Formen so verschiedenen Erscheinungen, in den letzten Resultaten der Epoche zutage: einerseits war das englische Proletariat im Kampfe für seine Tagesaufgaben gezwungen, eine selbständige Partei zu gründen, ohne jedoch mit seinen liberalen Traditionen zu brechen; andererseits hat die Partei des deutschen Proletariats, die durch den Krieg vor die Notwendigkeit einer ent-

scheidenden Wahl gestellt wurde, eine Antwort im Geiste der national-liberalen Traditionen der englischen Arbeiterpartei gegeben.

Der Marxismus war natürlich nicht etwas Zufälliges oder Bedeutungsloses in der deutschen Arbeiterbewegung. Aber es wäre völlig unbegründet, aus der offiziellen marxistischen Ideologie der Partei auf ihren sozialrevolutionären Charakter zu schließen.

Die Ideologie ist ein wichtiger Faktor der Politik, aber nicht ein bestimmender; ihre Rolle ist eine politisch dienende. Jener tiefe Widerspruch, in dem sich die erwachende revolutionäre Klasse in ihrem Verhältnis zu dem feudal-reaktionären Staate befand, bedurfte einer unversöhnlichen Ideologie, welche die ganze Bewegung unter das Banner sozialrevolutionärer Ziele brachte. Da die historischen Bedingungen ihr eine possibilistische Taktik aufdrängten, so fand die Unversönlichkeit der proletarischen Klasse ihren Ausdruck in den revolutionären Formeln des Marxismus. Dialektisch hat der Marxismus den Widerspruch zwischen Reform und Revolution mit vollem Erfolg versöhnt. Doch die Dialektik der historischen Entwicklung ist etwas weit schwerfälligeres, als die Dialektik des theoretischen Denkens. Die Tatsache, daß die in ihren Tendenzen revolutionäre Klasse gezwungen war, jahrzehntelang sich dem monarchischen Polizeistaat anzupassen, der auf der mächtigen kapitalistischen Entwicklung ruhte, wobei in dieser Anpassung sich eine Millionenorganisation bildete und die die gesamte Bewegung leitende Arbeiter-Bürokratie erzogen wurde — diese Tatsache hört nicht auf zu existieren und verliert nicht ihre schwerwiegende Bedeutung dadurch, daß der Marxismus den sozialrevolutionären Charakter der künftigen Entwicklung vorweggenommen hat. Nur ein naiver Ideologismus konnte diese Voraussnahme der politischen Wirklichkeit der deutschen Arbeiterbewegung gleichstellen.

Die deutschen Revisionisten gingen von dem Widerspruch zwischen der reformistischen Praxis der Partei und ihrer revolutionären Theorie aus. Sie verstanden nicht, daß dieser Widerspruch von zeitlichen, wenn auch lange andauernden Verhältnissen bedingt ist, und daß er nur durch die weitere gesellschaftliche Entwicklung überwunden werden kann. Für sie war es ein logischer Widerspruch. Der

Fehler der Revisionisten lag nicht darin, daß sie den seinem Wesen nach reformistischen Charakter der Parteipolitik in der verflossenen Epoche konstatierten, sondern darin, daß sie den Reformismus theoretisch verewigen wollten, als die einzige Methode des proletarischen Klassenkampfes. Auf diesem Wege gerieten die Revisionisten in Widerspruch zu den objektiven Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung, welche durch Verschärfung der Klassenwidersprüche zur sozialen Revolution führen muß, als den einzigen Weg zur Emanzipation des Proletariats. Aus dem theoretischen Streit ging der Marxismus auf der ganzen Linie als Sieger hervor. Doch der theoretisch geschlagene Revisionismus lebte fort, sich von der gesamten Praxis der Bewegung und ihrer Psychologie nährend. Die kritische Widerlegung des Revisionismus als einer Theorie bedeutete durchaus nicht seine taktische und psychologische Ueberwindung. Die Parlamentarier, Gewerkschaftler fuhren fort zu leben und zu wirken in der Atmosphäre allseitigen Possibilismus, praktischer Spezialisierung und nationaler Beschränktheit. Sogar der Erscheinung Bebels, des größten Repräsentanten dieser Epoche, drückte sie ihren deutlichen Stempel auf.

Besonders stark mußte der Geist des Possibilismus sich des Geschlechtes bemächtigen, das in den 80er Jahren in die Partei eintrat, in der Epoche Bismarckscher Ausnahmegesetze und drückender Reaktion in ganz Europa. Ohne den apostolischen Geist des mit der ersten Internationale verbundenen Geschlechts, in seinen ersten Schritten durch die Macht des siegreichen Imperiums niedergehalten, gezwungen, sich den Fallen und Schlingen des Sozialistengesetzes anzupassen, ist dieses Geschlecht ganz und gar groß gewachsen im Geiste der Mäßigung und organischen Mißtrauens gegen revolutionäre Perspektiven. Jetzt sind es alles Leute im Alter von 50 bis 60 Jahren, und eben sie stehen an der Spitze der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Der Reformismus ist ihre politische Psychologie, wenn nicht gar ihre Doktrin. Das allmähliche Hineinwachsen in den Sozialismus — das ist die Grundlage des Revisionismus — erwies sich als die jämmerlichste Utopie in Anbetracht der Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung. Doch das allmähliche politische Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den Mechanis-

mus des nationalen Staates erwies sich — für das ganze Geschlecht — als eine tragische Wirklichkeit.

Die russische Revolution war das erste große Ereignis, das 35 Jahre nach der Pariser Kommune die abgestandene Atmosphäre Europas erschütterte. Das schnelle Entwicklungstempo der russischen Arbeiterklasse und die unerwartete Kraft ihrer konzentrierten revolutionären Tätigkeit machten einen großen Eindruck auf die gesamte Kulturwelt und gaben überall den Anstoß zur Verschärfung der politischen Widersprüche. In England hat die russische Revolution die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei beschleunigt. In Oesterreich hat sie dank besonderer Umstände zum allgemeinen Wahlrecht geführt. In Frankreich erschien als Echo der russischen Revolution der Syndikalismus, der in unzulänglicher taktischer und theoretischer Form den erwachten revolutionären Tendenzen des französischen Proletariats Ausdruck verlieh. Endlich zeigte sich der Einfluß der russischen Revolution auf Deutschland in der Verstärkung des jungen linken Flügels der Partei, in der Annäherung des leitenden Zentrums an ihn und der Isolierung des Revisionismus. Es erhob sich schärfer die Frage des preußischen Wahlrechts, dieses Schlüssels zu den politischen Positionen des Junkertums. Die revolutionäre Methode des allgemeinen Streikes wurde von der Partei prinzipiell adoptiert. Doch die äußeren Erschütterungen erwiesen sich als ungenügend, um die Partei auf den Weg der politischen Offensive zu stoßen. In Uebereinstimmung mit der gesamten Partei-Tradition fand der Umschwung zum Radikalismus in Diskussionen und prinzipiellen Resolutionen seinen Ausdruck. Eine weitere Entwicklung erlangte er nicht.

Vor sechs bis sieben Jahren folgte der revolutionären Flut überall eine politische Ebbe. In Rußland triumphierte die Gegenrevolution und eröffnete eine Periode politischen und organisatorischen Zerfalls des russischen Proletariats. In Oesterreich zerriß schnell der Faden der Eroberungen, die Arbeiterversicherung moderte in den Regierungskanzleien, die nationalen Kämpfe erneuerten sich in der Arena des allgemeinen Wahlrechts mit verdoppelter Kraft und führten die Sozialdemokratie zur Zersetzung und Schwächung. In England hat die Arbeiterpartei nach ihrer Absonderung vom Liberalismus sich wieder mit ihm aufs engste verbunden.

In Frankreich sind die Syndikalisten in reformistische Positionen hinübergerückt; Gustav Hervé hat sich in kürzester Zeit in sein Gegenteil umgewandelt. In der deutschen Sozialdemokratie erhoben die Revisionisten das Haupt, ermutigt dadurch, daß die Geschichte ihnen eine solche Revanche verlieh. Die Süddeutschen vollbrachten ihr demonstratives Votum für das Budget. Die Marxisten waren genötigt, vom Angriff zur Verteidigung überzugehen. Die Anstrengungen des linken Flügels, die Partei auf den Weg einer mehr aktiven Politik hinüberzuziehen, blieben erfolglos. Das herrschende Zentrum näherte sich immer mehr dem rechten Flügel, die Radikalen isolierend. Der sich nach den Schlägen von 1905 erholende Konservatismus triumphierte auf der ganzen Linie. Aus Mangel an revolutionären Aktionen, wie auch realer reformistischer Möglichkeiten, ging die ganze Energie auf automatischen organisatorischen Ausbau: neue Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, neue Zeitungen, neue Abonnenten. Im Laufe der Jahrzehnte zu einer Politik des possibilistischen Verharrens verurteilt, schuf die Partei den Organisationskult als Selbstzweck. Wohl nie hat der Geist organisatorischer Trägheit in der deutschen Sozialdemokratie so unbedingt geherrscht, wie in den letzten Jahren, die der großen Katastrophe unmittelbar vorangingen. Und es kann keinerlei Zweifel sein, daß die Frage der Erhaltung der Organisationen, Kassen, Volkshäuser, Druckereien bei der Bestimmung der Position der Reichstagsfraktion zum Kriege eine gar wichtige Rolle spielte. Das erste Argument, das ich von einem führenden deutschen Genossen hörte, war: „Hätten wir anders gehandelt, so hätten wir unsere Organisationen und unsere Pressen dem Verderben geweiht". Wie bezeichnend ist doch für die Psychologie des organisatorischen Possibilismus die Tatsache, daß von 91 sozialdemokratischen Zeitungen nicht eine es für möglich erachtete, einen Protest gegen die Vergewaltigung Belgiens zu erheben. Nicht eine! Nach dem Fallen der Ausnahmegesetze hat die Partei lange gezögert, eigene Druckereien einzurichten, damit diese bei Eintreten wichtiger Ereignisse nicht von der Regierung konfisziert werden können. Und jetzt, nachdem sie eigene Druckereien errichtet, fürchtet die Parteihierarchie jeden entschiedenen Schritt, um keinen Anlaß zur Konfiskation zu geben. Noch beredter

erscheint der Zwischenfall mit dem „Vorwärts", der die Erlaubnis erbat, weiter zu existieren — auf der Grundlage eines neuen Programms, das bis auf weiteres den Klassenkampf suspendiert. Jeder Freund der deutschen Sozialdemokratie empfand das Gefühl einer peinigenden Kränkung, als er die Nummer des Zentralorgans mit der herabwürdigenden Vorschrift des „Oberkommandos" erhielt. Wäre der „Vorwärts" unter dem Verbot geblieben, so wäre das eine bedeutende politische Tatsache, auf die sich später die Partei selbst mit Stolz berufen hätte. Jedenfalls wäre das weit ehrenwerter, als das Existieren mit dem Abdruck des Generalstiefels an der Stirn. Doch höher als alle Erwägungen der Politik und der Parteiwürde standen die Erwägungen des Unternehmers, des Verlages, der Organisation — und so existiert nun der „Vorwärts" als ein zweiseitiges Zeugnis der unbegrenzten Brutalität des kommandierenden Junkertums in Berlin wie in Löwen und des unbegrenzten Possibilismus der deutschen Sozialdemokratie.

Der rechte Flügel nahm eine mehr prinzipielle Position ein, die von politischen Erwägungen ausging. Diese prinzipiellen Erwägungen des deutschen Reformismus hat Wolfgang Heine sehr kraß formuliert in einer lächerlichen Diskussion darüber, ob man den Sitzungssaal des Reichstages beim „Kaiserhoch" verlassen oder sitzen bleiben solle. „Die Herstellung der Republik im Deutschen Reiche liegt gegenwärtig und für lange Zeit so außerhalb aller absehbaren Möglichkeiten, daß sie wirklich nicht Gegenstand unserer Tagespolitik ist." ... Die immer ausbleibenden praktischen Erfolge könnten erreicht werden, jedoch nur bei einem Zusammenarbeiten mit dem liberalen Bürgertum. „Aus *diesem* Grunde und nicht aus Zimperlichkeit habe ich darauf hingewiesen, daß die parlamentarische Zusammenarbeit erschwert wird durch Demonstrationen, die den größten Teil des Hauses unnötig *in seinen Gefühlen verletzen*." Wenn aber schon die Verletzung der monarchischen Etikette imstande war, die Hoffnung auf eine reformatorische Mitarbeit mit dem liberalen Bürgertum zu zerstören, so hätte der Bruch mit der bürgerlichen „Nation" in der Stunde der nationalen „Gefahr" für lange hinaus einen Strich gemacht nicht nur durch die erwünschten Reformen, sondern auch durch die reformistischen Wünsche. Jene Hal-

tung, die den konservativen Routineuren des Parteizentrums durch die nackte Sorge um die organisatorische Selbsterhaltung diktiert war, ergänzte sich bei den Revisionisten durch politische Erwägungen. Der Standpunkt der Revisionisten erwies sich auf alle Fälle als weit umfassender und hat allerenden das Feld erobert. Fast die gesamte Parteipresse weist jetzt fleißig auf das hin, was sie früher hart verspottete: daß die patriotische Haltung der Arbeiterschaft ihnen nach dem Kriege die Wohlgeneigtheit der besitzenden Klassen für Reformen bringen müsse

Sonach fühlte sich die deutsche Sozialdemokratie unter den Schlägen der großen Ereignisse nicht als eine revolutionäre Macht, welche vor sich Aufgaben hat, die weit über den Rahmen der Frage nach der Verschiebung der Staatsgrenzen hinausgehen, die sich nicht einen Augenblick in den nationalistischen Wirbel verliert, sondern den günstigen Moment abwartet, um gleichzeitig mit den anderen Teilen der Internationale kraftvoll in den Gang der Ereignisse einzugreifen — nein, sie fühlte sich vor allem als ein schwerfälliger organisatorischer Train, den die feindliche Kavallerie bedroht. Darum hat sie auch die ganze Zukunft der Internationale der von ihr unabhängigen Frage der Verteidigung der Grenzen des Klassenstaates untergeordnet — weil sie sich selbst vor allem als ein konservativer Staat im Staate fühlte.

„Siehe Belgien!" munterte der „Vorwärts" die Arbeiter-Soldaten auf. Dort sind die Arbeiterhäuser in Lazarette verwandelt, die Zeitungen geschlossen, das Leben unterdrückt.*) Und darum haltet aus bis zum Ende — „bis der Sieg endgültig unser ist". Mit anderen Worten: Zerstört weiter, erschrecket selbst vor dem Werke eurer Hände — „siehe Belgien!" — und schöpft aus diesem Schrecken Mut für neue Zerstörungen!

Das oben Gesagte bezieht sich im Großen und Ganzen nicht nur auf die deutsche Sozialdemokratie, sondern auf alle

*) Ein Korrespondent des „Vorwärts" erzählt sentimental, wie er in Brüssel in der Maison du peuple die belgischen Genossen suchte und ein deutsches Lazarett fand. Wozu brauchte der Korrespondent des „Vorwärts" belgische Genossen? „Um sie für die Sache des deutschen Volkes zu gewinnen" — in einem Moment, wo schon Brüssel selbst „für die Sache des deutschen Volkes" gewonnen war.

alten Teile der Internationale, die die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts durchgemacht haben. Doch mit dem Gesagten erschöpft sich nicht die Frage über die Ursachen des Zusammenbruchs der zweiten Internationale. Es bleibt der bisher in diesem Zusammenhang ungeklärte Faktor, der in dem Kern aller durcherlebten Ereignisse ruht. Die Abhängigkeit der Klassenbewegung des Proletariats, insbesondere seiner ökonomischen Kämpfe, von Umfang und Erfolgen der imperialistischen Politik des Staates ist eine Frage, welche, soviel wir wissen, noch keiner Erörterung in der sozialistischen Presse unterzogen worden ist. Mit ihrer Lösung können auch wir uns nicht beschäftigen, im Rahmen eines politischen Pamphlets, als welches diese Broschüre ihrem Wesen nach erscheint. Was wir darüber sagen werden, wird daher notgedrungen den Charakter eines kurzen Ueberblicks haben.

Das Proletariat ist stark interessiert an der Entwicklung der Produktionskräfte. Als der Grundtypus der ökonomischen Entwicklung der vergangenen Epoche erschien der Nationalstaat, der in Europa in den Revolutionen und Kriegen der Jahre 1789 bis 1870 geschaffen wurde. Mit seiner ganzen bewußten Politik hat das Proletariat zu der Entwicklung der Produktionskräfte auf nationaler Grundlage beigetragen. Es unterstützte das Bürgertum in seinem Kampfe gegen äußere Feinde für nationale Befreiung; in seinem Kampfe gegen Monarchie, Feudalismus und Kirche für das Regime der politischen Demokratie. In dem Maße, als das Bürgertum „ordnungsfreundlich" wurde, d. h. zur Reaktion überging, hat das Proletariat die von ihm nichtvollendete historische Arbeit auf sich genommen. Indem es gegen das Bürgertum eine Politik des Friedens, der Kultur und Demokratie verfocht, trug es zur Absatzvergrößerung auf dem nationalen Markt bei, es drängte also die Entwicklung der Produktionskräfte vorwärts. In gleichem Maße war es wirtschaftlich interessiert an der Demokratisierung und dem kulturellen Aufschwung aller andern Länder, als Käufer oder Verkäufer im Verhältnis zu seinem eigenen Lande. Darin bestand die wichtigste Gewähr der internationalen Solidarität des Proletariats — nicht nur in seinem Endziele, sondern auch in seiner Tagespolitik. Der Kampf gegen die Ueberbleibsel feudaler Barbarei, gegen

maßlose Forderungen des Militarismus, gegen Agrarzölle, gegen indirekte Steuern machten den Grundinhalt der Arbeiterpolitik aus und dienten direkt wie indirekt dem Werke der Entwicklung der Produktionskräfte. Eben darum ging die erdrückende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihrer Politik mit der Sozialdemokratie; jede Hemmung in der Entwicklung der Produktionskräfte berührt am unmittelbarsten die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats.

In dem Maße, als der Kapitalismus vom nationalen Boden auf einen international-imperialistischen übertrat, geriet die nationale Produktion und mit ihr der ökonomische Kampf des Proletariats in unmittelbare Abhängigkeit von jenen Bedingungen des Weltmarktes, die mit Hilfe der Dreadnoughts und Mörser gesichert werden. Mit andern Worten: im Gegensatz zu den grundsätzlichen Interessen des Proletariats, in ihrem vollen historischen Umfang genommen, erwiesen sich die unmittelbaren beruflichen Interessen seiner einzelnen Schichten in direkter Abhängigkit von den Erfolgen oder Mißerfolgen der äußern Politik der Regierung.

England hat viel früher seine kapitalistische Entwicklung auf die Grundlage imperialistischen Raubbaus gestellt. Es hat die oberen Schichten des Proletariats an seiner Weltherrschaft interessiert. Das englische Proletariat hat bei Verfechtung seiner Interessen sich darauf beschränkt, einen Druck auf die bürgerlichen Parteien auszuüben, die ihm einen Anteil an kapitalistischer Ausbeutung anderer Länder gewährten. Eine selbständige Politik begann es in dem Maße einzuschlagen, als England seine Position auf dem Weltmarkt verlor, zurückgedrängt unter anderm durch seinen Hauptrivalen Deutschland. Doch zugleich mit der Zunahme der industriellen Weltrolle Deutschlands wuchs nicht nur die materielle, sondern auch die ideelle Abhängigkeit weiter Schichten des deutschen Proletariats vom Imperialismus. Am 11. August schrieb der „Vorwärts", daß die deutschen Arbeiter, „die man bisher zu den politisch aufgeklärten gezählt hat und denen seit Jahren (wir müssen gestehen, mit recht wenig Erfolg) die Gefahren des Imperialismus gepredigt worden sind", ebenso über die italienische Neutralität schimpfen, wie die extremsten Chauvinisten.

Dies hat aber den „Vorwärts" nicht gehindert, die deutschen Arbeiter mit „nationalen" und „demokratischen" Argumenten zur Rechtfertigung der blutigen Arbeit des Imperialismus zu speisen — bei vielen Literaten sind die Rücken ebenso biegsam wie die Federn.

Doch ändert dies nichts an den Tatsachen. Im Bewußtsein der deutschen Arbeiter zeigte sich im entscheidenden Augenblick keine unversöhnliche Feindschaft gegen die imperialistische Politik — im Gegenteil, sie offenbarten eine außerordentliche Empfänglichkeit für ihre von nationaler und demokratischer Phraseologie umhüllten Einflüsterungen. Der sozialistische Imperialismus offenbart sich in der deutschen Sozialdemokratie nicht zum ersten Male. Es genügt, an die Tatsache zu erinnern, daß auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart die Mehrheit der deutschen Delegierten, besonders die Gewerkschaftler, gegen die marxistische Resolution über die Kolonialpolitik stimmten. Erst im Lichte der jetzigen Ereignisse erhält die Tatsache, die damals Sensation hervorgerufen, ihre ganze Bedeutung. Gegenwärtig verquickt die Gewerkschaftspresse mit mehr Bewußtsein und nüchterner Sachlichkeit als die politische die Sache der deutschen Arbeiterklasse mit dem Werke der hohenzollernschen Armee.

Solange der Kapitalismus auf nationaler Grundlage verblieb, konnte sich das Proletariat der Mitwirkung an der Demokratisierung der politischen Beziehungen und der Entwicklung der Produktionskräfte mittels seiner parlamentarischen, kommunalen und sonstigen Tätigkeit nicht entziehen. Die Versuche der Anarchisten, dem politischen Kampfe der Sozialdemokratie eine formal-revolutionäre Agitation entgegenzustellen, verurteilte sie zur Isolierung und zum Aussterben. Soweit aber die kapitalistischen Staaten aus nationalen Gebilden zu imperialistischen Weltstaaten werden, kann das Proletariat diesem Imperialismus keine Opposition entgegensetzen, auf Grund des sogenannten Minimalprogramms, das seiner Politik im Rahmen des Nationalstaates die Richtung gegeben hat. Auf der Grundlage eines Kampfes um Tarifverträge und Sozialgesetzgebung ist das Proletariat außerstande, die gleiche Energie gegen den Imperialismus zu entwickeln, wie es dies gegen den Feudalismus getan hat. Indem es auf den veränderten kapita-

listischen Grundlagen seine alte Methode des Klassenkampfes — der ständigen Anpassung an die Bewegung des Marktes — anwendet, gerät es selbst, materiell und ideell, in Abhängigkeit vom Imperialismus. Dem Imperialismus seine revolutionäre Kraft entgegenstellen, kann das Proletariat nur unter dem Banner des Sozialismus als einer unmittelbaren Aufgabe. Die Arbeiterklasse erweist sich um so machtloser gegen den Imperialismus, je länger ihre mächtigen Organisationen auf dem Boden der alten possibilistischen Taktik verbleiben; die Arbeiterklasse wird übermächtig gegen den Imperialismus, wenn sie den Kampfesweg der sozialen Revolution betritt.

Die Methoden national-parlamentarischer Opposition verbleiben nicht nur objektiv resultatlos, sondern verlieren für die Arbeitermassen jede subjektive Anziehungskraft angesichts der Tatsache, daß hinter dem Rücken der Parlamentarier der Imperialismus mit bewaffnetem Arm den Verdienst und selbst die Existenz des Arbeiters in immer größere Abhängigkeit von seinen Erfolgen auf dem Weltmarkt bringt. Daß der Uebergang des Proletariats vom Possibilismus zur Revolution nicht durch agitatorische Antreiberei, sondern nur durch historische Erschütterungen hervorgerufen werden kann, war jedem denkenden Sozialisten klar. Aber daß diesem unvermeidlichen Umschwung der Taktik die Geschichte einen solchen erschütternden Zusammenbruch der Internationale vorausschicken würde, hat niemand vorausgesehen. Die Geschichte arbeitet mit titanischer Erbarmungslosigkeit. Was bedeutet ihr die Rheimssche Kathedrale? Und was einige hundert oder tausend politische Reputationen? Und was ist ihr Leben oder Tod von Hunderttausenden oder Millionen? Das Proletariat hat sich zu lange in der Vorbereitungsklasse aufgehalten, viel länger als seine großen Vorkämpfer es sich gedacht haben — die Geschichte nahm den Besen zur Hand, warf die Internationale der Epigonen auseinander und führte die schwerfälligen Millionen ins Feld, wo ihnen mit Blut die letzten Illusionen abgewaschen werden. Ein schreckliches Experiment! Von seinem Ausgang hängt vielleicht das Schicksal der europäischen Kultur ab.

7. Die revolutionäre Epoche

Am Ende des vorigen Jahrhunderts entbrannte in Deutschland ein heißer Streit über die Frage, welche Wirkung die Industrialisierung des Landes auf seine Wehrmacht ausübe. Die reaktionären Agrarpolitiker und Schriftsteller wie Sehring, Karl Ballod, Georg Hansen u. a. wiesen nach, daß das schnelle Wachsen der städtischen Bevölkerung auf Kosten der ländlichen die Grundlagen der militärischen Kraft des Reiches geradezu untergrabe, und zogen daraus selbstverständlich patriotische Schlüsse im Geiste des agrarischen Protektionismus. Lujo Brentano und seine Schule hingegen verfochten einen gerade entgegengesetzten Standpunkt. Sie wiesen nach, daß die Industrialisierung der Wirtschaft nicht nur neue finanzielle und materiell-technische Quellen erschließe, sondern im Proletariat auch jene lebendige Kraft erzeuge, die befähigt sei, alle die neuen Mittel der Verteidigung und des Angriffs in Wirksamkeit zu bringen. Schon in bezug auf die Erfahrungen von 1870—71 führt Brentano autoritäre Urteile dafür an, daß „die aus dem überwiegend industriellen Westfalen stammenden Regimenter zu den besten zählen" und erklärt diese Tatsache durchaus richtig mit der weitaus größeren Fähigkeit des Arbeiters, sich in neuen Verhältnissen zu orientieren und sich ihnen anzupassen.

Es erübrigt sich nun, zu fragen, wer von den Streitenden recht behielt. Der gegenwärtige Krieg beweist, daß Deutschland, welches die größten Fortschritte auf der Bahn des Kapitalismus gemacht hat, fähig war, die höchste militärische Kraft zu entwickeln. Gleichzeitig beweist dieser Krieg in bezug auf alle in ihm hineingezogenen Länder, welche kolossale und dabei qualifizierte Energie das Proletariat in seiner kriegerischen Tätigkeit entfaltet. Das ist nicht der passive, herdenmäßige Heroismus der Bauernmasse, die durch fatalistische Unterwürfigkeit und religiösen Aberglauben zusammengeschweißt wird, das ist der individualisierte Opfermut, der, aus dem innern Drang heraufgewachsen, sich unter das Banner der Idee stellt. Die Idee, unter deren Banner jetzt das bewaffnete Proletariat steht, ist die Idee des kriegslistigen Nationalismus, die Todfeindin

der wirklichen Interessen des Proletariats. Die herrschenden Klassen erwiesen sich mächtig genug, dem Proletariat ihre Idee aufzuzwingen, und das Proletariat hat bewußt seine Intelligenz, Leidenschaft und Opferwilligkeit in den Dienst der Sache seiner Klassenfeinde gestellt. In dieser Tatsache ist die furchtbare Niederlage des Sozialismus versiegelt. In ihr tun sich aber auch alle Möglichkeiten seines endgültigen Sieges auf. Es ist nicht zu bezweifeln, daß eine Klasse, die fähig ist, soviel Standhaftigkeit und Aufopferung in einem Kriege, den sie als einen „gerechten" erkannt hatte, zu entfalten, sich noch fähiger erweisen wird, solche Eigenschaften zu entwickeln, wenn der weitere Gang der Ereignisse sie vor Aufgaben stellen wird, die der geschichtlichen Mission dieser Klasse wirklich würdig sind. Die Epoche des Erwachens, der Aufklärung und der Organisation des Proletariats offenbarte in ihm ungeheure Quellen revolutionärer Energie, die im täglichen Kampf keine genügende Betätigung fand. Die Sozialdemokratie hat nicht nur die oberen Schichten des Proletariats auf den Plan gerufen, sie hat auch ihre revolutionäre Energie gehemmt, indem sie ihrer Taktik notwendigerweise den Charakter des Verharrens („Ermattungsstrategie") gab. Der reaktionär-langwierige Charakter dieser Epoche erlaubte der Sozialdemokratie nicht, dem Proletariat Aufgaben zu stellen, die seinen Opfermut gefordert hätten. Solche Forderungen stellt gegenwärtig an das Proletariat der Imperialismus. Er erreichte sein Ziel dadurch, daß er das Proletariat in eine Position der „nationalen Verteidigung" schob, was für die Arbeiter die Verteidigung dessen, was sie mit ihren Händen geschaffen, bedeuten mußte, nicht nur der kolossalen Reichtümer der Nation, sondern auch ihrer eigenen Klassenorganisationen, ihrer Kassen, ihrer Presse, kurz, alles dessen, was sie in jahrzehntelangen, unermüdlichen, mühseligen Kämpfen errungen hatten. Der Imperialismus riß die Gesellschaft gewaltsam aus dem Zustande stabilen Gleichgewichts, er zerstörte die Schleusen, welche die Sozialdemokratie dem Strome revolutionärer Energie des Proletariats vorgebaut hatte, und leitete diesen Strom in sein Bett. Dieses ungeheure geschichtliche Experiment, das mit einem Schlage der sozialistischen Internationale das Rückgrat gebrochen hat, birgt jedoch in sich die tödliche Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft

selbst. Der Hammer wird den Händen der Arbeiter entrissen, gegen die Waffe umgetauscht. Der Arbeiter, der durch die Maschinerie der kapitalistischen Wirtschaft gebunden, wird plötzlich aus seinem Rahmen herausgeworfen und gelehrt, höher als häusliches Glück und als das Leben selbst die Ziele der Gesamtheit zu stellen.

Mit der Waffe, die er selbst verfertigt hat, in Händen, wird der Arbeiter in eine Lage gestellt, in der das politische Schicksal des Staates unmittelbar von ihm abhängt. Diejenigen, die in normalen Zeiten ihn bedrückten und verachteten, umschmeicheln ihn und kriechen vor ihm. Gleichzeitig kommt er in intimste Nähe derselben Kanonen, die nach Lassalle einen der wichtigsten Bestandteile der Konstitutionen ausmachen. Er überschreitet die Grenzen, beteiligt sich an gewaltsamen Requisitionen, unter seiner Mitwirkung gehen die Städte aus einer Hand in die andere. Es geschehen Aenderungen, wie sie das lebende Geschlecht nie gesehen hat.

Wenn auch der Vorhut der Arbeiterschaft theoretisch bekannt war, daß die Macht die Mutter des Rechtes ist, so blieb doch ihr politisches Denken ganz vom Geiste der Possibilität, der Anpassung an die bourgeoise Gesetzlichkeit, durchdrungen. Jetzt lernt sie in der Tat diese Gesetzlichkeit verachten und gewaltsam stören. Jetzt treten in ihrer Psyche die statischen Momente den dynamischen den Platz ab. Die Mörser pressen ihr den Gedanken in den Kopf, daß, wenn es unmöglich ist, ein Hindernis zu umgehen, die Möglichkeit bleibt, es zu vernichten. Beinahe die gesamte erwachsene männliche Bevölkerung wird durch diese in ihrem Realismus fürchterliche Schule des Krieges geführt, die einen neuen Menschentypus ausbildet. Ueber alle Normen der bürgerlichen Gesellschaft — mit ihrem Recht, ihrer Moral und Religion — erhebt sich jetzt die Faust der eisernen Notwendigkeit. „Not kennt kein Gebot!" sagte der deutsche Kanzler am 4. August. Die Monarchen gehen auf die öffentlichen Plätze, um im Dialekt der Marktweiber einander der Lügenhaftigkeit zu beschuldigen, die Regierungen stoßen von ihnen feierlich anerkannte Verpflichtungen um und die nationale Kirche schmiedet ihren Gott wie einen Katorganräfling an die nationale Kanone. Ist es denn nicht klar, daß diese Umstände eine tiefe Veränderung in der Psyche der Arbeiterschaft hervorrufen müssen, sie radikal von der Hypnose der Legalität heilend, in der sich eine Epoche politischer Stagnation äußerte?

Die besitzenden Klassen werden sich zu ihrem Schrecken bald hiervon überzeugen müssen. Das Proletariat, das durch die Schule des Krieges gegangen ist, wird beim ersten ernsten Hindernis innerhalb des eigenen Landes das Bedürfnis empfinden, die Sprache der Gewalt zu brauchen. „Not kennt kein Gebot!", wird es demjenigen zurufen, der versuchen wird, es durch die Gebote bourgeoiser Gesetzlichkeit zurückzuhalten. Und die Not, jene furchtbare wirtschaftliche Not, die im Laufe dieses Krieges und nach seiner Einstellung herrschen wird, wird geeignet sein, die Massen zur Verletzung so mancher Gebote zu drängen. Die allgemeine ökonomische Erschöpfung Europas wird am unmittelbarsten und schärfsten auf das Proletariat einwirken. Die materiellen Hilfsquellen des Staates werden durch den Krieg erschöpft sein, die Möglichkeit einer Befriedigung der Forderungen der Arbeitermassen wird sich als äußerst begrenzt erweisen. Dies wird zu tiefgehenden politischen Konflikten führen müssen, die, sich immer erweiternd und vertiefend, den Charakter einer sozialen Revolution annehmen können, deren Gang und Ausgang zurzeit selbstverständlich niemand vorausbestimmen kann.

Andererseits kann der Krieg mit seinen Millionen-Armeen und seinen höllischen Vernichtungswaffen nicht nur die Hilfsquellen der Gesellschaft erschöpfen, sondern auch die moralischen Kräfte des Proletariats. Wenn er keinen inneren Widerstand findet, kann dieser Krieg noch einige Jahre währen, mit wechselnden Erfolgen auf beiden Seiten, bis zur völligen Erschöpfung der Hauptbeteiligten. Dann aber kann die ganze Kampfesenergie des internationalen Proletariats, das der Imperialismus durch seine blutige Verschwörung an die Oberfläche gerufen hat, gänzlich in der furchtbaren Arbeit der gegenseitigen Vernichtung aufgebraucht werden. Und als Resultat erwiese sich, daß unsere ganze Kultur um eine Reihe von Jahrzehnten zurückgeworfen wäre. Ein Frieden, der nicht aus dem Willen der erwachten Völker, sondern der gegenseitigen Erschöpfung der Beteiligten erwüchse, wäre ein auf Europa erweiterter Bukarester Frieden, mit welchem der Balkankrieg seinen Abschluß fand.

Mit Hilfe neuer Flickereien hätte er all die Widersprüche, Antagonismen und Unzulänglichkeiten zu erhalten versucht,

die zum gegenwärtigen Kriege führten. Und mit vielem anderen wäre auch die sozialistische Arbeit zweier Menschenalter in einem Meer von Blut spurlos verschwunden.

Welche der beiden Perspektiven die wahrscheinlichere ist? Dies kann man unmöglich theoretisch vorausbestimmen, der Ausgang hängt ganz von der Aktivität der lebendigen Kräfte der Gesellschaft ab, in erster Linie — von der revolutionären Sozialdemokratie.

„Sofortiger Abbruch des Krieges!" ist die Losung, unter welcher die Sozialdemokratie ihre aufgelösten Reihen wieder sammeln kann, innerhalb der einzelnen Landesparteien, wie in der gesamten Internationale. Seinen Willen zum Frieden kann das Proletariat nicht von den strategischen Erwägungen der Generalstäbe abhängig machen, sondern es muß im Gegenteil mit aller Entschiedenheit seinen Friedenswillen diesen Erwägungen gegenüberstellen. Was die kriegführenden Regierungen einen Kampf um nationale Selbsterhaltung nennen, ist in Wirklichkeit eine gegenseitige nationale Vernichtung. Die wirkliche nationale Selbstverteidigung besteht jetzt im Kampfe für den Frieden.

Ein solcher Kampf bedeutet für uns nicht nur einen Kampf für Bewahrung der materiellen und kulturellen Güter der Menschheit vor weiterer wahnwitziger Vernichtung, sondern in erster Linie für die Erhaltung der revolutionären Energie des Proletariats.

Die Reihen der Proletarier im Kampfe für den Frieden sammeln, bedeutet, dem rasenden Imperialismus auf der ganzen Front die Kräfte des revolutionären Sozialismus aufs neue entgegen stellen. Die Bedingungen, unter welchen der Friede geschlossen werden soll — der Friede der Völker selbst und nicht die Aussöhnung der Diplomaten — müssen die gleichen sein für die gesamte Internationale:

Keine Kontributionen!

Das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung!

Die vereinigten Staaten Europas — ohne Monarchien, ohne ständige Heere, ohne regierende Feudalkasten, ohne Geheimdiplomatien!

Die Agitation für den Frieden, die gleichzeitig geführt werden muß, mit allen den Mitteln, über welche die Sozialdemokratie jetzt verfügt, wie mit denjenigen, deren sie sich

bei gutem Willen bemächtigen könnte, wird nicht nur die Arbeiter aus der Hypnose des Nationalismus herausreißen, sondern wird auch eine rettende innere Reinigungsarbeit in den Kreisen der gegenwärtigen offiziellen Parteien des Proletariats herbeiführen. Die National-Revisionisten und Sozialpatrioten innerhalb der zweiten Internationale, welche den geschichtlich eroberten Einfluß des Sozialismus auf die Arbeitermassen für national-militaristische Ziele exploitieren, müssen durch eine unversöhnliche revolutionäre Agitation für den Frieden in das Lager der Klassenfeinde des Proletariats zurückgeworfen werden.

Die revolutionäre Sozialdemokratie braucht jetzt am allerwenigsten zu befürchten, isoliert zu werden. Der Krieg macht die allerfurchtbarste Agitation gegen sich selbst. Jeder neue Tag des Krieges wird neue und immer neue Massen unter unsere Fahne führen, wenn es eine ehrliche Fahne des Friedens und der Demokratie ist. Unter der Losung des Friedens wird die revolutionäre Sozialdemokratie am allersichersten die kriegerische Reaktion in Europa isolieren und veranlassen, zur Offensive überzugehen.

* * *

Wir revolutionären Marxisten haben keine Veranlassung zum Verzweifeln. Die Epoche, in die wir eingetreten sind, wird unsere Epoche sein. Der Marxismus ist nicht besiegt. Im Gegenteil: das Brüllen der Kanonen an allen Enden Europas verkündet den theoretischen Sieg des Marxismus. Was verbleibt denn noch jetzt von den Hoffnungen auf „friedliche" Entwicklung, auf Abstumpfung der kapitalistischen Gegensätze, auf ein planmäßiges Hineinwachsen in den Sozialismus?

Die prinzipiellen Reformisten, die die soziale Frage zu lösen hofften auf dem Wege der Tarifverträge, der Konsumvereine und des parlamentarischen Zusammenarbeitens der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien, sie alle übertragen jetzt ihre Hoffnungen auf den Sieg der „nationalen" Waffen. Sie erwarten, daß die besitzenden Klassen williger den Bedürfnissen des Proletariats, das seinen Patriotismus bewiesen hat, entgegenkommen werden. Diese Hoffnung wäre geradezu stumpfsinnig, wenn nicht hinter ihr sich eine andere, weit weniger „idealistische" Hoffnung verborgen hielte, nämlich: daß die Siege der Waffen für die

Bourgeoisie eine weit breitere imperialistische Bereicherungsbasis, auf Kosten der Bourgeoisie anderer Länder, schaffen und ihr erlauben wird, einen Teil ihrer Beute mit dem nationalen Proletariat, auf Kosten des Proletariats anderer Länder, zu teilen. Der sozialistische Reformismus hat sich faktisch in einen sozialistischen Imperialismus verwandelt.

Vor unseren Augen ging die erschütternde Liquidation der Hoffnungen auf ein friedliches Wachsen proletarischen Wohlstandes vor sich; die Reformisten waren gezwungen, den Ausgang aus der politischen Sackgasse, entgegen ihrer Doktrin, in der Gewalt zu suchen — doch nicht in der Gewalt der Völker gegen die herrschenden Klassen, sondern in der militärischen Gewalt der herrschenden Klassen gegen andere Völker. Die deutsche Bourgeoisie hat nach 1848 darauf verzichtet, ihre Aufgaben durch die Methode der Revolution zu lösen. Sie überließ den Feudalen, die bürgerlichen Fragen durch die Methode des Krieges zu lösen. Die gesellschaftliche Entwicklung stellte das Proletariat vor das Problem der Revolution. Der Revolution ausweichend, waren die Reformisten gezwungen, das historische Sinken des liberalen Bürgertums zu reproduzieren: sie überließen es ihren herrschenden Klassen, also denselben Feudalen, die proletarische Frage durch die Methode des Krieges zu lösen. Doch damit hat die Analogie ihr Ende. Die Schöpfung nationaler Staaten hat wirklich die bürgerliche Frage für eine große Epoche gelöst, und die lange Reihe der Kolonialkriege nach 1871 ergänzte diese Lösung, die Arena der Entwicklung der kapitalistischen Kräfte erweiternd. Die Epoche der Kolonialkriege, die von den nationalen Staaten geführt wurden, führte zu dem gegenwärtigen Kriege der nationalen Staaten — um Kolonien. Nachdem sich alle rückständigen Teile der Erde als unter den kapitalistischen Staaten verteilt erwiesen, blieb den letzteren nichts anderes übrig, als die Kolonien einander zu entreißen. „Man spreche doch nicht immer davon", — sagt Georg Irmer — „als von etwas Selbstverständlichem, daß das deutsche Reich im Wettbewerb um Weltwirtschaft und Weltmarkt zu spät gekommen, daß die Welt verteilt ist. Ist denn die Erde nicht in allen Epochen der Geschichte immer wieder von neuem verteilt worden?" Doch die neue Teilung der Kolonien zwischen den kapitalistischen Ländern erweitert nicht die Basis der kapitalistischen

Entwicklung; denn ein Gewinn auf der einen Seite bedeutet einen ebensolchen Verlust auf der andern. Eine zeitweilige Milderung der Klassengegensätze in Deutschland könnte folglich nur erreicht werden durch eine äußerste Verschärfung des Klassenkampfes in Frankreich und in England — und umgekehrt. Dazu gesellt sich noch ein Faktor von entscheidender Bedeutung: das kapitalistische Erwachen der Kolonien selbst, dem der jetzige Krieg einen mächtigen Ansporn geben muß. Welchen Ausgang dieser Krieg auch nehmen wird, die imperialistische Basis wird sich für den europäischen Kapitalismus in seinem Resultat nicht erweitern, sondern verengern. Der Krieg löst also nicht die Arbeiterfrage auf imperialistischem Fundament, sondern umgekehrt, er verschärft diese Frage, indem er die kapitalistische Welt vor die zwei Möglichkeiten stellt: Krieg in Permanenz oder Revolution.

Wenn der Krieg der zweiten Internationale über den Kopf gewachsen war, so werden schon seine nächsten Folgen der Bourgeoisie der ganzen Welt über den Kopf wachsen. Wir revolutionären Sozialisten wollten den Krieg nicht. Doch wir fürchten ihn auch nicht. Wir geraten nicht wegen der Tatsache in Verzweiflung, daß der Krieg die Internationale zerschlug, die von der Geschichte abgetragen war.

Die revolutionäre Epoche wird aus den unerschöpflichen Quellen proletarischen Sozialismus neue organisatorische Formen schaffen, die der Größe der neuen Aufgaben entsprechen werden. An diese Arbeit wollen wir sogleich gehen, unter dem wahnsinnigen Gebrüll der Mörser, unter dem Krachen der Kathedralen und dem patriotischen Geheul der kapitalistischen Schakale. Wir bewahren in dieser höllischen Musik des Todes unsern klaren Gedanken, unsern ungetrübten Blick, und fühlen uns als die einzige schöpferische Kraft der Zukunft. Es sind unserer jetzt schon viele, mehr als es scheinen mag. Morgen werden wir weit mehr als heute sein. Uebermorgen werden sich unter unserem Banner Millionen erheben, die auch jetzt, siebenundsechzig Jahre nach dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes, nichts als ihre Ketten zu verlieren haben.

LIBRARY OF CONGRESS
0 021 140 048 1

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

No. 2 „Prohibition und Arbeiterklasse" von Hermann Schlüter . . . . . 5 Cts.

No. 3 „Das Wesen des Sozialismus" von Morris Hillquit . . . . . 10 Cts.

No. 4 „Sozialismus und Gewerkschafts-Bewegung", eine Debatte zwischen Morris Hillquit, Max J. Hayes und Samuel Gompers . . . . . 25 Cts.

No. 5 „Für Frauenstimmrecht" von Meta L. Stern . . . . . 5 Cts.

No. 6 „Die Internationale in den Vereinigten Staaten" in 10 Heften von Hermann Schlüter . . . . . @ 10 Cts.

No. 7 „Die Ursachen der sozialen Unrast in Amerika" von J. Köttgen . . . . 10 Cts.

No. 8 Die Deutsch-amerikanischen Arbeiter und das Kriegsproblem", von J. Köttgen . . . . . 10 Cts.

No. 9 „Der Krieg und die Internationale" von Leon Trotzky . . . . . 25 Cts.

No. 10 „Ich klage an!" Friedrich Adler's Rede vor Gericht . . . . . 10 Cts.

No. 11 „Die Krise in der deutschen Sozialdemokratie" von Junius . . . . . 25 Cts.

Sowie ferner:

Sozialistisches Arbeiter-Liederbuch von Hermann Schlüter . . . . . 15 Cts.

Kriegserinnerungen eines deutschen Soldaten . . . . . 25 Cts.

Zu beziehen durch den National-Uebersetzer

Ad. Dreifuss, 803 W. Madison Str., Chicago, Ill.

oder den Haupt-Vertriebsagenten der Deutschen Sprachgruppe:

Socialist Literature Co., 15 Spruce Str., New York